



Plenarprotokoll

10. Sitzung

Freitag, 29. Januar 2010

Verpflichtung des Abgeordneten			
Björn Thoro e.....	686	Gerrit Koch [FDP].....	693
Einsetzung einer Enquetekommission „Chancen und Risiken einer norddeutschen Kooperation“.....	687	Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	696
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD		Anke Spoorendonk [SSW].....	698, 702
Drucksache 17/181 (neu)		Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	700
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	687	Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	701
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	689, 708	Günther Hildebrand [FDP].....	703
Jürgen Weber [SPD].....	691, 700	Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	703
		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	704
		Dr. Ralf Stegner [SPD].....	707
		Beschluss: Annahme.....	709

Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Mitglied im Richterwahlausschuss	709	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	723
Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/46		Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	725
		Anke Spoorendonk [SSW].....	726
		Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	727
Gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses	709	Beschluss: Überweisung an den Europaausschuss.....	729
Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/200		Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer	729
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 17/46 zurückgezogen 2. Annahme der Drucksache 17/200.....	709	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/178 (neu)	
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes	709	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/212	
Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/179 (neu)		Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	729
Antje Jansen [DIE LINKE].....	709, 718	Astrid Damerow [CDU].....	730
Marion Herdan [CDU].....	710	Serpil Midyatli [SPD].....	731
Detlef Buder [SPD].....	711	Gerrit Koch [FDP].....	732
Cornelia Conrad [FDP].....	713	Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	733
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	714	Silke Hinrichsen [SSW].....	734
Anke Spoorendonk [SSW].....	715	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	736
Ellen Streitbürger [DIE LINKE]...	716	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	737
Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	717	Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 17/178 (neu) an den Innen- und Rechtsausschuss 2. Annahme des Antrags Drucksache 17/212.....	737
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	719	Keine Landesmittel für den Ausbau des Flugplatzes Lübeck-Blankensee	737
Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	719	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/27	
Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein	719	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/56	
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/159		Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses Drucksache 17/185	
Anette Langner [SPD].....	720, 726		
Niclas Herbst [CDU].....	721		
Kirstin Funke [FDP].....	722		

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/217		Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	749
Bernd Schröder [SPD], Berichterstatter.....	737	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein (Dienstleistungsrichtliniengesetz Schleswig-Holstein)	749
Hans-Jörn Arp [CDU].....	738	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/175	
Regina Poersch [SPD].....	740	Beschluss: Überweisung an den Finanzausschuss und den Europaausschuss.....	749
Christopher Vogt [FDP].....	740	Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Errichtung einer Übertragungsstelle für Milchquoten	749
Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	742	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/190	
Antje Jansen [DIE LINKE].....	743	Beschluss: Überweisung an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	749
Lars Harms [SSW].....	744	Berufung des Verwaltungsrates der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten	749
Wolfgang Baasch [SPD].....	745	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU Drucksache 17/180	
Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	747	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD Drucksache 17/189	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	748	Beschluss: Annahme der Wahlvorschläge Drucksachen 17/180 und 17/189.....	750
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 17/217 2. Annahme der Drucksache 17/185.....	748	Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG)	750
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zustimmung zum Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus zur Umsetzung des Fakultativprotokolls zum VN-Abkommen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	749		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/147			
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	749		
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein	749		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/171			
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/215			

Wahlvorschlag der Fraktionen von
CDU, SPD und FDP
Drucksache 17/188

Beschluss: Annahme..... 750

**Bericht über die Schleswig-Hol-
stein-Büros und Hanse-Offices im
Ostseeraum..... 750**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/71

Beschluss: Überweisung an den
Europaausschuss zur abschließen-
den Beratung..... 750

**Sammeldrucksache über Vorlagen
gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäfts-
ordnung des Schleswig-Holsteini-
schen Landtags..... 750**

Drucksache 17/202

Beschluss: Annahme..... 750

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä-
sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge-
sundheit

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel-
lung und Integration

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und
Kultur

Klaus Schlie, Innenminister

Rainer Wiegard, Finanzminister

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt-
schaft und Verkehr

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Torsten Geerds:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin-
nen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung
und begrüße Sie alle herzlich.

Aufgrund der gestern vom Landtag vorgenom-
menen Neufeststellung des Wahlergebnisses ist die
bisherige Abgeordnete Christina Musculus-Stahnke
nicht mehr gewählt. Ihre Mitgliedschaft ruht, solan-
ge der Beschluss des Landtages noch anfechtbar ist
oder das Landesverfassungsgericht noch nicht ent-
schieden hat.

Stattdessen tritt Herr Björn Thoroë als nächstfol-
gender, bisher noch nicht berücksichtigter Bewer-
ber auf der Landesliste der Partei DIE LINKE vor-
läufig in den Landtag ein. Herr Thoroë hat die Mit-
gliedschaft im Schleswig-Holsteinischen Landtag
am heutigen Tage erworben. Ich bitte Sie, Herr
Thoroë, zur Verpflichtung als Abgeordneter nach
vorn zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich
von den Plätzen zu erheben. Ich spreche Ihnen die
Eidesformel vor, und ich bitte Sie, die rechte Hand
zu heben und mir nachzusprechen.

(Die Anwesenden erheben sich - Der Abge-
ordnete wird nach folgender Eidesformel
vereidigt: Ich schwöre, meine Pflichten als
Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Ver-
fassung und Gesetze zu wahren und dem
Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu
dienen, so wahr mir Gott helfe.)

Herr Abgeordneter, ich gratuliere Ihnen und wün-
sche Ihnen eine erfolgreiche Arbeit.

(Björn Thoroë [DIE LINKE]: Danke schön! -
Beifall)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen bekannt,
dass die Abgeordneten Frau Dr. Gitta Trauernicht
und Hauke Göttisch sowie Frau Ministerin
Dr. Rumpf erkrankt sind. Wir wünschen den Kolle-
ginnen und Kollegen von dieser Stelle aus gute
Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt für den heutigen Tag ist der Kollege An-
dreas Tietze.

Ich begrüße auf der Zuschauertribüne Schülerinnen
und Schüler sowie deren Lehrkräfte von der Timm-
Kröger-Realschule in Kiel. - Seien Sie uns herzlich
willkommen!

(Beifall)

(Präsident Torsten Geerds)

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 32 auf:

Einsetzung einer Enquetekommission „Chancen und Risiken einer norddeutschen Kooperation“

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
Drucksache 17/181 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile Frau Kollegin Monika Heinold von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf 2005 schwärmte der damalige Spitzenkandidat der CDU von einem zukünftigen Nordstaat. „Ich bin überzeugt“ - so sagte er - „dass er“ - der Nordstaat - „kommt“. Herr Carstensen, das waren Ihre Worte. Wenn man den Nordstaat wirklich wolle, sagten Sie, „ist es in zehn bis 15 Jahren zu schaffen“.

Und weiter: Im Falle eines Wahlsiegs wolle er - 2005 sagte er das - dieses Fusionsprojekt starten, er hätte nichts dagegen, der letzte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zu sein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Herr Ministerpräsident, nach fünf Jahren stelle ich fest: Von den euphorischen Ankündigungen ist nichts übrig geblieben, unter einem Ministerpräsident Carstensen dämmert die norddeutsche Zusammenarbeit vor sich hin.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Putzmunter vor der Wahl - Schnarchnase nach der Wahl, Herr Ministerpräsident!

Die letzten großen **Fusionsprojekte**, die Zusammenlegung der Eichämter und der Statistischen Landesämter, wurden unter Rot-Grün beschlossen.

Und auch offensichtlich sinnvolle Fusionen wie die der Landeszentralen für Datenschutz Hamburg und Schleswig-Holstein scheiterten in der letzten Legislaturperiode an der strategischen Unfähigkeit der CDU. Strippenzieherei im Hintergrund, nicht nach vorn gedacht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

Stillstand statt Dynamik. Das können wir uns aber angesichts der Haushaltssituation schon lange nicht mehr leisten. Deshalb ist es richtig, dass die schleswig-holsteinische Wirtschaft alljährlich mahnt, die Zusammenarbeit der norddeutschen Länder zu beschleunigen. Deshalb ist es so fatal, dass auch im Koalitionsvertrag nichts zu diesem Thema auftaucht. In diesem „Aufbruch nach nirgendwo“ stehen die Wörter „norddeutsche Kooperation“ nicht, geschweige denn „Fusion“.

Also ist es unsere Aufgabe als Opposition, neuen Schwung in die Debatte zu bringen, in eine Debatte, die seit über zehn Jahren oder länger läuft, immer wieder hochkocht und Thema in der Föderalismuskommission war, aber nicht so recht weiterkommt.

Das Schneckentempo bei der norddeutschen Kooperation muss durchbrochen werden, es steht im krassen Widerspruch zum Alltag der Bürgerinnen und Bürger, die sich beruflich wie kulturell schon lange über die Landesgrenzen hinweg orientieren. Täglich pendeln mehr als 230.000 Menschen zwischen ihrem Arbeitsplatz in Hamburg und ihrem Wohnort in Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein hin und her.

Die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins hängt schon lange nicht mehr einzig von der Gesetzgebung in Kiel ab, sondern von der Entwicklung der gesamten **Metropolregion** Norddeutschland. Hafenpolitik, Verkehrsnetze, Klimaschutz und die Entwicklung der Hochschulen machen an Landesgrenzen nicht Halt, sondern erfordern eine gemeinsame norddeutsche Strategie.

Es ist doch geradezu absurd, wenn in einem Europa der Regionen ein schleswig-holsteinisches Kind eine Hamburger Schule nicht besuchen darf und es eine lange Diskussion über die Kostenfrage gibt.

Der norddeutsche Raum muss sich gemeinsam aufstellen, um der rasanten Entwicklung der Globalisierung gewachsen zu sein, um sich angesichts des Zusammenwachsens des Ostseeraums zu positionieren und um die Bevölkerungsentwicklung positiv zu gestalten.

Die Metropolregion Hamburg muss als Chance begriffen werden, nicht als Konkurrenzveranstaltung. Wir müssen auch Schluss damit machen, als Erstes immer zu fragen, was es im **Länderfinanzausgleich** bringt - 1 Milliarde mehr oder weniger. Darum geht es gar nicht. Erst einmal muss man über Strukturen und über Zukunftsmodelle reden, und dann müssen die Finanzstrukturen logischerweise dementsprechend sortiert werden.

(Monika Heinold)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Marion Sellier [SPD])

Neue Rahmenbedingungen erfordern neue Antworten. Es ist die Landesplanung, das Flächenmanagement, die Energiepolitik, der Klimaschutz sowie der öffentliche Personennahverkehr, die Notwendigkeit, sich von der Straße auf die Schiene umzuorientieren. Diese **Schwerpunktaufgaben** müssen wir als Zukunftsaufgaben begreifen, nach vorn gerichtet diskutieren, planen in räumlichen Zusammenhängen und nicht in Landesgrenzen.

Zwei Drittel der Schienenpersonenverkehre in Schleswig-Holstein beziehen sich auf Hamburg, und für den Schienengüterverkehr sind leistungsfähige Umfahrungen der großen Zentren existenziell, um Verkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Auch bei Flughäfen und Häfen kommen wir nur mit abgestimmten **norddeutschen Konzepten** weiter. Wir müssen raus aus der gnadenlosen Konkurrenzsituation um Standorte und brauchen eine Planung für die gesamte Region.

Noch drängender ist die Zusammenarbeit der Küstenländer beim Klimaschutz. Es sind die norddeutschen Länder, die vom Klimawandel in besonderem Maße betroffen sind und die ein abgestimmtes Konzept für den Küstenschutz brauchen und sich darauf verständigen müssen, Vorbild beim Erreichen der Klimaschutzziele zu sein.

Hinzu kommen die massiven Haushaltsprobleme der Länder, die alle Landtage dazu zwingen, Strukturen zu überprüfen und Synergieeffekte auszuloten.

Ich sage an die Adresse der CDU: Stellen Sie sich der Herausforderung, große Strukturen zu hinterfragen, statt mit dem Rasenmäher kleinteilig den Haushalt zu rasieren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Meine Damen und Herren, wer auf dem Weg der norddeutschen Kooperation vorankommen will, der muss weg von der Zufälligkeit von Fusionen und Standortentscheidungen. Deutlich wird dies bei einem Blick auf die Fusion der **Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein**. Dadurch, dass beide Standorte erhalten wurden - so der Rechnungshof -, sind nur drei Millionen € jährlich eingespart worden; es hätten aber acht Millionen € gespart werden können. Dies aufzubrechen, gelingt nur, wenn es eine mehrjährige Gesamtplanung gibt, eine Gesamtstrategie, bei der Stand-

ortentscheidungen rational und vor allem als Paketlösung getroffen werden. Nur so können einerseits Kosten gespart und andererseits Arbeitsplätze in beiden Ländern erhalten bleiben.

Wir erwarten von der Enquetekommission, dass sie in diesem Sinne über Fraktionsgrenzen hinweg Antworten findet, unterschiedliche Aspekte wägt, juristische, ökologische, ökonomische, soziale und demokratische. Dabei gilt es, regionale Interessen genauso zu berücksichtigen wie die Interessen der nationalen Minderheiten.

Für meine Fraktion ist dies eine Debatte mit offenem Ausgang. Wir haben bewusst auf den Begriff „Nordstaat“ verzichtet, wir haben aber wohl gesagt, dass Kooperation als auch Fusion natürlich ergebnisoffen geprüft werden müssen, damit wir auch einschätzen können, was es bringt und ob es etwas bringt für den Haushalt, aber auch für die Demokratie, für die Bürgernähe, vor allem, wie sie gerade bei Kooperationen unterhalb von Fusion auch parlamentarische Rechte sichern können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und SPD)

Sollte es so sein, dass das Ergebnis der Kommission aufzeigt, dass die größten Vorteile nicht in einzelnen Kooperationsprojekten, sondern in der **Zusammenführung ganzer Bundesländer** liegen, dann wird es anschließend natürlich eine breite Diskussion mit der Bevölkerung geben müssen. Denn es sind die **Bürgerinnen und Bürger**, die, wie im Grundgesetz verankert und gesichert, letztlich über Länderfusionen entscheiden.

Ziel der Enquetekommission ist es, ergebnisorientiert zu arbeiten und möglichst bis 2011 konkrete Handlungsempfehlungen in ihrem Abschlussbericht vorzulegen.

Nach meiner Auffassung müssten alle norddeutschen Bundesländer ein hohes Interesse daran haben, gemeinsame Strukturen zu planen, aufzubauen, parlamentarische Steuerung zu sichern sowie Haushalts- und Kontrollrechte der Parlamente sicherzustellen. Es ist doch nicht hinnehmbar, wenn zukünftig Verwaltungsabkommen die Höhe der Zuschüsse für einzelne Einrichtungen diktieren und der Haushaltsgesetzgeber darauf keinen Einfluss mehr hat, weil in Staatsverträgen Steigerungsraten vereinbart wurden.

Es ist nicht optimal, wenn man, um Einrichtungen zu kontrollieren - ich nenne mal die HSH Nordbank -, zwei sehr aufwendige nebeneinander tagen-

(Monika Heinold)

de Parlamentarische Untersuchungsausschüsse benötigt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb erwarten wir, dass sich die Enquetekommission neben der Auslotung von Synergieeffekten und neben der Fragestellung bürgerfreundlicher Strukturen auch mit der Sicherung der parlamentarischen Rechte beschäftigt.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen von der SPD dafür bedanken, dass es uns im Vorfeld gelungen ist, gemeinsam einen Antrag zu formulieren. Unser Antrag war gut, aber mit Ihrer Hilfe ist er noch besser geworden. Insofern ist es eine gute Grundlage für die Enquetekommission. Wir haben damit auch die Möglichkeit, mit einem Viertel der Stimmen diese Enquetekommission heute mit unserem Minderheitsrecht zu beschließen. Es kann also losgehen. Ich hoffe, dass es eine gute und produktive Arbeit der Enquetekommission wird, ergebnisorientiert und mit konkreten Handlungsempfehlungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Abgeordneter Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 2004 hat eine Lüneburger Studentin, Frau Joana Jäger, eine Umfrage in Pinneberg gemacht, was die Pinneberger an ihrer Stadt am meisten schätzen. Die überraschende und doch nicht überraschende Antwort war die Nähe zu Hamburg. Das kennzeichnet wieder relativ gut die Wechselbeziehung, die man im Hamburger Umland zu der großen Nachbarstadt, der Hansestadt Hamburg, hat. 134.000 Menschen pendeln täglich aus Schleswig-Holstein nach Hamburg. Im Übrigen, nur um zu zeigen, dass auch die Wechselbeziehungen zwischen den Ländern sehr unterschiedlich sind: Aus dem ganzen Bereich Niedersachsen sind es gerade einmal 78.800. Was noch eklatanter auffällt: Aus dem Bereich Mecklenburg-Vorpommern sind es gar nur 9.200.

Das zeigt schon, dass diese **Wechselbeziehungen** zwischen den norddeutschen Ländern sehr unterschiedlich sind.

Die Frage, dass wir kooperieren müssen, dass wir mehr machen müssen, als wir heute tun, erschließt sich, glaube ich, allen Parlamentariern. Wir leben in einer Zeit der Globalisierung, des zusammenwachsenden Europas auf der einen Seite, das uns dazu zwingt, Strukturen in Deutschland zu hinterfragen. Wir haben auf der anderen Seite - das hat Frau Kollegin Heinold uns zu Recht ausgeführt - die verschuldeten Haushalte, die im Augenblick im Mittelpunkt der Debatten stehen. Auch von der Seite her empfiehlt es sich, Strukturen infrage zu stellen und zu schauen, ob man sich in Zukunft anders aufstellen muss.

Dabei gilt für uns die Losung: So viel Föderalismus wie möglich, aber auch so viel Kooperation wie nötig. Wir werden dort deutlich mehr machen müssen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Norddeutsche **Kooperation** ist dort ein richtiges und gutes Stichwort. Wir haben als Schleswig-Holsteiner in den vergangenen Jahren eine ganze Menge auf den Weg gebracht, nicht nur die letzte Landesregierung in der Großen Koalition, sondern die Anknüpfungspunkte gab es auch schon früher. Ich nenne einmal die großen Cluster: Hafen und Logistik, Medizin und Biomedizin oder Luftfahrttechnik, wo der eine ohne den anderen nicht erfolgreich sein kann. Aber wir haben auch wechselseitige Abhängigkeiten im täglichen Arbeitsleben, beispielsweise Abhängigkeit der Hamburger von der Arbeitskraft, der Ausbildung - und ich füge schmunzelnd das dritte A hinzu - der Ausgleichflächen in Schleswig-Holstein und auf der anderen Seite die Abhängigkeit auch von uns nach Hamburg in Infrastruktur wie Häfen und Flughäfen, Kulturangebote, aber natürlich auch Bereitstellung der Arbeitsplätze.

Ich sage ganz bewusst: Es ist nicht so, dass wir heute bei null anfangen oder über null debattieren müssen, in der Zwischenzeit ist viel an Kooperation geschehen. Ich nenne Dataport, die Statistischen Landesämter, zu denen ich gleich noch etwas sagen werde, Eichdirektion Nord, die gemeinsame Vertretung im Hanse-Office, gemeinsame Vertretungen insgesamt in Europa, aber auch die Landesmedienanstalt.

Wir hatten in der letzten Wahlperiode eine Debatte, die weitergehend war. Wir hatten im Übrigen auch **Arbeitsgruppen**, die weitergehend gedacht haben. Ich denke an den Kollegen Döring im Bereich des Gerichtswesens, der ja ganz konkret in Verhandlungen mit dem Hamburger Kollegen darüber war, wie

(Dr. Christian von Boetticher)

man weitergehen kann. Wir stellen immer wieder fest, woran es genau bei diesen Fragen am Ende hapert. Am Ende war es auch beim Statistischen Landesamt nicht nur die Frage, dass jeder seine Räumlichkeiten behalten wollte, sondern es waren drei Fragen, die uns immer wieder an tiefgreifender Kooperation gehindert haben. Das ist eine fehlende gemeinsame IT-Technik. Wenn man nicht technisch miteinander vernetzt ist, ist es schwer, gemeinsame Behörden oder gemeinsame Einheiten herzustellen. Es ist ferner das fehlende gemeinsame Beamtenrecht, und es ist schließlich vor allen Dingen auch das fehlende Beamtenbesoldungsrecht; man darf das nicht unterschätzen. Auch da gibt es große Unterschiede, die eine Kooperation im Detail immer schwer werden lassen.

Ich sage das ganz bewusst, weil ich hier und heute nicht gegen eine Nordkooperation bin. Im Gegenteil, ich habe mich immer sehr dafür eingesetzt, und die eigene Biografie gibt das her. Wer mit 23 Jahren aus dem Kreistag heraus in die Metropolregionskonferenz gesetzt wird, zunächst glaubt, das sei ein ganz wichtiges Gremium für die Zusammenarbeit, und dann feststellt, dass wir zwar viele Gremien haben, aber relativ wenig Bewegung in der Kooperation, der weiß, glaube ich, wovon er redet.

Aber ich weiß auch, dass eine einzige Umfrage, die es bisher gegeben hat, 2005 gezeigt hat, dass auch der Wille der Bevölkerung dafür da ist, der am Ende gebraucht wird. Wir werden dieses Ziel, einen gemeinsamen Weg nur verwirklichen können, wenn er von den Menschen unterstützt wird. Aber es sind sehr viel Menschen mehr, als man manchmal in der Öffentlichkeit glaubt. Die **repräsentative Umfrage** hat damals gezeigt: 52 % in beiden Ländern, Hamburg und Schleswig-Holstein - darauf bezog sich die Umfrage -, sind für ein - ich sage jetzt ganz bewusst - **gemeinsames Nordelbien**. Mir geht der „Nordstaat“ langsam ein bisschen auf den Geist. Das, was zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein läuft, könnte man ganz getrost und guten Gewissens als Nordelbien bezeichnen. Dafür gibt es schon eine hohe Zustimmung.

Das Interessanteste bei der Umfrage war für mich damals, dass dabei nicht das herauskam, was wir gefühlt haben, nämlich dass die Begeisterung von Süden nach Norden abnimmt, sondern wir hatten bei einer repräsentativen Umfrage die höchsten Zustimmungswerte ganz im Norden. Das ist bei uns, wenn wir innerparteiliche Debatten führen, gefühlt anders. Aber ich stelle fest, dass das in der Bevölkerung durchaus so gesehen wird.

Darum ganz klar: Wir brauchen hier neue Wege. Wir brauchen die Analyse dessen, woran es bisher gescheitert ist, und wir brauchen auch gemeinsame weitere Schritte über Hamburg hinaus. In vielen Bereichen bietet sich auch eine größere Kooperation an.

(Beifall bei CDU und FDP)

Jetzt kommt das Aber, meine Damen und Herren. Die Frage, ob dafür eine Enquetekommission des Landtags die richtige Institution ist, um das Ganze, um diesen Gedanken, den wir und den ich vom Grund her völlig teilen, zu befördern, das ist in meinen Augen hoch fragwürdig. Wir haben dann eine Enquetekommission, die eine ganze Menge an **Anhörungen** produzieren wird, die auch, um zu Ergebnissen zu kommen, **Gutachter** beauftragt, die letztlich auch eine ganze Menge an **Geld** kosten wird. Das darf ich auch einmal sagen. Ich kenne ja die linke Rhetorik. Sie hätten jetzt gesagt, da wollen Sie 200.000 €, 300.000 € ausgeben, um ein bisschen als Landtag über die große Kooperation zu philosophieren, und gleichzeitig haben wir Kinder, die keine warme Mahlzeit bekommen. Das wäre Ihre Rhetorik; die will ich nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will Ihnen nur mal vorführen, wie das ist, weil Sie sehr schön Dinge miteinander verknüpfen, die relativ wenig miteinander zu tun haben. Ich will das nicht machen, ich will nur mal ganz deutlich sagen: Ich glaube, dass an der Stelle dieses Geld wirklich auch sinnvoller ausgegeben werden kann als dafür, dass wir uns mal wieder von null an Gedanken machen.

Ich hätte mir gewünscht, dass wir zu einer gemeinsamen **Großen Anfrage** an die Landesregierung kommen, in der mehrere Dinge ganz klar gemacht werden können, nämlich: Was ist bisher geleistet worden? Wo liegen die Probleme? Frau Kollegin Heinold, die haben Sie nämlich nicht geschildert. Ich habe nicht das Gefühl, dass das bei Ihnen wirklich vorhanden war. Es geht nicht darum, was geschehen ist und was nicht geschehen ist, sondern die entscheidende Frage ist, warum etwas nicht geschehen ist. Da wissen wir die Antworten. Die allein reichen uns aber nicht, sondern wir wollen wissen, wie die **Regierung** beabsichtigt, in den nächsten Jahren diese vorhandenen **Defizite** aufzuarbeiten und zu überwinden.

Aber das allein ist eine Analyse. Da wollen wir von der Landesregierung hören, was bisher geleistet worden ist und was noch geleistet werden soll. Ob es uns weiterbringt, wenn wir nun in einer großen

(Dr. Christian von Boetticher)

Enquetekommission zusammensitzen und am Ende Empfehlungen aussprechen werden für eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Ländern, das wage ich zu bezweifeln.

Ich will dazu sagen: Erfolg könnte das Ganze ausschließlich dann haben, wenn es eine **gemeinsame Enquete der norddeutschen Länder** wäre. Wenn wir hier eine Enquete machen, und wir kommen zu intelligenten Empfehlungen, aber die anderen Bundesländer sagen, das ist ja schön, was Ihr da gemacht habt, ist nett anzuschauen, aber wir gehen den Weg nicht mit, dann haben wir sozusagen lange umsonst gearbeitet und uns lange umsonst weise Gedanken gemacht. Ich glaube, wir brauchen mehr. Wir brauchen die Regierung an unserer Seite. Wir brauchen an dieser Stelle **Legislative und Exekutive**, die sich gemeinsam auf den Weg machen müssen. Dafür ist eine Enquetekommission der falsche Weg. Wir werden daher heute nicht für die Enquetekommission stimmen. Wir werden uns der Stimme enthalten, weil uns das Thema wichtig ist. Das habe ich, glaube ich, deutlich gemacht. Und wir werden - das darf ich sagen, weil Sie die Enquetekommission auch ohne unsere Zustimmung einrichten können, wenn Sie ein Minderheitsquorum im Hause erfüllen - ganz engagiert dort mitarbeiten, damit, liebe Frau Kollegin Heinold, aus dieser Enquetekommission kein ganz grüner Quatsch-Comedy-Club wird.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege von Boetticher, Ihre Rede war in großen Passagen eine, die ich unterschreiben kann. Ich weiß aber nicht, warum Sie solch einen peinlichen Schluss gewählt haben, muss ich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Problem haben wir auch damit, dass Sie begründet haben, warum Sie der Enquetekommission nicht zustimmen. Denn der gemeinsame Antrag von Grünen und SPD hat ja natürlich einen schweren Geburtsfehler: Es ist ein Antrag von Oppositionsfractionen, also kommt der Ablehnungsreflex. Damit können wir in diesem Fall sehr gut leben, weil ja eine qualifizierte Minderheit in der Lage ist, auf-

grund der Geschäftsordnung bei solchen Fragen qualitativ und konstruktiv Konzepte für die Zukunft des Landes zu entwickeln.

Lassen Sie mich mit ein paar Worten begründen, warum wir der Idee der Grünen mit einem gemeinsamen Antrag nachgekommen sind.

Das Thema einer umfassenden Kooperation in Norddeutschland bis hin zur Frage einer Länderneugliederung ist ja in Schleswig-Holstein genauso alt wie das Bundesland selbst. In der Debatte zur Beschlussfassung über die Landesverfassung vor 60 Jahren hieß das dann folgendermaßen - ich darf zitieren -:

„Diese Lebensfähigkeit ... muss für Schleswig-Holstein in seinen heutigen Grenzen und in seiner heutigen sozialen und wirtschaftlichen Struktur bezweifelt werden. Schleswig-Holstein ist in seinem sozialen Gefüge das meistbelastete, nach seinem Steueraufkommen das ärmste, nach seiner geografischen Lage das abgelegenste und als Grenzland das von volks- und kulturpolitischen Auseinandersetzungen am meisten in Mitleidenschaft gezogene Land der Bundesrepublik Deutschland.“

Debatte Ende 1949, Worte des ehemaligen Innenministers und Oppositionsführers Käber. In dem dann gemeinsam beschlossenen Text der Landesverfassung heißt es:

„Die Landessatzung verliert vorbehaltlich anderweitiger bundesgesetzlicher Regelung ihre Gültigkeit an dem Tage, an dem die von Schleswig-Holstein erstrebte Neugliederung des Bundesgebietes in Kraft tritt.“

Der Passus war übrigens bis 1990 Bestandteil unserer Landesverfassung.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte um diese Beschlussfassung ist sehr lange her. Schleswig-Holstein hat infolge des sogenannten Wirtschaftswunders seit den 50er-Jahren unter Beweis gestellt, dass es als Land eigenständig leben kann. Geblieben ist allerdings die wirtschaftliche Strukturschwäche. Geblieben war und ist das unterdurchschnittliche Wachstum. Geblieben ist auch der Rückstand in Wissenschaft und Forschung. Geblieben ist auch der Investitionsstau in fast allen Bereichen der Infrastruktur.

Erstmals zu Beginn der 8. Legislaturperiode 1975 kündigte ein Ministerpräsident in einer Regierungserklärung umfangreiche Sparmaßnahmen im Haushalt an. Erstmals gerieten Finanzpolitik und Haus-

(Jürgen Weber)

haltsdefizit stärker in den politischen Fokus. Und erstmals bestimmte nicht nur wirtschaftliche Strukturschwäche, sondern auch ihre finanziellen Folgen die Debatte zwischen Opposition und Regierung.

Das ist aus naheliegenden Gründen bis heute so geblieben. Jeder kennt sie. Es kann auch nicht verwundern, dass in einer solchen Situation die Debatte um eine Kooperation in Norddeutschland gerade vor dem Hintergrund der finanziellen Notsituation immer wieder auflebt. Vor einigen Jahren hat ein Kieler Landeshausjournalist das in einem Artikel so formuliert. Ich zitiere:

„An der Küste kommt die Nordstaatdebatte so regelmäßig wie Ebbe und Flut, um dann so zuverlässig wie Seifenblasen zu zerplatzen.“

Weil nun keiner von uns Ebbe und Flut beeinflussen kann und will, andererseits aber Seifenblasen in der Politik gern auf das notwendige Maß reduziert werden sollten, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD den Antrag zur Bildung einer Enquetekommission hier auf den Tisch gelegt. Ich will noch einmal deutlich sagen: Es geht nicht darum, die bekannten Worthülsen und Scheindebatten zu zelebrieren. Es geht auch nicht um Notlösungen, sondern es geht um in die Zukunft gerichtete nachhaltige politische Konzepte für eine Zusammenarbeit im Norden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Enquetekommission heißt ausdrücklich „**Chancen einer verstärkten norddeutschen Kooperation**“. Wir sehen diese Enquetekommission vollständig ergebnisoffen. Nun könnte man sagen, das sei logischer Bestandteil einer Enquetekommission, aber ich glaube, es kann nicht schaden, das noch einmal deutlich zu sagen. Wir erwarten gerade in einer Enquetekommission eine Diskussion ohne politische Daumenschrauben. Wir erwarten Empfehlungen, die sich eben nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner politischer Strategie und Taktik reduzieren. Genau das wollen wir nicht. Deshalb schlagen wir die Einrichtung einer Enquetekommission vor.

(Beifall bei der SPD)

Ergebnisoffenheit heißt auch, dass wir nicht um den Begriff des Nordstaats herumtanzen, sondern in einer umfangreichen Analyse und in einem Entwicklungskonzept die Problematik einer Länderfusion nur als eine Fragestellung unter vielen thematisie-

ren und auch nicht an den Anfang der Diskussion stellen wollen. Es geht um die fachlichen Bereiche einer Kooperation. Es geht um den regionalen Zugschnitt und um die Zielsetzungen. Es geht auch um die Rückwirkungen auf die verschiedenen Regionen, gerade in unserem Land. Zum Schluss geht es auch um organisatorische oder gar staatsrechtliche Fragen einer Kooperation.

Natürlich wissen wir, dass es in den vergangenen Jahren unendlich viele Bemühungen gegeben hat, zu einer verstärkten **Kooperation** vor allem der Bundesländer **Hamburg** und **Schleswig-Holstein** zu kommen. Das will ich gern konzedieren. Diese aufgrund der Zeit nicht alle aufzuzählen, heißt nicht, diese Bemühungen kleinzureden. Das habe ich keinesfalls vor. Es kann aber nicht übersehen werden, dass wir vom Ergebnis her eine völlig unzufriedenstellende Situation haben, die dringend verbessert werden muss. Das sage ich ausdrücklich nicht in Richtung einer speziellen Regierung. Das sage ich auch ausdrücklich nicht in Richtung eines politischen Lagers. Ich glaube, das ist eine Aufgabe, der sich alle stellen müssen. Da kann sich niemand herausstellen. Ich hoffe, das wird auch keiner wollen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt ein paar Punkte, die den Handlungsdruck in den letzten Jahren deutlich verstärkt haben. Herr von Boetticher ist darauf eingegangen und hat deutlich gemacht, dass die Länder durch die **Föderalismusreformen** mehr Eigenständigkeit haben und durch weniger Bund-Länder-Kooperation in vielen Bereichen ihre Unterschiedlichkeit unter Umständen eher verstärken. Daraus könne ein Problem entstehen. Herr von Boetticher, hier teile ich Ihre Analyse. Die Antwort kann aber nicht sein, dass alles zu schwierig sei und dass wir deshalb nicht vorankommen. Die Antwort muss doch sein: Das ist eine neue Herausforderung, die geradezu dazu zwingt, zu einer einheitlichen Linie Norddeutschlands zu kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, hier liegen wir im Kern nicht auseinander. Das ist doch eher ein zusätzlicher Impuls dafür, dass wir so etwas wie eine Enquetekommission machen müssen. Die Entwicklung Europas zu einem **Europa der Regionen**, das nicht mehr von den herkömmlichen Verwaltungsstrukturen bedient werden kann, übt einen zusätzlichen Druck aus, hier zu neuen Lösungen zu kommen. Ich nenne nur das Beispiel **Forschung und Entwicklung**: Innovati-

(Jürgen Weber)

onspontane werden heutzutage nicht mehr aus der Königsteiner Gießkanne bedient, sondern sind stets wettbewerbsmäßig aufgestellt. Hier kann der Norden nur gemeinsam in den Wettbewerb gehen, wenn er in diesem Wettbewerb nicht untergehen will. Deshalb brauchen wir hier mehr Kooperation.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon angedeutet worden: Wir fangen natürlich nicht bei null an. Wir haben die **Metropolregion** als einen Motor, der an manchen Stellen stockt, der an manchen Stellen aber durchaus schon einige positive Entwicklungen gebracht hat. Wir kennen die Initiativen der Unternehmensverbände. Es hat wissenschaftliche Tagungen zu diesem Komplex gegeben. Wir haben Erfahrungen aus anderen nicht staatlichen Bereichen, aus den Bereichen der Gewerkschaften, der Kirchen, der Rundfunkanstalten und vielen mehr. Wir fangen also nicht bei null an. Wir müssen das natürlich mit einbeziehen. Deshalb kann es auch nicht ausreichen, eine Große Anfrage zu machen und unsere Regierung zu fragen. Wir müssen die Fragen breiter stellen. Regierungen zu fragen, ist ein Bestandteil der Arbeit, aber darauf kann sich dies sicherlich nicht reduzieren. Deshalb wollen wir darüber hinaus zu einer Lösung kommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fachliche Expertise und politisches Denken über den tagespolitischen Rand und über den landesherrlichen Horizont hinaus scheinen mir dringend erforderlich. Deshalb ist die Form einer Enquetekommission keine falsche, sondern eine nützliche und notwendige Form, wenn alle mit der notwendigen Ernsthaftigkeit an die Arbeit gehen. Sich dieser Mühe zu unterziehen, kostet eher Mut als zusätzliches Geld. Es schwirren alle möglichen Summen im Raum herum. Deshalb haben wir noch einmal mit Blick auf den Ursprungsvorschlag der Grünen deutlich gemacht, dass wir uns nicht nur vorstellen können, sondern davon ausgehen, dass die Arbeit im Rahmen des bestehenden Haushalts des Landtages abgewickelt und entwickelt werden kann. Wir brauchen kein zusätzliches Geld über das hinaus, was dem Landtag zur Verfügung steht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Die Fraktionen und der Landtag selbst verfügen über genug Kraft und auch über genug finanzielle Kraft, um das zu wuppen. Das will ich noch einmal deutlich sagen, weil das ganz offensichtlich ein Ar-

gument nach dem Motto war: Das kostet alles Geld, deshalb können wir das nicht machen. Das ist eine blöde Debatte, die in letzter Zeit immer häufiger aufkommt. Demokratie kostet Geld. Für alle anderen Dinge aber lassen wir Dinge zu, die eher problematisch sind.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich will das nicht ausweiten, weil ich keinen Parteienstreit in dieser Frage haben möchte. Wir haben diesen Vorschlag auch deshalb mitentwickelt und einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, weil wir wollen, dass mit einem klaren Fragenkatalog deutlich gemacht wird, dass wir die Vorgaben nicht zu kleinteilig machen, die Dinge aber auch nicht ausfransen lassen wollen. Wir wollen auf das fokussieren, was wir aufgeschrieben haben. Zu diesem Fokus gehört auch, dass es nicht allein um die Kooperation zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein geht. Man muss die **norddeutsche Kooperation** über Hamburg und Schleswig-Holstein hinaus denken.

Das wollen wir mit diesem Antrag, für den wir um Zustimmung bitten. Eine Zustimmung der Koalitionsfraktionen werden wir wohl nicht erhalten, aber ich nehme es als positives Signal und gehe davon aus, dass zumindest die Arbeit dieser Kommission mit großer Ernsthaftigkeit und mit großem Engagement geführt wird. Wir sehen dann, wo wir zu einem Ergebnis kommen werden. Ich bin da nicht so pessimistisch und wünsche, dass wir uns gemeinsam anstrengen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Institution der Enquetekommission ist eine tolle Sache für die Opposition. Nach der Geschäftsordnung des Landtags kann sie ohne Rücksicht auf die Mehrheit des Hauses die Einsetzung eines solchen Gremiums verlangen, wenn nur ein Viertel der Mitglieder des Landtags dem zustimmt. Warum schütteln Sie den Kopf? - Das steht so in der Geschäftsordnung. Es ist Grünen und Sozialdemokraten durchaus zu gönnen, diese Vor-

(Gerrit Koch)

schrift wiederentdeckt zu haben. So wird zumindest einem Ihrer Anträge auch einmal gefolgt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Nicht so schön ist die Art und Weise, wie Sie mit der besonderen Verantwortung, die gleichzeitig mit diesem Instrument verbunden ist, umgehen. Aus Sicht meiner Fraktion ist der von Ihnen eingebrachte Antrag nicht richtig durchdacht. Ich appelliere daher an die Antragsteller, dass wir zumindest noch einmal im Rahmen einer Ausschussberatung über den vorgelegten Einsetzungsbeschluss diskutieren, wenn Grüne und SPD ihren Antrag nicht gleich ganz zurückziehen. Das werden Sie nicht machen, aber ich bitte Sie trotzdem darum.

Auf den ersten Blick - sozusagen unter dem Blickwinkel einer oberflächlichen Plausibilität - wird durch den Antrag eine durchaus löbliche Idee verfolgt, nämlich die **länderübergreifende Kooperation**. Dabei ist das eigentliche und unbedingte Ziel der Grünen bekanntlich, zu einer Länderfusion von Hamburg und Schleswig-Holstein zu kommen. Zentralismus statt Pluralismus ist also die Devise. Das machen wir nicht mit, das sage ich Ihnen gleich vorab.

(Beifall bei FDP und SSW)

Wenn es jedoch um länderübergreifende Kooperationen geht, dann ist dies auch das Ziel der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Ich erlaube mir, Ihnen die Lektüre unseres Koalitionsvertrages nahezulegen. Dort haben CDU und FDP zum Beispiel vereinbart, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen weiter zu stärken und innovative Felder zu erschließen, etwa durch Innovationsnetze zwischen Mittelstand, Großunternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen, und zwar auch in Kooperation mit Hamburg.

Selbstverständlich sollte jede Möglichkeit zur sinnvollen Zusammenarbeit zwischen den nördlichen Bundesländern über die starren Landesgrenzen hinaus genutzt werden. Selbstredend können sich daraus Chancen zur Kostenreduzierung, zur Straffung von Abläufen, zu viel gepriesenen Synergien und vor allem zur Stärkung des Nordens Deutschlands ergeben. Dennoch haben wir als FDP-Fraktion Probleme mit Ihrem Antrag.

Es haben sich bereits unzählige Kooperationen ergeben - das haben wir bereits gehört. Die Wirtschaft hat sich noch nie an politische Grenzen gehalten, solange sie irgendwie überwindbar sind. Gerade die Unternehmer unseres Landes denken und

handeln über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus.

Meine Damen und Herren, sinnbringende Zusammenarbeit zu fordern und zu fördern, ist sicherlich auch Aufgabe unseres Hauses. Ohne jetzt schon auf den genauen Inhalt des Antrages einzugehen - das hole ich gleich nach -, krankt der Antrag jedoch an einem beachtlichen Mangel. Es macht nämlich keinen Sinn, dass wir einsam und allein in einem fast zwei Jahre lang tagenden Gremium Resolutionen und Vorschläge ausarbeiten, wenn wir diejenigen, mit denen wir später kooperieren wollen, nicht gleichzeitig bei den Überlegungen mit am Tisch haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Um es deutlich auszudrücken: Es bringt uns schlichtweg nichts, wenn eine allein schleswig-holsteinische **Enquetekommission** zwei Jahre lang berät, Vorschläge ausarbeitet, dann mit den fertigen Rezepten die Nachbarländer aufsucht, ihnen diese vor die Nase hält und die am Ende einfach sagen: Das wollen wir nicht! Dann bereichert die Arbeit bestenfalls eine Bibliothek oder geht schlichtweg in den Müll.

Die in den zwei Jahren durch Anhörung von Sachverständigen und Verwaltungsarbeit aufgetretenen **Kosten** haben dann die Antragsteller zu verantworten. Dabei können wir von einem durchaus sechsstelligen Betrag ausgehen - ein tolles Ergebnis angesichts der aktuellen Haushaltslage. Was für die Enquetekommission verbraucht wird, fehlt logischerweise woanders.

Wenn ein vergleichbares Gremium Sinn machen soll, dann müssen wir auch die anderen Länder wie Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder vielleicht auch Bremen von Anfang an dort mit einbinden. Eine entsprechende Kommission können wir aber so nicht beschließen, wir können die anderen Länder nicht zu einer Teilnahme zwingen, wir können sie lediglich höflich dazu einladen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Genau, machen wir das doch!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Aber nicht im Rahmen einer schleswig-holsteinischen Enquetekommission.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Gerrit Koch)

Meine Damen und Herren, was den Antrag weiter problematisch macht, ist seine Unbestimmtheit in vielen Einzelfragen. Lassen Sie mich einzelne Beispiele nennen!

Es soll die Bilanz der **Metropolregion Hamburg** bewertet werden. Dazu muss man sich zunächst einmal die Frage stellen, was in diese Bilanz überhaupt hineingehört. Geht es hier nur um die Bilanz im schleswig-holsteinischen Bereich der Metropolregion, oder wollen Sie auch Hamburg und Niedersachsen hierzu berücksichtigen? Die Bewertung dieser Bilanz mag unterschiedlich ausfallen, weil in gewissen Konkurrenzverhältnissen Schleswig-Holstein möglicherweise andere Bewertungen abgibt als Hamburg.

Hierzu ein Beispiel: Wenn sich die Firma Montblanc beim FDP-Bürgermeister Günther Hildebrand in Ellerbek angesiedelt hat - da sitzt er -, dann wird dies aus schleswig-holsteinischer Sicht durchaus positiv beurteilt. Die Freie und Hansestadt Hamburg hingegen, die auch gern die Firma Montblanc bei sich angesiedelt hätte, hat zu diesem Sachverhalt möglicherweise eine etwas andere Sichtweise.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Torsten Geerdts:

Frau Kollegin Heinold, das Wort hat der Redner am Rednerpult.

Gerrit Koch [FDP]:

So soll es sein. - Anderes Beispiel: Wenn im Antrag der Enquetekommission danach gefragt wird, auf welchem Wege durch Kooperationen im Bereich Bildung und Wissenschaft eine Stärkung der **norddeutschen Bildungslandschaft** erfolgen kann, dann wird sich die Kommission mit Sicherheit zunächst einmal darüber die Köpfe zerbrechen, was sie unter einer Stärkung der norddeutschen Bildungslandschaft überhaupt versteht. Da gehen die Ansichten wohl nicht nur länderübergreifend, sondern auch länderintern auseinander. Das müsste im Antrag schon etwas konkretisiert werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mensch, Junge!)

- Ja, Mädchen.

(Beifall und Heiterkeit bei FDP, CDU und SSW)

Was ist mit der Frage nach einer gemeinsamen **Kulturpolitik** der norddeutschen Länder? Sicher-

lich kann man darüber nachdenken, ob beim kulturellen Angebot, beispielsweise im Bereich der Theaterlandschaft, künftig noch weiter kooperiert werden könnte. Der Antrag fragt aber, wie eine gemeinsame Kulturpolitik aussehen könnte.

Eine der Stärken des heutigen **Föderalismus** ist es, dass gerade kulturelle Verschiedenheiten und Traditionen in den einzelnen Bundesländern gepflegt werden. Damit wird die kulturelle Vielfalt, die wir in Deutschland haben und wollen, durchaus gefördert. Will man in diesen Bereichen auch zu einer gemeinsamen Kulturpolitik kommen, wie es im Antrag steht? Vielleicht gibt es ja doch charmante Unterschiede zwischen Dithmarschern aus Schleswig-Holstein und Saterländern in Niedersachsen?

(Detlef Buder [SPD]: Das wollen wir zurückweisen!)

Völlig sachfremd und ohne Zusammenhang mit **norddeutscher Zusammenarbeit** ist schließlich die Frage nach Formen der Bürgerbeteiligung bei Staatsverträgen. Wenn man hier Änderungen will, dann haben diese natürlich für alle Staatsverträge zu gelten und nicht nur für **Staatsverträge**, die für norddeutsche Kooperationen gelten, beispielsweise auch für Rundfunkgebührenstaatsverträge. Das wäre einmal eine interessante Diskussion.

Die gäbe es auch bei der Stellungnahme einer Enquete, welche Auswirkungen die Länderfusion auf die demokratische Entwicklung in Schleswig-Holstein haben würde. Darunter kann man so ziemlich alles Mögliche verstehen.

Man könnte weitere Beispiele nennen. Sie alle würden dokumentieren, dass die Enquetekommission wohl allein mit der Konkretisierung des Auftrages bis Ende 2011 beschäftigt wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Enquete ist zwar ein eigenständiges Gremium, sie ersetzt aber nicht die Arbeit der Ausschüsse.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie übernimmt lediglich vorbereitende Tätigkeiten. Ergebnisse der Arbeit von Enquetekommissionen haben nicht unmittelbaren Eingang in das parlamentarische Verfahren. Sie finden diesen erst durch entsprechende Initiativen. Da stellt sich die Frage: Was setzen wir davon tatsächlich um?

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch vor diesem Hintergrund bleibt fraglich, ob es nicht gegebenenfalls sinnvoller wäre, die im Antrag

(Gerrit Koch)

gestellten Fragen im Wege von Beratungen im jeweils zuständigen Ausschuss zu klären.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, der Vorschlag meiner Fraktion wäre: Arbeiten Sie Ihren Fragenkatalog ab, und bitten Sie die Landesregierung, gegebenenfalls im Ausschuss entsprechend zu berichten!

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Scherzkeks)

- Wenn ich Sie erheitere, habe ich ja etwas geschafft.

(Zurufe)

Wir als FDP sind der Auffassung, dass es keines großen Kooperationsmasterplanes bedarf, sondern über Kooperationen pragmatisch in Einzelfällen und dann auch je nach Lage einmal mit Hamburg, einmal mit Niedersachsen oder ein anderes Mal mit Mecklenburg-Vorpommern oder Bremen zu entscheiden ist. Statt lange große Pläne zu schmieden, ist es besser, in Einzelfällen wirksam zu handeln. Wir werden das als Koalition tun.

(Beifall bei FDP und CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ja auch so erfolgreich in der Vergangenheit!)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Kollegen Ulrich Schippels.

(Zurufe)

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion um den Nordstaat beunruhigt mich schon ein wenig, auch wenn ich weiß, dass diese Kuh schon öfter mal durchs Dorf getrieben wurde und auch noch einmal getrieben wird, erst recht, wenn wir heute eine Enquetekommission einrichten.

Frau Heinold, Sie haben zu Recht daran erinnert, dass unser Ministerpräsident 2005, als er noch nicht Ministerpräsident war, in der „Bild“-Zeitung den Wunsch hat verlautbaren lassen, er möge der letzte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein sein.

(Zuruf von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

- Das sei kein Wunsch gewesen, sagt er.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Schippels, ich unterbreche Sie nur kurz, die Redezeit stoppen wir einmal. - Gespräche mit der Regierungsbank und von der Regierungsbank mögen bitte unterbleiben.

(Vereinzelter Beifall)

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Wir hoffen, dass sich das nicht erfüllen wird, und da sind wir mit Herrn Stegner und der SPD wohl einer Meinung.

Wir versperren uns nicht der Debatte um eine enge Kooperation mit den Nachbarstaaten; auch wir diskutieren dieses Thema sowohl in der Partei als auch in unserer Fraktion. Die Befürworterinnen und Befürworter des Nordstaates verweisen auf vermeintliche Synergieeffekte. Wir bräuchten nur ein Parlament, viele Doppelstrukturen könnten abgeschafft werden, die Wirtschaft brauche großräumigere Strukturen.

Wir dagegen sagen: Unser Land ist groß genug, um die Aufgaben effektiv erledigen zu können. Wissen Sie: Es gibt viele Staaten, die kleiner sind als unser Bundesland und die gleichwohl effektiv genug sind, die funktionieren. Lenken Sie - ich meine sowohl die jetzige Regierung als auch die ehemalige Regierung - nicht von dem eigenen Versagen ab! Schleswig-Holstein geht es nicht schlecht, weil es zu klein ist, Schleswig-Holstein geht es schlecht, weil es schlecht regiert worden ist und weil es immer noch schlecht regiert wird.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Zum Umgang mit Hamburg: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, mit anderen Bundesländern - ob mit Hamburg, Niedersachsen oder Mecklenburg-Vorpommern - zusammenzuarbeiten. Es gibt ja auch schon Ansätze, es gibt ja schon Vereinbarungen. Auch in dieser Landtagstagung beraten wir über gemeinsame Projekte. Es gibt auch positive Entwicklungen, die sind heute schon angesprochen worden.

Frau Heinold, wenn Sie sagen, wir hätten bei der Zusammenlegung der Statischen Landesämter nur 3 Millionen € gespart, obwohl es 8 Millionen € hätten sein können, dann liegt das nicht daran, dass wir keine Enquetekommission gehabt haben, sondern das liegt daran, dass die politischen Entscheidungen hier und in Hamburg so gefasst worden sind, wie sie gefasst worden sind. Daran ändert sich nichts, wenn wir jetzt diese Kommission einrichten.

(Ulrich Schippels)

Sie haben erklärt, dass es eine enge verkehrstechnische Verknüpfung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein gibt. Die gibt es auch ohne diese Enquetekommission, und das ist auch gut so.

(Beifall bei FDP und SSW)

Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie auch eingestehen, dass die bisherige **Zusammenarbeit mit Hamburg** für das Land Schleswig-Holstein eine teure, um nicht zu sagen eine richtig teure Angelegenheit war. Das gemeinsame Vorzeigeprojekt HSH Nordbank ist nicht nur gescheitert, es hat unseren Haushalt und auch den von Hamburg extrem an die Wand gefahren. So stelle ich mir eine gelungene Zusammenarbeit mit Hamburg nicht vor.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Frau Heinold, Sie sagen, wir haben zwei PUA, zwei Ausschüsse und wir müssten die zusammenlegen. Ich sage Ihnen: Hätten Sie damals nicht aus zwei Funktionsbanken eine Geschäftsbank gemacht, dann hätten wir heute keine zwei Untersuchungsausschüsse, und wir stünden viel besser da.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir schon beim Thema Finanzen sind: Ich befürchte, dass - so wird von der CDU bis hin zu den Grünen argumentiert werden - das Verbot der Neuverschuldung ab 2020 dafür genutzt wird, den **Nordstaat** auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzudrücken.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das geht doch gar nicht!)

Das wird dann dadurch gemacht, dass entsprechend argumentiert wird: Wir dürfen keine Schulden mehr machen, das Land ist bankrott, deshalb brauchen wir die Fusion mit Hamburg. Natürlich bedarf es auch der Zustimmung der Bevölkerung. Aber so wird argumentiert werden. Ich stelle mir das schon vor. Das alles, fürchte ich, ist auch der Subtext dieses Antrags.

Ich wundere mich gerade bei den Grünen über die Begeisterung für einen Nordstaat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Bürgerinnen- und **Bürgernähe**, basisdemokratische Entscheidungsstrukturen, liebe Grünen, können nur in relativ kleinen Einheiten realisiert werden. Große anonyme Strukturen dagegen neigen dazu, sich stärker von der Basis, von den Menschen, von den Wählerinnen und Wählern zu entfernen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Mitbestimmung, Selbstbestimmung wird dann zur Makulatur und erstickt im anonymen Ganzen.

Auch wenn Schleswig-Holstein ein junges Bundesland ist, auch wenn **Schleswig-Holstein** nach dem Zweiten Weltkrieg sehr viele Flüchtlinge aufgenommen hat - vorher waren wir preußische Provinz -, haben wir inzwischen eine **Identität** im Land zwischen den Meeren entwickelt. Diese würde über kurz oder lang in einer Nordstaat-Einheitssoße untergehen beziehungsweise verblassen. Zu dieser Identität gehört auch - das betone ich ausdrücklich - die **dänische Minderheit**. Ich habe mich gestern bei der Debatte um den Europaausschuss sehr unwohl gefühlt. Vielleicht liegt es auch nur an mir. Ich habe im Hinterkopf immer noch das Gefühl, dass es in Schleswig-Holstein antidänische Ressentiments gibt. Ich hoffe inständig, dass dies nicht stimmt und dass mich mein Gefühl trügt.

In der Debatte um den Nordstaat wird es so sein, dass die dänische Minderheit noch viel weniger als bisher ihre eigenen Interessen artikulieren kann. Ich möchte nicht wissen, wie groß ein gemeinsames Landesparlament mit Hamburg, vielleicht auch noch mit Mecklenburg-Vorpommern, mit Niedersachsen und mit Bremen sein müsste, damit auch ausreichend Abgeordnete des SSW dort ihre Interessen zu Gehör bringen können.

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Schippels, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Habeck?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ja, gerne.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dreiminutenbeitrag!)

Präsident Torsten Geerds:

Drei Minuten - alles klar, danke.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Je größer der Staat, desto geringer die Differenzierungen, desto schlechter die Mitbestimmungsmöglichkeiten von regionalen und kulturellen Minderheiten.

Meine Damen und Herren, wir werden der Einsetzung dieser Enquetekommission nicht zustimmen. Aber Sie brauchen unsere Stimmen auch nicht dazu. Insofern ist es nicht dramatisch. Wir werden uns

(Ulrich Schippels)

- das verspreche ist - konstruktiv an der Debatte teilnehmen und unsere Position einbringen.

Ich möchte Ihnen ein Letztes noch mit auf den Weg geben. Die gescheiterte Fusion von Brandenburg und Berlin hat gezeigt, dass eine **Länderfusion** nicht von oben bestimmt werden kann, sondern nur das Ergebnis eines basisdemokratischen Prozesses des Zusammenwachsens von unten sein kann. Herzlichen Sie dies bitte.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort hat die Vorsitzende der SSW-Fraktion, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Zusammenarbeit mit unseren norddeutschen Nachbarländern ist eine wesentliche strategische Perspektive für die Entwicklung unseres Landes und seiner Verwaltungsstrukturen. Schleswig-Holstein ist keine Insel, die autark und unabhängig ist, sondern kann gar nicht ohne seine Nachbarn existieren. Der SSW hat sich aus diesem Grund stets dafür starkgemacht, die Beziehungen zu unseren Nachbarn auf stabile Füße zu stellen, damit die Kooperationsverpflichtungen Regierungswechseln und Wirtschaftskrisen standhalten.

In der Vergangenheit hat der SSW viele konkrete Projekte unterstützt oder sogar selbst in Gang gebracht, um auf diesem Weg Schleswig-Holstein möglichst viele Optionen zu eröffnen. Dabei haben wir uns nicht auf die Zusammenarbeit mit unseren dänischen Nachbarn beschränkt, wie uns mancher vielleicht unterstellen möchte, sondern uns auch für eine stärkere **norddeutsche Kooperation** eingesetzt, zum Beispiel in der Hafenwirtschaft.

Die Möglichkeiten in diesem Bereich sind mit Sicherheit noch nicht ausgereizt. Ja, sie sind noch nicht einmal ausgelotet und bestehende Kooperationen und Fusionen noch nicht evaluiert. Von daher begrüßen wir viele der Fragen und Vorschläge im vorliegenden Antrag der Grünen und der SPD. Aber die Option eines Nordstaates halten wir aus mehrerlei Gründen für den falschen Ausgangspunkt eines solchen Prozesses und vor allem für die falsche Perspektive für unser Land. Ich möchte sieben Gründe nennen.

Grund eins: In einem **Nordstaat** droht den Schleswig-Holsteinern die politische Ohnmacht. Uns würde dasselbe Schicksal ereilen wie vielen menschl-

chen Beziehungen. In der Paarungseuphorie wird über Unterschiede und Differenzen hinweggesehen. Wenn der Alltag beginnt, dann geht die vermeintlich gleiche **Augenhöhe** aber schnell verloren. Bereits jetzt zeigt sich in der Metropolregion, wie dominierend Hamburg gegenüber seinem Umland seine Interessen durchzusetzen weiß.

Akkurat das droht dem gesamten Land Schleswig-Holstein, wenn wir uns einseitig auf Hamburg ausrichten und andere Optionen vernachlässigen. Es wäre nicht zuletzt eine Bedrohung für jene Regionen, die heute schon nicht im Zentrum der schleswig-holsteinischen Politik stehen. Die Wirtschaftspolitik ist schon heute sehr stark auf die **Metropolregion Hamburg** konzentriert. Dies würde sich in einem Nordstaat noch weiter verstärken. Als „Juniorpartner“ in einem solchen Gebilde hätte Schleswig-Holstein eine schwächere Ausgangsposition, verschiedene **regionale Interessen** im Land würden untergehen.

Grund zwei: Andere Möglichkeiten der Kooperation werden eingeschränkt. Im Antragstext spielen die anderen **Kooperationspartner** des Landes Schleswig-Holstein eine untergeordnete Rolle, obwohl auch zu anderen ausgezeichnete und feste Beziehungen bestehen. Die Zusammenarbeit mit Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Bremen spielt in diesem Antrag eindeutig die zweite Geige, und weder die Kooperation mit **Dänemark** noch die im Ostseeraum noch die Nordseekooperation sollen seitens der Kommission bewertet und deren Potenzial berücksichtigt werden. Indem im vorliegenden Antrag Alternativen beschränkt werden, wird eine Entscheidung für Hamburg bereits vorweggenommen.

Grund drei: Der Nordstaat hält gar nicht, was er verspricht. Befürworter des Nordstaats argumentieren vor allem damit, dass Schleswig-Holstein angeblich zu klein sei, um seine Aufgaben als Bundesland ordentlich erledigen zu können. Ein größeres Land könne eine modernere, schlankere Verwaltung haben, glauben sie. Aber wenn die Größe von Estland ausreicht, um EU-Mitglied und über viele Jahre Vorzeigeland in Sachen Bürokratieabbau und schlanker Staat zu werden, weshalb sollte Schleswig-Holstein dann zu klein sein, um als Bundesland zu funktionieren?

(Beifall beim SSW)

Auch das Argument, dass dadurch finanzpolitische Probleme behoben werden können, ist falsch. Nur weil zwei Hartz-IV-Empfänger heiraten, wird aus Ihnen noch lange keine Mittelstandsfamilie. Das

(Anke Spoorendonk)

sieht übrigens auch der allseits geschätzte Klaus von Dohnanyi so, der bei der letzten Nordstaatdebatte 2007 urteilte: Ein Nordstaat bringt uns kein bisschen weiter. Der ehemalige Regierende Bürgermeister Hamburgs wies darauf hin, dass die Einsparungen in der Verwaltung gemessen an den **Gesamtkosten** verschwindend gering seien und dass die Nachteile einer Fusion viel schwerer wiegen würden. Dem kann ich nur beipflichten. Dass auch der Länderfinanzausgleich geändert werden müsste, füge ich hier nur in Klammern hinzu.

Grund vier: Mit Demokratie hat der Nordstaat wenig zu tun. Der Nordstaat ist eine Idee von Technokraten, deren einzige Bewertungsmaßstäbe die schiere Größe und die Einheiten Euro und Cent sind. Aus demokratischer Sicht geht in einem Nordstaat aber die **Bürgernähe** verloren, die bislang noch unsere Landespolitik von der Bundespolitik unterscheidet. Wir wollen eine bürgernahe Demokratie. Diese erreicht man nicht, indem man blind dem Motto „Big is beautiful“ verfällt. Wenn wir eine Reform benötigen, dann muss sie ganz unten anfangen und handlungsfähige Kommunen schaffen.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Grund fünf: Geschichtlich gewachsene Strukturen und Zusammenhänge schaffen eine **Identität**, die gerade in der globalisierten Welt eine Stärke ist und Halt gibt. Das mögen Technokraten als emotionales Element abtun, aber es hat handfeste soziale und mittelbar auch wirtschaftliche Implikationen.

Grund sechs: Die Menschen wollen den Nordstaat nicht. Nicht ohne Grund musste der Ministerpräsident - das wiederhole ich - stets einen Rückzieher machen, wenn er wieder einmal herausposaunt hatte, dass er sich vorstellen könnte, der letzte Ministerpräsident von Schleswig-Holstein zu sein, oder dass Schleswig-Holstein und Hamburg schon auf dem Weg zum Standesamt seien. Wie eine Politik ausgeht, die keine Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung nimmt, konnte man ja trefflich bei der Diskussion über die Kreisreform oder auch bei der **Volksabstimmung** über die Fusion von Berlin und Brandenburg sehen.

Grund sieben: Ein Nordstaat wäre in Beton gegossen. Für Menschen gibt es immer einen Ausweg, wenn ihre Ehe nicht funktioniert - die Trennung. Wenn eine Metropole und ein Flächenland heiraten, gibt es aber kein Rücktrittsrecht und keine Scheidungsanwälte. Hier gilt umso mehr die bekannte Formel aus der anglikanischen Hochzeitsliturgie: „Wer etwas gegen diese Verbindung einzuwenden

weiß, spreche jetzt oder schweige für immer.“ Der SSW spricht jetzt schon.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Dies können wir auch jetzt tun, bevor die Enquete-Kommission gearbeitet hat. Denn es gibt grundsätzliche Argumente gegen einen **Nordstaat**, die sich auch durch vermeintliche finanzpolitische Verheißungen nicht wegdiskutieren lassen.

Angesichts dieser sieben Gründe spricht alles dafür, in einer Enquetekommission zur norddeutschen Zusammenarbeit die Idee des Nordstaates außer Acht zu lassen und sich auf konkrete Felder der Zusammenarbeit und der Arbeitsteilung zu fokussieren. Es gibt viele Möglichkeiten unterhalb einer Fusion. Deshalb spricht sich der SSW gegen die Einsetzung der vorgeschlagenen Nordstaat-Enquetekommission aus. Ich warne sogar davor, dieses Trojanische Pferd in unsere Mauern zu ziehen, weil die Kommission zukünftige Entscheidungen im Landtag stark vorprägt und die Optionen einschränkt.

Für den SSW ist deshalb klar: Wer etwas für die Sache tun will, sollte die Fusionspläne endlich beerdigen. Es würde die **norddeutsche Zusammenarbeit** und die **Arbeitsteilung** in vielen weiteren konkreten Feldern befördern, wenn wir uns endlich von der unsäglichen Nordstaatdebatte verabschiedeten.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie ist für die Zusammenarbeit eher ein Hindernis; denn sie führt dazu, dass die politischen Debatten über eine enge norddeutsche Kooperation stets in einer Sackgasse enden.

Für echte Schleswig-Holsteiner gilt seit 1460 die Doktrin: „Op ewig ungedeelt“; heute, nach 650 Jahren, sollten wir sie erweitern durch das Credo: „Op ewig unvermählt“.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Enquete-Kommission hat einen denkbar schlechten Start. Indem die Antragsteller explizit auf die Option des Nordstaates Bezug nehmen, haben sie selbst dafür gesorgt, dass ihr von vornherein das Etikett „Nordstaat“ angeheftet worden ist. Dieses Stigma wird sie kaum wieder loswerden. Wie es ausgeht, wenn man technokratische Strukturereformen diktieren will und das gewünschte Ergebnis eines angeblich offenen Diskussionsprozesses von vornherein nennt, hat das Schicksal der **Kreisreform** in der letzten Wahlperiode gezeigt. Wer eine unrealistische und ungewünschte Maximalforderung vorgibt, kann danach

(Anke Spoorendonk)

nur noch zurückrudern und steht als Verlierer da. Ich prophezeie der Nordstaat-Enquetekommission dasselbe Schicksal.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz zu Wort gemeldet, weil ich finde, dass einige Argumente nicht besonders stark und nicht besonders logisch waren.

Liebe Anke Spoorendonk, das Wort „Nordstaat“ taucht in dem Antrag gar nicht auf. Es ist von einer ergebnisoffenen Prüfung die Rede, und du sprichst von „Stigma“. Das ist so, als ob man erst ein Etikett anheftet, um sich dann zu beklagen, dass dem Antrag ein Etikett angeheftet worden sei. Das scheint mir nicht besonders logisch zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Gleichwohl verstehe ich aus der politischen Situation des SSW heraus die Schwierigkeiten mit dieser Debatte. Das akzeptiere ich.

Nicht verstehen kann ich, dass die FDP argumentiert: Weil der Bürgermeister von Ellerbek Montblanc geholt hat, verweigern wir uns einer Debatte über die Synergien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Hamburg. - Das ist doch der totale Beton, der da in den Mischer eingerührt wird!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dass Sie noch nicht einmal in der Lage waren, wie die LINKEN, zu denen ich gleich kommen werde, eine konstruktive Mitarbeit zuzusagen, schlägt dem Fass wirklich den Boden aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass DIE LINKE allerdings nach der gestrigen Debatte sagt, der Nordstaat sei ein Verarmungsprogramm, ist nun gar nicht zu verstehen. DIE LINKE müsste doch versuchen, die Regierung mit der Argumentation zu fangen, dass in die Strukturen hineinzugehen ist und nicht eine kleinteilige Spardebatte angezettelt werden sollte. Ihr macht es genau

falsch herum. Damit schlägt ihr eurer eigenen Strategie sozusagen den Rücken weg.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Es ist aufgefallen, dass sich merkwürdige Allianzen gebildet haben. Im Grunde argumentiert ihr mit der Montblanc/Ellerbek-Strategie so, als ob dort eine Art „linke Scholle“ aufgebaut werde. Das scheint mir nicht besonders konsequent und auch nicht besonders links zu sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Was bleibt übrig? Diese Debatte hat gezeigt, dass die **Enquetekommission** genau das richtige Gremium ist. Wir brauchen es jetzt. Das fraktionelle Schaulaufen, bei dem alles drunter und drüber geht, macht deutlich, dass wir einen Rahmen, einen Raum benötigen, innerhalb dessen die Argumente in Ruhe gesichtet und ergebnisoffen abgewogen werden. Dann sehen wir uns alle im Ausschuss oder hier im Landtag wieder.

Alles spricht dafür, die Enquetekommission einzurichten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Kollege Habeck, ich mache eine Anmerkung, die allerdings für viele Mitglieder des Hauses gilt; es passt nur an dieser Stelle ganz gut: Wir sollten bei dem Verfahren bleiben, dass wir uns während der Plenardebatten grundsätzlich siezen, auch wenn wir uns ansonsten phantastisch verstehen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Heiterkeit - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich entschuldige mich dafür!)

- Das traf mehrere. Wir haben es jetzt einmal klargestellt. Ich glaube, damit ist die Sache vom Tisch.

Das Wort hat Herr Kollege Jürgen Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Duzen wäre mir nach dieser Debatte sowieso nicht zumute.

(Heiterkeit)

(Jürgen Weber)

Natürlich sind wir ein Parlament, und wir tauschen uns politisch aus. Dennoch war ich immer der Auffassung, dass es einen gewissen Grundstandard intellektueller Auseinandersetzung gibt, der auch in einem Parlament notwendig ist. Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Warum stellt man sich eigentlich hier vorn hin und redet, wenn offensichtlich überhaupt nicht zugehört wird? Sowohl Frau Kollegin Heinold als auch Herr Kollege von Boetticher - wenn auch mit einem anderen Resultat - tragen vor, dass es hier ein Handlungsdesiderat gibt, dass wir eine ergebnisoffene Diskussion brauchen, die ohne Festlegungen auskommt und über die Partei- und Landesgrenzen hinweg geführt wird. Dann stellt sich der Kollege von der FDP-Fraktion hin und sagt, wir könnten ja die Regierung fragen; dann würden wir schlau gemacht. Was ist denn das für ein Parlamentsverständnis?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dann stellt sich Frau Kollegin Spoorendonk hin und wiederholt das, was sie seit Jahren redet: Sie ist gegen den Nordstaat. Das wissen wir alle. Wir haben den Nordstaat nicht beantragt. Wir wollen eine ergebnisoffene, vernünftige Diskussion führen. Wenn der SSW das nicht will, dann soll er sie nicht führen. Aber ich denke, die Menschen wollen, dass sie geführt wird. Dann kann man nicht einfach sagen: Ich weiß schon, was dabei herauskommt. Ich weiß auch, was alles Teufelszeug ist. Deswegen will ich das alles nicht. - Diese Betonrede fand ich unterirdisch. Das sage ich selten zu Frau Kollegin Spoorendonk, die ich jetzt auch nicht duze. Aber das war unterirdisch.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn die Kollegen der LINKEN „klein ist fein“ vortragen, dann liegt das vielleicht wirklich daran, dass Ihr Parteivorsitzender aus dem Saarland kommt.

(Heiterkeit und Beifall bei SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marx lesen Sie von der LINKEN wahrscheinlich auch nicht mehr.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dass die politischen Ebenen von Entscheidungen den ökonomischen Prozessen nachfolgen - ich dachte, das sei noch ein Grundbestandteil von Gesellschaftskritik und dialektischer Kenntnis. Aber selbst das ist weg.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bitte Sie alle, das jetzt nicht zu persönlich zu nehmen.

(Heiterkeit)

Ich finde, das intellektuelle Niveau der Debatte in diesem Landtag könnte manchmal durchaus besser sein.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erhält der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Herr Jezewski.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass wir das falsche Forum für diese Diskussion sind. Ich lasse mir gern von den Grünen und den Sozialdemokraten erklären, was linke Politik ist. Ich könnte Ihnen auch sehr gut erklären, was eigentlich sozialdemokratische und grüne Politik wäre. Ich glaube auch, da hätten wir Gesprächsbedarf. Dafür ist der Landtag jedoch das falsche Forum.

Ich denke, das war heute die Sternstunde der Regierungsfractionen; das war das erste Mal, dass Sie wirklich erlebt haben, dass eine Diskussion innerhalb der Opposition in Gang gekommen ist. Ich glaube, da sitzen die, gegen die sich unsere Kritik richten sollte.

Zur Logik der Diskussion möchte ich einiges sagen: Natürlich macht es Sinn, nicht zwei Statistische Landesämter zu haben, sondern eines. Das macht Sinn, wenn man Geld sparen will. Natürlich macht es Sinn, nicht zwei Datenschutzbeauftragte zu haben, sondern einen, wenn man Geld sparen will. Jetzt kann ich aber weitergehen: Warum haben wir eigentlich fünf? Wir haben ja auch noch die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Niedersachsen. Auch da wäre einer noch einmal um den Faktor 2,5 günstiger. Warum haben wir denn 16 in Deutschland? Dann müssen wir uns fragen: Warum haben wir denn überhaupt **Föderalismus**? Was haben die sich eigentlich dabei gedacht, ein föderales System einzuführen?

(Beifall der Abgeordneten Ranka Prante [DIE LINKE])

(Heinz-Werner Jezewski)

Nun muss man einmal in die Vergangenheit schauen und überlegen: Was wollten denn die Gründerväter unseres Landes damit erreichen? Da kommt man vielleicht auf Antworten. Ich denke, diese Antworten enthalten schon ein gutes Stück der Wahrheit unserer Kritik an dem **Nordstaat**.

Ein anderer Punkt der Kritik ist: Wenn der Kollege Weber mir sagt, dass politische Entscheidungen natürlich den wirtschaftlichen Entwicklungen folgen, dann kann ich mich darüber freuen. Aber in aller Regel ist es so, dass wirtschaftliche Entwicklungen die politischen Entscheidungen heutzutage vorgeben, und das ist etwas, was wir überhaupt nicht wollen.

Wenn wir in dem Konstrukt Nordstaat zum Beispiel einfacher über Mindestlöhne in unserem Land oder über soziale Mindeststandards reden könnten, dann wären wir dem Nordstaat gegenüber nicht ganz so abgeneigt.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte: Im Gegensatz zu manch anderen Parteien ist DIE LINKE durchaus lernfähig. Wir haben in Berlin und Brandenburg einen Prozess durchgemacht, der uns weitergebracht hat, wo wir gesehen haben, dass gegen den Willen der Bürger und ohne das Wachsen eines solchen Prozesses aus der Mitte der **Bevölkerung** ein solcher Prozess völlig sinnlos ist. Deswegen wäre die Diskussion, wenn sie nicht ergebnisoffen und durchaus auch im Sinne des SSW und in unserem Sinne geführt würde, in einer solchen Kommission eine reine Ressourcenverschwendung.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erhält die Vorsitzende des SSW, Frau Kollegin Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es trifft mich natürlich hart, wenn der von mir sehr geschätzte Kollege Weber sagt, dass ich eine unterirdische Rede gehalten hätte. Ich kann nur sagen: Manchmal muss man unterirdische Reden halten,

(Beifall bei der LINKEN)

und das musste ich in diesem Fall tun. Da, lieber Kollege Weber, mussten Sie jetzt durch.

Zweiter Punkt: Wenn man sagt, eine **Enquetekommission** sei ergebnisoffen, so ist klar: Das ist sie, vom Ansatz her ist sie ergebnisoffen. Sie spricht Empfehlungen aus. Dann hat der Kollege Koch na-

türlich recht: Da muss man sehen, was man mit diesen Empfehlungen macht. Einige Empfehlungen werden dann vielleicht in den weiteren politischen Raum hineingetragen, andere im Bermudadreieck verschwinden. Aber wenn man den Prozess von hinten betrachtet - und genau das habe ich getan -, dann zeigt sich, dass diese Enquetekommissionsarbeit eben nicht ergebnisoffen ist. Man hat gesagt, man wolle alles breit durchleuchten, weil man ja wolle, dass diese fusionsmäßige Zusammenarbeit transparenter würde und man dann auch bessere Argumente dafür hätte. Theoretisch könnte man dann auch weitere Argumente dagegen haben, aber das ist eine eher akademische Diskussion. Darum bin ich näher beim Kollegen von Boetticher, der sagt: Was wir brauchen, ist eine große Anfrage, die endlich einmal fragt: Wie evaluieren wir die **Kooperationsprojekte**, die jetzt laufen?

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Das macht wirklich Sinn.

Woran hakt es? Was sind die Probleme gewesen? Jeder von uns weiß, dass **Fusionen** erst einmal Geld kosten. Zu glauben, dass man dann damit Geld sparen kann - da kann ich nur jedem empfehlen, entweder einmal in die Bücherei oder in die Buchhandlung zu gehen; darüber gibt es meterweise Bücher. Darum ist das eine virtuelle Diskussion, um ein anderes Wort, das wir auch gestern schon benutzt haben, zu gebrauchen. Also: Fusionen kosten erst einmal Geld.

Ich habe in meiner Rede deutlich gemacht - das möchte ich bitte auch berücksichtigt wissen -, dass sich auch der SSW immer wieder für konkrete Projekte in der norddeutschen Kooperation ausgesprochen hat. Wir haben ein Hafenprojekt initiiert oder die Initiative dazu eingebracht. Daraus wurde nichts; das wollte man nicht. Jetzt ist es vielleicht anders. Von daher kann man nicht sagen, dass wir etwas blockieren.

Letzte Bemerkung, Herr Präsident - ich sehe die Uhr -: Wenn man das Land als Ganzes weiterentwickeln will - darum sollte es ja auch gehen -, dann kann man aus Sicht des SSW nicht immer die Diskussion unter der Überschrift führen - in Umwandlung eines dänischen Sprichworts -: Wenn es auf den Pastor regnet, dann tropft es auf den Küster. Eine verstärkte **norddeutsche Kooperation** würde auf den Norden nur tropfen. Da brauchen wir andere Optionen, und darum, denke ich - konkret gesprochen -, macht eine Große Anfrage Sinn. Konkret gesprochen macht es Sinn zu hören: Wie sieht aus Sicht der Landesregierung denn eine **Däne-**

(Anke Spoorendonk)

markstrategie aus? Wie wollen wir uns da einklinken? Wie sehen andere Kooperationsmodelle aus?

(Beifall beim SSW)

Präsident Torsten Geerds:

Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Hildebrand das Wort.

Günther Hildebrand [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal muss ich sagen: Zum Thema **Zusammenarbeit** oder Fusion der **norddeutschen Bundesländer** oder Hamburgs und Schleswig-Holsteins gibt es auch in der FDP, zumindest partiell, unterschiedliche Auffassungen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD])

Wir sind letztlich natürlich auch eine pluralistische Partei und ganz grundsätzlich für alles offen.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sagt aber natürlich noch nichts darüber aus, ob wir diese **Enquetekommission** unbedingt für wünschenswert und vernünftig halten. Eines aber können wir hier insgesamt festhalten, nämlich, dass wir für eine intensivere Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen sind, beispielsweise mit der Stadt Hamburg.

Dann wird natürlich auch immer schnell die Zusammenlegung der Statistischen Landesämter oder der Eichämter als Beispiel genannt. Ich denke, da müssen wir auch ein Stück weit ehrlich sein. Was hat die Zusammenlegung denn gebracht? Ich war einmal in Vertretung in der Haushaltsprüfgruppe; meine Kollegin hat mir Folgendes noch einmal bestätigt: Die Zusammenlegung beispielsweise der Statistischen Landesämter hat unterm Strich rein an Effizienz oder Einsparung nichts gebracht.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Da muss man schon etwas genauer hinsehen.

Die Fusion an sich ist noch kein Wert, sondern es wird erst dann etwas daraus, wenn letztendlich effektiver und effizienter zusammengearbeitet wird.

Es gibt sicherlich auch andere gute Dinge, beispielsweise könnte man da die **Metropolregion** anführen. Zumindest finden in diesem Bereich Diskussionen statt. Ich denke auch an den Hamburger

Verkehrsverbund und so weiter. Das sind sehr sinnvolle Einrichtungen, die das Leben in Hamburg und im Umland entsprechend besser darstellen.

Was die Diskussion betrifft: Ich hätte nicht gedacht, dass Ellerbek und Montblanc noch einmal so zu Ehren kommen und in einer Diskussion eine solche Rolle spielen würden, wobei ich gleich von vornherein noch einmal festhalten möchte: Ich habe nichts damit zu tun, dass Montblanc Ende letzten Jahres auf eine andere Art und Weise in die Diskussion gekommen ist - mit irgendwelchen Füllfederhaltern. Dazu ging von uns keine Initiative aus. Die Gemeinde Ellerbek hat seinerzeit Hamburg nur geholfen, einen entsprechenden Platz vorzuhalten, weil Hamburg in seinen Grenzen sehr beengt ist. Das war über die Grenze hinweg eine Hilfe, die wir Hamburg haben andienen können.

Grundsätzlich möchte ich sagen - ich glaube, wir dürfen uns hier nichts vormachen -, dass als Erstes jede Fraktion oder jede Partei für sich mit den entsprechenden Fraktionen und Parteien in den anderen Bundesländern zu einer gemeinsamen Meinung kommen sollte. Aufgrund vieler Äußerungen, die ich gehört habe - egal aus welcher Partei -, sehe ich, dass die größten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der einzelnen Parteien und Fraktionen bestehen. Solange dort keine Einigkeit besteht - zumindest für die jeweilige Partei -, brauchen wir uns nicht in diesem großen Rahmen und mit diesem Aufwand in Schleswig-Holstein, ohne Hinzuziehung der anderen Bundesländer, zu unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Auf der Zuschauertribüne begrüße ich weitere Gäste der heutigen Plenarsitzung, Schülerinnen und Schüler der Husum Danske Skole. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Frau Abgeordneter Strehlau von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hildebrand, was Sie eben gesagt haben, hat mich ein bisschen beruhigt. Die Rede des Kollegen Koch hatte mich doch ziemlich entsetzt.

(Ines Strehlau)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ihr Redebeitrag machte ganz deutlich, dass eine Große Anfrage eben nicht ausreicht, um die **norddeutsche Kooperation** voranzutreiben. Denn solange Sie in der Regierungsverantwortung sind, wird es nicht weitergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der Rede ist mir das klar geworden.

Was haben Sie aber für ein Selbstverständnis? - Wir als Politik haben die Pflicht, die Strukturen neu zu denken. Das Grundgesetz wurde 1949 gemacht. Die Welt um uns herum hat sich verändert. Deshalb müssen wir uns jetzt auch selbst infrage stellen, die Strukturen neu überdenken und an die Welt anpassen. Wir können nicht alles so lassen, wie es einmal war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Olaf Schulze [SPD])

Dabei könnte es sein, dass wir uns selbst wegrationalisieren. Ja und? - In der Wirtschaft wird das ständig gemacht, und die FDP sieht es dort als reine Selbstverständlichkeit an.

Wir als Politik hinken der Wirtschaft hinterher. Wir müssen sehen, dass wir nach vorn kommen und nicht die Wirtschaft allein lassen, sondern dass wir die politischen Strukturen nachbessern.

Wir haben auch Problemfelder. Zum Beispiel haben wir das Problem eines Betriebes, der in Schleswig-Holstein ausbildet und die Berufsschule in der Nähe befindet sich in Hamburg. Das Kind kann aber nicht in Hamburg zur Berufsschule gehen, sondern muss einen längeren Weg nehmen, um die Berufsschule in Schleswig-Holstein besuchen zu können. Das sind ganz konkrete Beispiele, bei denen eine norddeutsche Kooperation wirklich wichtig ist.

Ich hoffe, dass wir das in der **Enquetekommission** voranbringen und dass auch alle Bedenken des SSW und der LINKEN aufgegriffen werden. Natürlich muss auch die Zusammenarbeit mit Dänemark darin enthalten sein. Wir können nicht sagen: Wir beschränken die Enquetekommission und die norddeutsche Zusammenarbeit auf die Metropolregion. Das ist uns allen ganz klar. Ich hoffe, dass wir das in der Enquetekommission dann auch gut hinbekommen und zu einem guten Ergebnis kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen hat das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich ist es das gute Recht dieses Hohen Hauses, eine **Enquetekommission** zu den Chancen und Risiken einer **norddeutschen Kooperation** einzurichten. Ich frage mich jetzt allerdings, wie sie denn nun heißen soll, nachdem ich gerade die Diskussion über die Einbeziehung Dänemarks verfolgt habe. Denn **Dänemark** gehört nicht zu Norddeutschland. Darüber muss man sich dann noch einmal Gedanken machen. Aber das ist nicht Sache der Regierung, sondern das ist Sache des Parlaments. Ich meine, deshalb steht der Regierung in dieser Frage, der Einrichtung einer Enquetekommission, Zurückhaltung gut zu Gesicht.

Als Abgeordneter bin ich aber persönlich der Meinung, dass diese Enquetekommission nicht nötig ist. Auch ohne den Anstoß dieser Parlamentsinitiative der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bekenne ich mich entschieden und durchaus leidenschaftlich zur norddeutschen Kooperation. Ich sage, eine moderne und erfolgreiche Landespolitik hält nicht an den Landesgrenzen an. Deswegen haben wir auch die Zusammenarbeit mit unserem südlichen Partner und selbstverständlich auch die Zusammenarbeit mit unserem nördlichen Partner, mit Dänemark, verbessert. Damit spreche ich für die gesamte Landesregierung, denn ich weiß, an einer Zusammenarbeit mit unseren Partnern, Nachbarn und Freunden führt kein Weg vorbei, wenn wir mit einer starken Stimme im viestimmigen Konzert auf Bundesebene auch zu hören sein wollen. Es führt kein Weg daran vorbei, wenn wir im Wettbewerb der großen Regionen mit gebündelten Kräften gut dastehen wollen und wenn wir Synergien heben und neue Potenziale erschließen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Ich gebe deshalb auch dem Kollegen Weber ausdrücklich recht: Auch wenn sich die Zusammenarbeit außerordentlich gut entwickelt hat, kann sie immer noch besser werden. Nur durch eine Zusammenlegung ist sicherlich nicht alles getan, sondern wir brauchen auch die zweite Generation der Zusammenarbeit. Das sind die **Synergien**, die daraus entstehen. Auch bei Firmen - dieses Beispiel wurde immer wieder gebracht - ist das so. Natürlich gibt es da auch manches Risiko. Es kommt dann in ein-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

zelen Bereichen zur **Arbeitsteilung**. Arbeitsteilung heißt - auch das haben wir schon diskutiert -, dass der eine oder andere vielleicht auch etwas aufgeben muss, weil der andere das eben besser kann. Daraus ergeben sich dann Schwierigkeiten und manche Diskussionen.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Ja, es ist schön, jetzt hier den Applaus zu hören. Wir sind immer noch bei den Überschriften. Wenn wir ins Kleingedruckte kommen, wenn dann gesagt wird, hier haben wir etwas, wo machen wir das, wo soll der Sitz davon sein, in Hamburg oder in Schleswig-Holstein, dann wird es schwierig. Dann haben wir Widerstände in den Wahlkreisen, dann haben wir Betroffenheiten vor Ort, und dann sitzen wir da und haben uns zwar über die Überschriften geeinigt, aber im Kleingedruckten wird es schwieriger. Das macht aber nichts, auch dahin müssen wir kommen.

Den besten Grund für unser Engagement sehen wir als Landesregierung aber schließlich darin, dass Politik und Verwaltung auch künftig das wirkliche Leben abbilden müssen. Den Rahmen dafür wollen wir weiter mitgestalten. Das Leben der schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürger macht längst nicht mehr an den Landesgrenzen halt. Es ist verflochten, besonders mit dem Norden Deutschlands, übrigens auch mit dem Süden Dänemarks, und die Pendlerströme sind hier schon viel zitiert worden. Sie sind auch ein eindeutiger Beweis. Allein 173.000 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner pendeln jeden Morgen nach Hamburg. Leben und arbeiten, das findet heute länderübergreifend statt. Um nicht nur immer diese Zahl im Raum stehen zu lassen: Es sind auch rund 70.000 Pendlerinnen und **Pendler**, die aus Hamburg nach Schleswig-Holstein pendeln, um hier zu arbeiten.

Viele Organisationen und Verbände richten sich danach, von den Unternehmensverbänden über die Gewerkschaften bis hin zur Arbeitsverwaltung. Auch die beiden Länder **Hamburg** und **Schleswig-Holstein** haben dem mit ihren Institutionen Rechnung getragen. Die Liste bis hin zur gemeinsamen Medienanstalt ist bekannt, ist hier zum Teil auch schon genannt worden.

Wer in der **Globalisierung** bestehen will, kann sich keine Scheuklappen leisten, der muss großräumig denken, zumal moderne Standortpolitik mit großen

Infrastrukturprojekten häufig nicht für eines, sondern meist für mehrere Länder relevant ist.

Die Formen norddeutscher Kooperation sind vielfältig, so wie das Leben im Norden, die Verflechtungs- und Wirtschaftsbeziehungen auch vielfältig miteinander verbunden sind. Wichtig ist, dass die Kooperation mit den anderen Ländern auch funktioniert. Das tut sie. Einheit in Vielfalt, das bringt auch den Norden Deutschlands voran. Das schließt einen fairen Wettbewerb unter den norddeutschen Ländern nicht aus, aber er findet in dem Bewusstsein statt, dass wir gemeinsam stärker sind und so dem Süden der Republik, der schon länger eng zusammensteht, auch etwas entgegensetzen können. Ich meine, in Deutschland darf es weder ein Ost-West-Gefälle noch ein Nord-Süd-Gefälle geben.

Der Norden bringt seine Interessen gegenüber dem Bund in letzter Zeit selbstbewusster und zielgerichteter vor. Wir denken dabei nicht nur an uns selbst, es sind Interessen von gesamtstaatlicher Tragweite dabei.

Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben über die **Konferenz Norddeutschland** ihre Interesse artikuliert. Die Bundesregierung hat sich dem nicht verschlossen. Ganz im Gegenteil, so ist ein ganzer Themenkatalog, der uns besonders am Herzen liegt, im Koalitionsvertrag auf Bundesebene mit Zusagen verbunden worden. Ich denke an die Verkehrsinfrastruktur im Hafenhinterland und an die Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft, aber auch an Offshore-Windkraft und Meeresschutz, Luft- und Raumfahrt oder Technologieförderung. Mit Unterstützung durch den Bund kann der Norden seine Stärken weiter ausbauen. Das, was in einem ersten Schritt im Koalitionsvertrag zugesagt wurde, ist ein Verdienst erfolgreicher norddeutscher Kooperation, den man so nicht überall sieht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wenn es aktuell darum geht, die Schifffahrtskrise zu überbrücken und so Arbeitsplätze und Know-how zu erhalten, können Sie sicher davon ausgehen, dass die norddeutschen Länder Seite an Seite stehen. Das werden wir auch gegenüber der Bundesregierung deutlich machen, genauso wie wir es mit der Liste der wichtigsten Verkehrsprojekte für den gesamten Norden - der 19-Plus-Liste - gemacht haben, genauso wie wir die Kooperation zwischen den Ostsee- und Nordseehäfen in der KND auf die Agenda gesetzt haben und genauso wie wir als Küstenländer zusätzliche Finanzmittel für den Küsten-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

schutz gefordert und erreicht haben. **Norddeutsche Kooperation** ist ein Erfolgsrezept.

Der Norden sollte sich als eine große Region profilieren. Hamburg und Schleswig-Holstein sind hier die Motoren der norddeutschen Kooperation, und sie müssen es auch sein, denn auf Dauer wird sich niemand alleine behaupten können. Hamburg ist nun mal - wir mögen das bedauern - das Kraftzentrum für ganz Norddeutschland. Ich habe das häufig erlebt, auch im Ausland: Wenn Sie in China oder in Asien oder wo auch immer sind und sagen, wir haben ein ganz tolles Gewerbegebiet in Henstedt-Ulzburg, und die fragen, wo das ist, dann sagt man sowieso in der Nähe von Hamburg. Wenn man auf der chinesischen Weltkarte mit dem Daumen auf Schleswig-Holstein zeigt, sind Hamburg, Niedersachsen und Dänemark gleich mit abgedeckt.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Für uns Schleswig-Holsteiner ist die Strahlkraft Hamburgs ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Hamburg und Schleswig-Holstein brauchen beide eine stärkere Vernetzung und eine arbeitsteilige Zusammenarbeit im Norden. Beide brauchen einander.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist eine Win-win-Situation, denn so können wir den Rahmen für Forschung und Entwicklung schaffen, für leistungsfähige Unternehmen und Wertschöpfungsketten und für Arbeitnehmer mit spezialisierten Qualifikationen.

Die bilaterale Absprache - ich erinnere daran - führt zu guten Ergebnissen, wenn man sich gut miteinander versteht. Das **Norddeutsche Radioonkologische Centrum** - kurz NRoCK - steht heute in Kiel, weil Ole von Beust und ich das konstruktiv verhandelt haben - eine gewaltige Investition in das Gesundheitsland Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir kommen auch beim grenzüberschreitenden Nahverkehr voran. Wir wollen die AKN-Strecke von Kaltenkirchen nach Hamburg-Eidelstedt zu einer durchgehenden S-Bahn-Strecke bis in die Hamburger City ausbauen. Auch das geht nur mit den Hamburgern zusammen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das wirtschaftliche Profil einer Region wird heute von Clustern bestimmt. Hamburg und Schleswig-Holstein werden sich künftig noch deutlicher und in enger Abstimmung auf die besonders starken und zukunftsfähigen

Branchen und Technologien konzentrieren. Mit der Norgenta haben wir im Bereich Life Science in der länderübergreifenden Zusammenarbeit Pflöcke eingeschlagen. Das länderübergreifende **Cluster Life Science Nord** - koordiniert über unsere gemeinsame Cluster-Agentur Norgenta - konnte in der länderübergreifenden Zusammenarbeit in diesen Bereichen wichtige Erfolge erreichen.

Ein wichtiges strategisches Projekt für beide Länder ist die Fraunhofer-Einrichtung für marine Biotechnologie in Lübeck, die ab 2013 ein vollwertiges Institut mit weit über 100 Mitarbeitern werden soll. Hier ist es mithilfe der länderübergreifenden Vernetzung durch die Norgenta gelungen, namhafte Hamburger Industrieunternehmen wie zum Beispiel Beiersdorf und Eppendorf für **Forschungskooperationen** zu gewinnen.

Diese Kooperationen zahlen sich schon jetzt in Euro und Cent für Schleswig-Holstein aus, übrigens teilweise sogar unterstützt durch Projektförderung der Hamburger Innovationsstiftung. Die gute grenzübergreifende Zusammenarbeit kommt in der **Metropolregion Hamburg** wohl am offensichtlichsten zum Ausdruck. Sie zählt zu den wettbewerbsfähigsten Regionen Deutschlands und Europas. Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben Teil daran. Viel wurde erreicht, von der gemeinsamen Wirtschaftsförderung über ein Informationssystem zu Gewerbeflächen bis hin zu einem gemeinsamen Regionalmarketing.

Die Metropolregion erfährt viel Zuspruch. Die beteiligten schleswig-holsteinischen Kreise sind ein starkes Stück Schleswig-Holstein. Aber wir beschränken den Kreis der Zusammenarbeit nicht. Deshalb machen wir mit bei dem **Modellprojekt der Raumordnung** - kurz **MORO Nord** -, dort wird die Kooperation auf ganz Schleswig-Holstein und auf den Westen Mecklenburg-Vorpommerns ausgeweitet. Die Tür steht also auch für unseren nördlichen Landesteil und unseren Nachbarn im Osten offen.

MORO ist ein Dachprojekt. Es bündelt vorhandene Ansätze norddeutscher Kooperation und öffnet sie für neue Partner. Darunter fällt die intensivere Zusammenarbeit mit den norddeutschen Hochschulen im Campus Nord, der Aufbau eines Entwicklungskorridors Fehmarnbelt-Querung, die Entwicklung einer überregionalen Logistikplattform und auch die Vertiefung der Kooperation im Cluster Life Science.

Wir haben zudem eine gemeinsame Wort-Bild-Marke für Norddeutschland erarbeitet. Das soll

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

mehr sein als nur eine Layout-Geschichte. Wir werden so gestalterisch den guten Auftritt Norddeutschlands untermauern.

MORO Nord ist erfolgreich. Deshalb hat sich der Bund entschieden, die bundesweit stattfindende MORO-Abschlussveranstaltung nach Norddeutschland zu vergeben. Am 17. und 18. Juni 2010 werden die Ergebnisse in der Hamburger Handelskammer vor hochrangigen Vertretern des Bundes und der EU präsentiert. Das können wir ruhig als Zeichen der Wertschätzung deuten.

Sie sehen, die norddeutsche Kooperation funktioniert. Sie funktioniert auf Ebene der Konferenz der norddeutschen Länder, sie funktioniert über das Modellvorhaben der Raumordnung Nord, sie funktioniert in der Metropolregion Hamburg, und sie funktioniert im Alltag der Menschen, die über Landesgrenzen hinweg im Norden leben und arbeiten - mit oder ohne Enquetekommission. Der Norden rückt zusammen und findet in seiner Geschlossenheit zu einem starken Auftritt. Das ist kein Wunschtraum, das ist ein realistisches Ziel, an dem wir bereits intensiv arbeiten.

Herr Präsident, ich habe gesehen, dass ich drei Minuten überzogen habe. Das sind die drei Minuten, die ich sonst beantragt hätte.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Diese drei Minuten stehen jetzt allen Fraktionen zur Verfügung. Unabhängig davon erteile ich jetzt dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Oppositionsführer Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch eindrücklicher als durch diese Debatte und das, was Sie, Herr Ministerpräsident, eben gesagt haben, hätte man die Notwendigkeit gar nicht unterstreichen können, dass wir eine Enquetekommission brauchen. Es ist doch völlig klar, dass das, was der Ministerpräsident eben - übrigens stimme ich dem weitgehend zu, was Sie gesagt haben - ausgeführt hat, die Antwort auf eine Große Anfrage gewesen wäre. Die hätten wir in der oder in ähnlicher Form bekommen: Alles ist ganz gut, wir sind auf dem Weg, und das ist doch in guten Händen.

Es ist übrigens tatsächlich so, Herr Ministerpräsident: Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ist immer gut gewesen, unabhängig davon,

wie die Regierungen besetzt waren. Es ist auch notwendig, dass man miteinander arbeitet. Sie haben allerdings vor ein paar Jahren gesagt: Was gut für Hamburg ist, ist auch gut für Schleswig-Holstein. Ich würde das so formulieren: Was für beide gut ist, ist gut. Und beide müssen zusammenkommen, damit das funktioniert. Wir müssen den Blick - das hat auch der Kollege Weber gesagt - natürlich auch nach Mecklenburg-Vorpommern und nach Niedersachsen richten.

Es ist notwendig, eine Enquetekommission einzurichten. Frau Kollegin Spoorendonk, ich will mich noch einmal ausdrücklich an Sie wenden: Sie gehören zu denjenigen, die ganz oft hier im Parlament sagen, wir sollten das Selbstbewusstsein haben, uns als Parlament gesondert Gedanken zu machen und über Dinge ernsthaft nachzudenken, und nicht immer die Regierung fragen, was sie klug findet.

(Beifall des Abgeordneten Rasmus Andresen
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch deswegen glaube ich, dass es richtig ist, eine **Enquetekommission** einzurichten. Es ist ein Zeichen des Selbstbewusstseins des Parlaments, dass die Zukunftsfragen auch in der Weise diskutiert werden, dass man sich Sachverstand zugänglich macht, der nicht nur in der Regierung, sondern auch anderswo da ist, und dass man über solche wichtigen Fragen redet. Das in die Hand zu nehmen, ist außerordentlich ehrenwert, und dafür gibt es Enquetekommissionen. Da bedarf es auch keines Hinweises aus der FDP-Fraktion, die uns großmütig das Recht einräumen möchte, das wir als Minderheit haben. Das ist nicht mein Parlamentsverständnis. Das sage ich auch einmal einem jungen Abgeordneten hier. Das ist parlamentarische Selbstverständlichkeit.

Ich füge hinzu, weil ich zu denjenigen gehöre, die keineswegs verzückt aufspringen, wenn das Wort Nordstaat fällt, dass man auch bereit sein muss, über die eigenen Schranken nachzudenken, wenn sich Fragen neu stellen, und dass man sich auch neuen Entwicklungen stellen muss.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Dr. Henning Höppner [SPD])

Ergebnisoffenheit heißt eben nicht, dass man alle Antworten schon kennt, sondern dass man die Probleme kennt, dass man sie annimmt und nicht hinterherklappt. Mir ist es peinlich, wenn die Unternehmensverbände schneller sind als die Politik.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zuruf)

Ich war dabei, und der Präsident hat hier für den Schleswig-Holsteinischen Landtag bei der letzten Veranstaltung gesprochen. Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft übrigens auch. Da ist begrüßt worden, dass sich das Parlament solcher Fragen annimmt.

Enquetekommissionen können sehr wichtig sein, und das Nachdenken ist uns überhaupt nicht teuer, sondern es ist bitter notwendig. An vielen Stellen sollten wir uns ein Mehr an Nachdenken auch leisten, anstatt einfach sozusagen die Reflexe loszulassen. Wie schnell Sie, Herr Kollege Kubicki, in der Überheblichkeit angekommen sind, dass Sie glauben, Sie seien jetzt in der Mehrheit, das beantwortet die Fragen nicht.

Lassen Sie uns partei- und fraktionsübergreifend nachdenken, Experten hören die wichtigen Fragen, die hier angesprochen worden sind, diskutieren. Daraus folgen die Schlussfolgerungen, die wir dann im Parlament debattieren. Wenn Sie sagen, es sei egal, was wir hinterher an Schlussfolgerungen haben, wir stimmen dem sowieso nicht zu, dann ist das unter dem Standard, den wir in diesem Parlament eigentlich brauchen.

(Beifall bei SPD)

Von daher, glaube ich, hat Herr Kollege Weber das Nötige zum Thema Niveau gesagt. Das will ich nicht wiederholen.

Wir sollten uns wirklich die Zeit nehmen - deswegen haben wir auch darauf gedrängt, dass es zwei Jahre sein sollen -, die wichtigen Fragen miteinander offen zu diskutieren. Dann hoffe ich, dass es bei allen Erkenntnisprozesse gibt. Die SPD-Fraktion jedenfalls ist dazu bereit. Deswegen, glaube ich, ist es auch ein guter Auftrag, den wir gemeinschaftlich einbringen. Es ist schade, dass nicht alle zustimmen, aber es ist gar nicht notwendig. Wenn Sie bereit sind, mitzuarbeiten und mitzudenken, dann reicht uns das auch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Torsten Geerds:

Das Wort erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe etwas dagegen, wenn Redner anschließend noch einmal einen Dreiminutenbeitrag halten. Es kommt auch so schnell nicht wieder vor.

Aber lieber Herr Kollege Stegner, man fragt sich bei jedem Ihrer Beiträge, auch wieder bei diesem Beitrag: Wo waren Sie eigentlich 20 Jahre?

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als wir gemeinsam in der Regierung waren. Da habe ich von Ihnen nur Statements gehört, warum man Nordelbien, warum man ein Zusammengehen mit Hamburg am Ende ausschließen muss, warum man das nicht machen darf. Es gab nur in dieser Hinsicht Statements von Ihnen. Wenn Sie das jetzt als Erkenntnisgewinn mitnehmen, ist das gut, aber bitte keine Musterpredigten in Richtung FDP halten. Das ist völlig unangemessen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Zweite Bemerkung. Wir kritisieren nicht die Einrichtung der **Enquetekommission** zur Meinungsbildung, wir warnen nur davor zu glauben, dass am Ende, wenn wir hier in Schleswig-Holstein als Land einen Erkenntnisgewinn haben, daraus sofort resultiert, dass wir eine tolle **norddeutsche Kooperation** haben oder auch nur einen großen Schritt weiter sind. Denn am Ende hängt es eben nicht allein von diesem Landtag ab, nicht von der Enquetekommission, sondern am Ende hängt es immer von der Verhandlungsfähigkeit der Regierung mit den Partnern in Hamburg und in den anderen Bundesländern ab, ob aus dieser Kooperation etwas Sinnvolles wird und wir Schritte überhaupt umsetzen können.

Darum sagen wir: Wir arbeiten mit, wir helfen, so gut wir können, an dem Erkenntnisgewinn dieser Institution Landtag mit. Aber zu glauben, das wäre es dann, dann haben wir den Erkenntnisgewinn - heureka, wir haben es gefunden -, ohne dass wir am Ende die anderen Bundesländer und vor allen Dingen die Regierung dafür bräuchten, das ist eine Illusion, vor der ich nur warnen kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Torsten Geerds:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich wei-

(Präsident Torsten Geerds)

se darauf hin, dass der Landtag gemäß § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder - das sind 24 Abgeordnete - zur Einsetzung einer Enquetekommission verpflichtet ist. Ich stelle fest, dass dieses Quorum durch den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD erreicht wird.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag 17/181 (neu) wie folgt beschieden worden: Zugestimmt haben die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gegenstimmen kamen von den Fraktionen DIE LINKE und SSW, enthalten haben sich die Fraktionen von CDU und FDP. Damit wurde das Quorum erreicht, die Enquetekommission ist eingesetzt.

Ich ziehe Tagesordnungspunkt 16 vor. Ich hoffe, Sie sind alle einverstanden. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Mitglied im Richterwahlausschuss

Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/46

Gemeinsame Vorschlagsliste der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/200

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich stelle zunächst fest, dass der Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/46 durch die Mit Antragstellung zu dem Wahlvorschlag Drucksache 17/200 seine Erledigung gefunden hat. - Widerspruch sehe ich nicht.

Ich lasse dann über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich weise noch darauf hin, dass für die Mehrheit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erforderlich sind. Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 17/200 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist diesem Wahlvorschlag zugestimmt worden durch die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es gab keine Neinstimmen. Enthalten haben sich die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion des SSW.

Ich stelle damit fest, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme erreicht ist. Damit sind die vorgeschlagenen Mitglieder für den Richterwahlausschuss gewählt. - Ich gratuliere Ihnen und wünsche Ihnen eine glückliche und gute Arbeit.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes und des Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/179 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzerberatung und erteile das Wort der Frau Abgeordneten Antje Jansen für die Fraktion DIE LINKE.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Mittwoch hatten wir hier im Haus eine lange und sehr kontroverse Debatte zur Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres geführt. Doch ein Jahr Beitragsfreiheit bewirkt kaum mehr als ein Tropfen auf einem heißen Stein. Die Bildungsdefizite vieler Kinder können nicht in einem Jahr behoben werden. Ziel muss es sein, diese Defizite erst gar nicht entstehen zu lassen. Deshalb will DIE LINKE, dass alle Kita-Jahre beitragsfrei gestellt werden.

Je früher Kinder in den **Kindergarten** gehen, umso größer sind die Erfolge zum Beispiel bei der **Sprachförderung** und der sozialen Integration. Ein möglichst früher Kontakt mit deutschsprachigen Altersgenossen ist für die Sprachentwicklung von Kindern aus Migrantenfamilien extrem wichtig. Doch nur 60 % der Migrantenkinder besuchen schon im dritten und vierten Lebensjahr einen Kindergarten.

Die logische Folge: Nach wie vor verlassen erschreckend viele Kinder den Kindergarten mit ekla-

(Antje Jansen)

tanten Sprachdefiziten. Wir müssen diese Kinder früher erreichen. Dazu brauchen wir zwingend die **Beitragsfreiheit**.

(Beifall bei der LINKEN)

In der Debatte am Mittwoch unterstellte Herr Kollege von Boetticher - nun ist er nicht mehr im Saal -, die Beitragsfreiheit würde möglicherweise auf Pump, also zulasten der kommenden Generationen, gewährt werden und es handele sich um soziale Wohltaten. Beides ist von Grund auf falsch. Bildung ist die wichtigste Ressource, die wir in Deutschland haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist unter anderem Ihre Bundeskanzlerin, die nicht müde wird, dies zu betonen.

Es sind keine sozialen Wohltaten, die wir hier verteilen, im Gegenteil: Allen Kindern eine möglichst optimale Bildung zu gewähren, ist unsere Pflicht und Schuldigkeit ihnen gegenüber. Das ist unsere Hauptaufgabe den kommenden Generationen gegenüber. In sie zu investieren, zahlt sich in jeder Weise aus, meine Damen und Herren.

Beim Sparen dürfe es keine Tabus geben, sagten Sie, Herr von Boetticher. Er ist immer noch nicht im Saal. Dabei sollten Sie als christlicher Politiker sehr genau wissen, dass Tabulosigkeit oft genug zur Perversion führt. Ihre Politik des „Sparens, koste es, was es wolle“, angewandt auf die Kinder unseres Landes, wäre eine solche Abartigkeit.

Investitionen in Bildung und Soziales machen sich nun einmal nicht in einem kurzen Zeitraum bezahlt. Unterbleiben sie aber, bekommen künftige Generationen die Rechnung serviert, und zwar mit Zins und Zinseszins. Deswegen müssten Sie Ihre Ideen, hier zu sparen, ehrlicher unter die Überschrift „Nach uns die Sintflut“ stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bei allen Aspekten der **frühkindlichen Betreuung und Bildung** hinken wir schon heute weit hinter dem Bundesdurchschnitt her. Mit brutaler Regelmäßigkeit haben wir in all den einschlägigen Statistiken die rote Laterne. Immer noch! Für ein Bundesland, das über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg von der SPD regiert wurde - obwohl ich sagen muss, dass die SPD ja etwas getan hat, als sie hier die Regierungsverantwortung übernommen hat, aber sie hat nicht genug getan -,

(Beifall bei der LINKEN)

ist das eine erschreckende Bilanz, finde ich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das muss mal gesagt werden!)

- Herr Kubicki, da haben Sie sicherlich recht. Aber die SPD hat etwas getan, aber nicht genug.

Es ist höchste Zeit für eine Wende. Diese Erkenntnis, die längst im öffentlichen Bewusstsein angekommen ist, muss endlich auch in diesem Haus ihren Niederschlag finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss mehr Geld zur Verfügung gestellt werden. Das können wir auch. Allein die Steuergeschenke, die die neue Bundesregierung ihrer Klientel hat zuteil werden lassen, kosten uns in Schleswig-Holstein jährlich 130 Millionen €. Dieses Geld würde allemal reichen, um allen Vorschulkindern des Landes eine hochwertige **beitragsfreie Ganztagsbetreuung** durch mehr und natürlich besser ausgebildetes und bezahltes Personal zu gewähren. Dazu müssten Ihnen aber Investitionen in die Zukunft wichtiger sein als Steuergeschenke für die eigene Klientel.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Herdan.

(Beifall bei der CDU)

Marion Herdan [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Gesetzentwurf sieht zum einen eine Erweiterung der Betreuungszeiten im beitragsfreien dritten Kindergartenjahr von fünf auf acht Stunden vor. Zum anderen sollen - wir haben es gehört - Teilnahmegebühren und Beiträge für Kindertagesstätten komplett abgeschafft werden. Weiterhin soll eine kostenfreie Mittagsversorgung für Kinder in **Kindertagesstätten** sowie für Schülerinnen und Schüler an öffentlichen **Schulen** gewährt werden. Aber bereits bei der Formulierung der zu ändernden Gesetzespassagen sind Ihnen, Frau Jansen, gravierende handwerkliche Schnitzer unterlaufen. Im Gesetzentwurf sind Widersprüche vorhanden.

So wird zum einen die Spezialregelung, nämlich die Erweiterung der kostenfreien Betreuungszeiten von fünf auf acht Stunden, bereits durch die weitergehende Regelung, sämtliche Gebühren und Beiträge abzuschaffen, aufgehoben. Denn wenn der Grundsatz Nulltarif insgesamt lautet, ist die Frage

(Marion Herdan)

der Kostenfreiheit von fünf oder acht Stunden unerheblich. Dieser offensichtliche Widerspruch lässt erkennen, dass Sie, meine Damen und Herren von den LINKEN, vermutlich selbst schon von vornherein nicht von der Durchsetzbarkeit ihres Gesetzentwurfs insgesamt überzeugt gewesen sind.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und dies aus gutem Grund.

Wer eine derart umfassende Gesetzesänderung anstrebt, der sollte auch den Mut haben, hier konkrete Zahlen zu nennen und ein realistisches **Finanzierungskonzept** vorzulegen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Beides ist nicht erfolgt. Deshalb nun von mir einige Zahlen zur Verdeutlichung, meine Damen und Herren.

Zurzeit besuchen rund 310.000 Schülerinnen und Schüler öffentliche allgemein bildende Schulen in Schleswig-Holstein. Rund 100.000 Schülerinnen und Schüler an Beruflichen Schulen sind hier nicht mit eingerechnet. Hinzu kommen circa 90.000 Kinder in Kindertagesstätten. Nach Ihrem angenommenen Satz von 60 € pro Monat und Kind würde die **Mittagsversorgung** monatlich mit 24 Millionen € im Landeshaushalt zu Buche schlagen, im Jahr mit sage und schreibe 288 Millionen €.

Dagegen muten die Kosten für zwei weitere beitragsfreie Kita-Jahre in Höhe von 60 Millionen € fast bescheiden an.

(Zuruf von der LINKEN: Lassen Sie uns doch damit anfangen!)

Von dem enormen Verwaltungsaufwand, den diese Gesetzesänderung nach sich ziehen würde, einmal ganz zu schweigen. Den haben Sie übrigens auch unberücksichtigt gelassen.

Alles in allem kostet Ihr Vorschlag satte 350 Millionen €, eine schier unglaubliche Summe, welche Sie vom Land zusätzlich Jahr für Jahr einfordern.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren von den LINKEN, es ist für mich schlicht nicht nachvollziehbar, wie Sie angesichts unserer in den letzten Tagen geführten Debatten um das beitragsfreie dritte Kita-Jahr, um die Einführung einer Schuldenbremse und um die **Finanzsituation** des Landes Schleswig-Holstein hier einen derartigen Gesetzentwurf einbringen können.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir alle hier im Hause müssen uns der Realität stellen und ringen hier um schwierige Entscheidungen. Es drängt sich nicht zum ersten Mal der Eindruck auf, dass Sie, meine Damen und Herren von den LINKEN, offenbar in einer anderen Realität leben. Haben Sie denn immer noch nicht verstanden, dass die Zeiten, in denen Sie mit dem Füllhorn durchs Land ziehen können, endgültig vorbei sind?

Fakt ist, meine Damen und Herren, dass in Schleswig-Holstein bereits 35 % der drei- und vierjährigen Kinder eine Mittagsverpflegung erhalten. Fakt ist auch, dass die CDU die Entwicklung von **Ganztagschulen** unterstützt. Als eine der ersten Maßnahmen erhalten Schülerinnen und Schüler in G8-Jahrgängen eine Mittagsbetreuung. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. Allerdings sagen wir auch deutlich, dass wir weitere beitragsfreie Kita-Jahre nur unter der Voraussetzung verfassungsgemäßer Haushalte werden einrichten können.

(Beifall bei der CDU)

Eine ausführliche inhaltliche Diskussion wird im zuständigen Ausschuss zu führen sein. Für die CDU-Fraktion beantrage ich daher entsprechend die Überweisung.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Herrn Kollegen Detlef Buder das Wort.

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE ist im Moment zumindest gleich in dreierlei Hinsicht falsch: Er ist politisch falsch, er ist wirtschaftlich falsch, und darüber hinaus ist er wahrscheinlich demokratisch fragwürdig.

(Zuruf von der LINKEN)

- Ich komme gleich darauf.

Warum ist er politisch falsch? Der Gesetzentwurf ist die Karikatur eines Oppositionsantrages, der nur der Profilierung der antragstellenden Fraktion dient, wobei das eigentliche Anliegen zum Kollateralschaden wird. Die Auseinandersetzung mit der bestimmenden Koalition, den Koalitionsparteien, will ich hier und jetzt nicht suchen, unter anderem deshalb, weil es ohnehin sinnlos ist und weil von der Regierung sowieso keinerlei Initiativen ausgehen. Die brauchen wir hier also auch nicht zu diskutieren.

(Detlef Buder)

Sie wissen auch, dass wir Sozialdemokraten der Auffassung sind, dass alle drei Jahre in den **Kindertagesstätten** für die Eltern **kostenfrei** sein sollten. Und Sie wissen auch, dass wir uns damit in der Großen Koalition nicht durchsetzen konnten. Es gab damals den Minimalkonsens für das letzte Jahr vor der Einschulung. Wie wir bereits in der Aktuellen Stunde erörtert haben, ist die neue Mehrheit im Landtag, die keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich weiß, nicht einmal mehr gewillt, diesen Minimalkonsens aufrechtzuerhalten. Hoteliers sind offensichtlich der neuen Koalition wichtiger als Kinder!

(Beifall bei der SPD)

Umso wichtiger wäre es gewesen, wenn die Linken einen solchen Gesetzentwurf mit mehr Sorgfalt vorbereitet und sich in einer so entscheidenden Frage auch mit den anderen Oppositionsparteien abgestimmt hätten.

Warum ist der Gesetzentwurf wirtschaftlich falsch? Die Antragsteller haben sich ja nicht der Mühe unterzogen, die **Kosten** ihres Gesetzentwurfs zu beziffern, geschweige denn, dass sie Vorschläge für eine Gegenfinanzierung gemacht hätten. Nach Berechnungen von 2009 würde die vollständige Beitragsfreiheit aller drei Jahre rund 120 Millionen € kosten, und diese Summe würde natürlich wegen der jährlich steigenden Personal- und Betriebskosten ständig nach oben gehen. Dessen waren wir uns seinerzeit deutlich bewusst.

Damit hätte es aber auch nicht sein Bewenden, weil die bisherigen Überlegungen von einer Mindestbetreuungszeit von fünf Stunden ausgegangen sind, während die Antragsteller für jeden Öffnungstag, also auch den Freitag, acht Stunden fordern. Wir wären dann sehr schnell bei rund 150 Millionen € angekommen.

Daran ändert auch die Korrektur Ihres Gesetzentwurfs nichts. Wir brauchen einen seriösen Stufenplan, über den wir in der Großen Koalition noch kein Einvernehmen erzielen konnten. Die dann frei werdenden Mittel für die Sozialstaffel sind eines seiner Elemente, und über den weiteren Weg zur Gebührenfreiheit muss dann diskutiert werden.

Damit ist Ihr Füllhorn aber bei Weitem noch nicht leer, denn dazu kommt eine generelle Kostenfreiheit des Mittagessens in Kindertagesstätten und Schulen, und zwar als Gießkannenfinanzierung unabhängig davon, ob sich die Eltern ein bezahltes Mittagessen für ihre Kinder leisten können oder nicht.

Ich kann Ihnen nur sagen: So geht das nicht. So können wir nicht argumentieren. Ich sage das vor dem Hintergrund, dass die ehemalige Sozialministerin, Frau Trauernicht, hier entscheidende Maßnahmen vorgenommen hat, um gerade für diejenigen Kinder, die es sich nicht leisten können, **gebührenfreie Mittagessen** anzubieten.

Angesichts dieser Segnungen, die Sie hier von allen Seiten vortragen, möchte man am liebsten Hotelier mit Kindern sein; die FDP senkt einem die Mehrwertsteuer, und DIE LINKE bezahlt einem die Kindergärten und das Schulesen. Das ist doch eine Perspektive, die wir für die Zukunft aufmachen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Ja. Wenn ich die Kostenwirksamkeit des vorgelegten Gesetzentwurfs bilanziere, dann bin ich bei einem höheren dreistelligen Millionenbetrag angekommen. Das sind ungefähr 340 Millionen bis 370 Millionen €. Das ist nun wirklich keine Summe, die eben mal schnell finanzierbar ist. Da hilft uns der Verweis auf das Einkommen von Herrn Nonnenmacher wirklich nicht weiter.

Warum ist Ihr Gesetzentwurf auch demokratisch fragwürdig? - Es sind schon mehr als handwerkliche Fehler, die man Abgeordneten, die am Anfang ihrer Tätigkeit stehen, gern zubilligt, dass sie ihr Gesetz heute verabschieden und bereits in der nächsten Woche in Kraft treten lassen wollen. Das heißt nämlich, die in der Geschäftsordnung vorgesehene zweite Lesung eines Gesetzes soll entweder völlig entfallen oder zur Formalie werden. Das kann man gelegentlich bei politisch nicht strittigen Gesetzgebungsvorhaben machen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Buder, achten Sie bitte auf Ihre Redezeit!

Detlef Buder [SPD]:

Frau Präsidentin, ich komme zum vorletzten Satz. - Man kann das machen: Am Mittwoch erste Lesung, am Donnerstag Zustimmung des Ausschusses, am Freitag zweite Lesung. Man kann das aber nicht bei einem Gesetz machen, das in dieser Form sehr kompliziert zu bearbeiten ist und das auch noch beinhaltet, dass man diejenigen, die betroffen sind, nämlich die Eltern der betroffenen Kinder, die Schulträger, die Kindergartenträger und die Kinder-

(Detlef Buder)

gartenbetreiber, überhaupt nicht in das Gesetzgebungsverfahren einbezieht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, bitte beenden Sie Ihre Rede!

Detlef Buder [SPD]:

Wir beantragen natürlich auch die Überweisung an den Ausschuss. Dort werden wir Ihr Vorhaben entsprechend gründlich diskutieren und einem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterziehen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ja, im Ausschuss. Jetzt ist Ihre Redezeit aber vorbei. Ich rufe die Frau Kollegin Cornelia Conrad von der FDP-Fraktion auf.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion DIE LINKE hat uns diesen Gesetzentwurf beschert, der im Grunde genommen etwas Positives bezwecken will.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie möchte, so steht es zumindest in der Begründung, dass die schlechtergestellten Familien durch das Angebot einer freien, kostenlosen **Mittagsversorgung in Kindergärten und Schulen** entlastet werden. Zudem will sie die kostenlose Betreuung im dritten Kita-Jahr von bisher fünf auf acht Stunden täglich erweitern. Liebe linke Fraktion, die Begründung für Ihren Gesetzentwurf ist dabei noch viel dünner als das Eis draußen auf der Förde. Er suggeriert: Gebt den Kindern ein warmes Essen, und alles wird gut. Er verbessert auch nicht automatisch die Lebenschancen armer Kinder. Dazu gehört schon ein bisschen mehr.

Zugegeben, im Bereich der Kinderbetreuung ist noch viel zu tun. Insofern hat Ihr Gesetzentwurf vom Ansatz her durchaus eine gewisse Berechtigung. Allerdings - und hier liegt der Schwachpunkt - ist er nicht finanzierbar und somit rein populistisch und anscheinend auch mit heißer Nadel gestrickt, denn er weist einige gravierende handwerkliche Mängel auf. Am schlimmsten aber finde ich: Er ist sozial unausgewogen, um nicht zu sagen, er ist ungerecht.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich das begründen. Zu den **Kosten**: Die „Landeszeitung“ hat in dieser Woche errechnet, dass das Projekt über 350 Millionen € verschlingen würde. Ihr Gesetzentwurf beantwortet leider nicht, wie das finanziert werden soll. Auffallend ist aus unserer Sicht auch, dass er keine Sozialklausel beinhaltet. Die Kinder reicher Eltern kommen bei Ihnen also ebenso in den Genuss einer kostenlosen Mahlzeit wie bedürftige Kinder. Halten Sie das für gerecht?

(Zurufe der LINKEN: Ja!)

Abgesehen davon, muss ich Ihnen, verehrte Linksfraktion, eine kleine Lehrstunde in Sachen Gesetzgebung erteilen. Ihr Gesetzentwurf, der heute wohl gemerkt in der ersten Lesung ist, soll schon ab Montag Gesetz sein. Dort steht nämlich: Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2010 in Kraft. Wie Sie sich denken können, ist das kaum möglich, denn wie heißt es in der Geschäftsordnung des Landtages unter § 24 Abs. 1:

„Gesetzentwürfe, Haushaltsvorlagen und über den Bereich des Landes hinausgehende Vereinbarungen sind grundsätzlich in zwei Lesungen zu beraten.“

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigen Sie bitte, Frau Kollegin. Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Schippels?

Cornelia Conrad [FDP]:

Ja, das mache ich.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Haben Sie die neueste Fassung unseres Gesetzentwurfs?
- Dort ist der 1. Februar durch den 1. August ersetzt.

- Diese Fassung lag uns leider gestern nicht vor.

(Ulrich Schippels [DIE LINKE]: Aber jetzt wissen Sie es!)

- Nein, ich habe ihn nicht vor mir liegen. Herr Kollege Schippels, ich möchte dies gern fortfahren. Unter § 27 Abs. 1 heißt es weiter:

„Die zweite Lesung kann frühestens am zweiten Tag nach dem Schluss der ersten Lesung stattfinden. Der Landtag kann diese Frist abkürzen, es sei denn, dass mindestens 18 Abgeordnete widersprechen.“

Wie gesagt, ich gehe von dem Gesetzentwurf aus, der mir vorlag. Das bedeutet: Gesetz den Fall, die

(Cornelia Conrad)

Fraktion der Linkspartei bekommt diese Mehrheit von 77 Abgeordneten und das Gesetz kommt in dieser Form durch, dann müssten - wohlgemerkt bis Montag - in jeder Schule in Schleswig-Holstein Mensen, Küchen und die notwendige Infrastruktur für das kostenfreie Mittagessen gebaut werden. Das ist wirklich ein ambitionierter Plan. Es ist aber schön, dass Ihnen das noch aufgefallen ist.

Bei einer so schlampigen Vorlage fragt man sich unweigerlich: Wie konnte das passieren? - Liebe linke Fraktion, sehen Sie einmal, was ich gefunden habe. Stellen Sie sich vor: Die Drucksache 4/12531 aus dem Sächsischen Landtag vom 10. Juni 2008 weist eine frappierende Ähnlichkeit mit Ihrem Gesetzentwurf auf.

(Zurufe)

Offenkundig sind Sie nicht einmal in der Lage, eigene Gesetzentwürfe zu verfassen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie also das nächste Mal schon von Ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem Sächsischen Landtag abschreiben, dann passen Sie dies doch wenigstens an die Gegebenheiten von Schleswig-Holstein an!

Niemand bezweifelt, dass die Gemeinschaft den Schwächsten, den bedürftigen Kindern auf ihrem Weg in ein selbstbestimmtes Leben beistehen muss. Einen Spielraum für zusätzliche Ausgaben in der Größenordnung von über 350 Millionen € gibt es aus unserer Sicht derzeit aber nicht.

Tut mir leid, liebe linke Fraktion, aber Sie verfahren uns einfach zu sehr nach dem Motto: Klappe zu, Mäuse tot. Da die Mäuse der Landesetat sind, lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Essen in **Kitas und Schulen kostenfrei**, Kita-Besuch kostenfrei, das wäre schön, aber - das haben Sie ja jetzt schon mehrfach gehört - realistisch ist Ihr Vorschlag nicht. Man kann ja Visionen haben - ich habe überhaupt nichts dagegen -, aber Sie wollen das

Gesetz ohne irgendeinen Umsetzungs- und Finanzierungsvorschlag noch in diesem Jahr, zum 1. August - das ist die neue Version -, in Kraft treten lassen. Für mich zeugt das weniger von visionärer Kraft als vielmehr von „Ich-wünsch-mir-was-ist-mir-doch-egal-wie-es-geht“-Mentalität. Das können wir bei einem so wichtigen Thema gar nicht gebrauchen. Sie sehen, dass Ihr Gesetzentwurf dazu geführt hat, dass sich die Reihen hier total gelichtet haben. So kommt es, wenn man komplett unseriöse Gesetzentwürfe einbringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sie sagen nicht im Ansatz, woher das **Geld** kommen soll. Wir Grünen finden zudem, dass wir andere Baustellen im Kita-Bereich haben, die wichtiger sind. Für dieses Jahr stehen meiner Meinung nach vier Themen auf der Agenda; die zu erreichen wäre schon viel.

Erstens müssen wir der Koalition Paroli bieten, wenn es um die Streichvorschläge geht. Ziehen Sie sich warm an!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens brauchen wir eine **Qualitätsoffensive** für unsere **Kitas**. Allein einen Bildungsauftrag im Kindertagesstättengesetz zu verankern, wie es die letzte Landesregierung gemacht hat, ist zu wenig. Eigentlich - ich sage bewusst „eigentlich“ - müsste man den Betreuungsschlüssel senken, wie es in Berlin geschieht, die Ausbildung der Fachkräfte verbessern und die Übergänge zwischen Kita und Schule intensivieren. Zu allererst brauchen die Kitas aber Zeit und Geld für die Fort- und Weiterbildung ihrer Pädagoginnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie brauchen Zeit und Geld für Vorbereitung, Supervision und vieles mehr.

Wir haben in unserem Programm „Clever Starten“ schon in der letzten Periode gesagt, wie das ungefähr gehen kann, und wir haben anders als Sie auch gesagt, wie man das finanzieren kann. Die Kosten hätten bei uns 10 Millionen € ausgemacht. Wir haben vorgeschlagen, dies mit einer Erhöhung der Grunderwerbsteuer gegenzufinanzieren. Lieber Herr Klug, da blieben sogar noch 35 Millionen € übrig, um das kostenfreie Kita-Jahr gegenzufinanzieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

SPD und CDU haben das leider immer abgelehnt. Ich sage in Richtung der sehr gelichteten Regie-

(Anke Erdmann)

rungsbank: „Clever Starten“ wäre doch einmal etwas gewesen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aufbruch!)

- Koalition des Aufbruchs!

Drittens. Inzwischen hat der Städte- und Gemeindebund Alarm geschlagen, dass der Rechtsanspruch auf die **Betreuung der unter Dreijährigen** wackelt. Es wäre ein echter Hammer, wenn die Zielvorgabe, bis 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreuungsplatz anzubieten, aufgrund der schwarz-gelben Steuerträume ins Wanken geraten und kippen würde. Ich rede nicht vom letzten Jahr, sondern ich rede von den Plänen, die noch ausstehen. Das darf nicht wahr werden. Wenn das so kommt, werden wir mobilisieren, dass die Schwarte kracht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Viertens brauchen wir eine einheitliche und im bundesweiten Vergleich akzeptable **Sozialstaffel**. Auch darüber haben wir heute schon einiges gehört. Das wäre eine notwendige Entlastung für Familien. Damit würden wir es wirklich schaffen, dass der Kita-Besuch in den ersten Jahren nicht mehr am Geldbeutel der Eltern scheitert. Das würden Sie zwar auch erreichen, aber ich glaube, unser Ansatz wäre eine zielgenauere Variante.

Anders als alle anderen Fraktionen haben Sie Ihren Gesetzentwurf nicht durchgerechnet. Herr Schippels fragt immer: Wie kommt es dazu? Ich sage einmal, worauf ich komme. Ich habe total vorsichtig und linkenfreundlich gerechnet - nur damit Sie nicht erschrecken.

(Zurufe)

Mittagessen - von Frühstück rede ich gar nicht - 2,50 €, 12 Ferienwochen, ich nehme die aktuellen Zahlen der Schülerinnen und Schüler und Kita-Kinder, dann komme ich auf 180 Millionen € im Jahr. Das ist schon total konservativ gerechnet. - Jetzt sage ich schon, ich rechne konservativ, egal.

(Zurufe)

Dann kommen noch die 70 Millionen € für die beiden zusätzlichen kostenfreien Kita-Jahre dazu, das sind ja nur Halbtagsplätze, das ist noch nicht einmal ganztags. Ich habe wirklich nur ein bisschen zusammengerechnet und komme da schon auf eine Viertelmilliarde. Da frage ich: Hej, hast du mal eine

Viertelmilliarde? - Das kann doch nicht wirklich ein ernster Politikvorschlag der Linken sein!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das kann man schon gar nicht bis August umsetzen, auch wenn Kitas und Schulen systemrelevant sind, da stimme ich ja mit Ihnen überein. Für uns haben Qualitätsoffensive und Ausbau Vorrang vor weiterer Kostenfreiheit. Das ist unser Schwerpunkt. Dafür werden wir mit vielen anderen hier streiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SSW-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir halten den Inhalt des Gesetzentwurfs für gut, richtig und notwendig.

(Beifall des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Natürlich ist es wichtig, dass Kinder in Betreuungseinrichtungen ein **kostenfreies Mittagessen** bekommen und dass das auch für Schülerinnen und Schüler öffentlicher Schulen gelten soll. Das ist für uns ein Selbstgänger, das sind Forderungen, die der SSW unterstützen kann. Auch wir sehen, dass es für berufstätige Eltern wichtig ist, die Betreuungszeit im dritten kostenlosen Kita-Jahr von fünf auf acht Stunden zu erhöhen.

Allerdings - liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN, das kann ich Ihnen nicht ersparen - muss auch ich sagen, dass wir hier leider nicht bei „Wünsch dir was“ sind, sondern dass wir uns ganz realistisch damit auseinandersetzen müssen, was geht und was nicht geht. Da kann man natürlich sagen, das sei alles eine Frage der Prioritätensetzung. So einfach kann man sich das aber doch nicht machen. Prioritätensetzung und Haushalt müssen Hand in Hand gehen. In diesem Fall ist bezeichnend, dass im vorliegenden Gesetzentwurf - ich weiß, dass ich wiederhole, aber man möge das ein bisschen unter pädagogischen Gesichtspunkten betrachten, dass Wiederholungen wichtig sind - zum Punkt „**Kosten**“ nichts steht.

Auch ich habe gerechnet, so ähnlich wie die Kollegin Erdmann. Ich nenne einmal ein Beispiel, dann haben Sie Vergleichsmöglichkeiten. Im Schuljahr 2009/2010 sind in den allgemein bildenden öffentli-

(Anke Spoorendonk)

chen Schulen in Schleswig-Holstein gut 400.000 Schülerinnen und Schüler. Pro Kind soll der Schulträger 60 € pro Monat für Mittagessen erhalten. Das macht gut 24 Millionen € für die gesamte Schülerschaft in einem Monat. Bei circa zehn Schulmonaten sind das für alle Schülerinnen und Schüler 242 Millionen €. Wenn alle Schülerinnen und Schüler mindestens neun Jahre in die Schule gehen, kostet dies das Land mehr als 2 Milliarden €. - Daran hängen ganz schön viele Nullen.

(Zurufe)

Das ist sehr viel Geld für Schleswig-Holstein, und im Moment haben wir sehr wenig Geld. Wenn wir uns das leisten wollen, müssen wir uns klarmachen, worauf wir verzichten wollen. Das ist einfach so.

Für den SSW möchte ich deutlich sagen, dass dieses Geld aus unserer Sicht zwar nicht schlecht angelegt wäre, es aber im Bereich der Kindertagesstätten und Schulen einen Haufen aktueller Herausforderungen gibt, die ebenfalls und unserer Meinung nach mit höherer Priorität bewältigt werden müssten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An erster Stelle steht für uns - besonders nach der Aktuellen Stunde am Mittwoch - die Erhaltung des kostenlosen dritten Kita-Jahres mit immerhin fünf Betreuungsstunden. Darüber hinaus steht in Schleswig-Holstein bis 2013 ein Ausbau der Kita-Plätze an, der sowohl vom Land als auch von den Kommunen einen extrem großen Einsatz erfordert. In drei Jahren soll die Anzahl der Kita-Plätze nämlich mehr als verdoppelt sein. Aus unserer Sicht ist der **Ausbau der Betreuungsplätze** das A und O, um die Eltern zu unterstützen.

Die 20 € mehr Kindergeld durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz helfen da überhaupt nicht weiter, und schon gar nicht den Ärmsten in unserer Gesellschaft. Deren Kinder sind es nämlich, die an erster Stelle von einer professionellen Betreuung und Förderung profitieren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ziel unserer Politik ist die Teilhabe aller Familien, der Besserverdienenden genauso wie der Hartz-IV-Familien, am pädagogischen Angebot und am Betreuungsangebot der Kitas. Aus diesem Grund müssen wir das beitragsfreie dritte Kita-Jahr erhalten, und wir müssen außerdem die **Kita-Betragsfreiheit** bei geringem Einkommen und eine einheitliche **Sozialstaffel** einführen.

Wenn man sich den Alltag in den schleswig-holsteinischen Kitas anguckt, steht außerdem eine stabile und solide Finanzierung ganz oben auf der Wunschliste, genauso wie die Sicherung inhaltlicher und personeller Standards, mehr Lohn für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Ausbau der akademischen Ausbildung.

Ein ähnliches Bild an Herausforderungen ergibt sich, wenn man sich den schulischen Bereich anguckt. Nicht nur, dass wir endlich eine Schulstruktur aus einem Guss brauchen, aus Sicht des SSW stehen außerdem die Entlastung der Lehrerinnen und Lehrer, eine Neuordnung der Lehrerbildung, weniger Unterrichtsausfall, kleinere Klassen und mehr professionelle Ganztagsbetreuung ganz oben auf der Wunschliste.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum sage ich: Es gibt eine Menge Herausforderungen, vor denen wir im Bildungsbereich stehen. Andere Prioritäten zu setzen, ist aus unserer Sicht notwendig. Wir setzen auch andere Prioritäten als die Linken in ihrem Gesetzentwurf. Wir brauchen eine qualitative Betreuung. Wir brauchen eine gute Bildung für unsere Kinder. Wir brauchen natürlich auch eine warme Mahlzeit. Aber bevor wir das durchsetzen, müssen wir erst einmal das Fundament der **Kinderbetreuung** und der **Bildung** sichern. Das ist die wichtigste Aufgabe.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Ellen Streitböcker.

Ellen Streitböcker [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Trotz all der Asche, die jetzt schon auf unsere Häupter gerieselt ist, möchte ich noch einmal zu dem schulgeseztlichen Teil unseres Gesetzentwurfs Stellung nehmen. Es ist für mich eine ganz entsetzliche Tatsache, dass es in unserem Land Schleswig-Holstein 81.000 **arme Kinder** gibt. Diese Kinder sind die Opfer einer unsozialen Sozialgesetzgebung, der sogenannten **Hartz-IV-Gesetze**. 81.000 Kinder, das bedeutet, dass 81.000 Kinder schlechter ernährt werden, ein höheres Gesundheitsrisiko, weniger Förderung und schlechtere Bildungschancen haben als gleichaltrige Kinder aus finanziell bessergestellten Elternhäusern. Wir als Vertreterinnen und Ver-

(Ellen Streitbürger)

treter dieses Landes können die Ursachen nicht beseitigen, da die Gesetzgebung dafür in der Hand des Bundes liegt. Ich sehe uns aber in der Pflicht, die Auswirkungen abzumildern. Ein erster Schritt in diese Richtung ist es, dafür zu sorgen, dass allen Kindern eine gesunde und vollwertige Mahlzeit am Tag garantiert wird.

Ich denke, vielen hier in unserer Runde ist es weder bewusst noch vorstellbar, wie schlecht Kinder aus armen Familien tatsächlich ernährt werden. Gesunde vollwertige **Ernährung** ist mit dem Hartz-IV-Regelsatz für Kinder von 250 bis 270 € im Monat gar nicht durchführbar. Die Gesundheitsrisiken, die daraus erwachsen, sind enorm.

Unser Gesetzentwurf bezieht sich allerdings auf alle Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen. Damit wären auch Schülerinnen und Schüler zu versorgen, deren Eltern die Unterstützung gar nicht nötig hätten, weil sie über die Mittel verfügten, ihre Kinder gesund zu ernähren. Wer sich in der Schullandschaft auskennt, weiß aber, dass gerade Schülerinnen und Schülern aus finanziell bessergestellten Elternhäusern häufig Geld statt einer gesunden Mahlzeit zur Verfügung steht und dass dieses Geld fast genauso häufig bei Fast-Food-Ketten landet. Selbst Kioske und Mensen an Schulen bieten minderwertige Snacks und ungesunde Getränke an.

Der zweite Grund dafür, dass alle Schülerinnen und Schüler zu versorgen sind und sich nicht nur auf die armen beschränkt werden soll, liegt darin, dass man nur dann auf einen entwürdigenden Armutsnachweis verzichten kann. Nur dann können wir uns darauf verlassen, dass Kinder nicht hungern müssen, weil es ihren Eltern zu peinlich ist, einen Antrag zu stellen und damit ihre **Armut** zu belegen.

Ich appelliere deshalb an Sie: Unterstützen Sie unseren Gesetzentwurf, und sorgen Sie dafür, dass Schleswig-Holsteins Schülerinnen und Schüler gesund ernährt werden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Kollegen Ulrich Schippels das Wort.

(Lachen bei und Zurufe von der CDU)

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Keine Fraktionssitzung hier, richtig! Asche sollte auf unser Haupt rieseln. Aber ich möchte es ein

bisschen zurückrieseln lassen. Ich bin schon froh, Frau Erdmann, dass Sie in Ihrer Rechnung nur auf 250 Millionen € kommen, während die CDU auf eine Höhe von 350 Millionen € kommt,

(Zurufe von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil die CDU nicht daran gedacht hat, dass Kinder tatsächlich auch so etwas wie Ferien haben. Ich finde es schon sehr gut, dass zumindest das bei den Grünen anders gesehen wird.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind doch reale Zahlen!)

Was ich allerdings bei den Grünen vermisse, ist ein ganzheitlicher Ansatz. Haben Sie schon einmal ausgerechnet, welche Folgekosten die Fehlernährung von Kindern in ärmeren Familien für die Gesellschaft nach sich zieht? Nein, haben Sie offensichtlich nicht. Dann kämen Sie locker auf einen sehr hohen Millionenbetrag, der tatsächlich eingerechnet werden muss.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Schippels, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Erdmann?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da wir gerade bei Rechenbeispielen sind, Herr Schippels, haben Sie einmal - ich weiß nicht, ob Sie überhaupt gerechnet haben - ausgerechnet, was es pro Kopf bedeuten würde, wenn ich sage, ich habe eine Viertelmilliarde Euro und verteile diese auf die Jugendlichen - ich streite nicht ab, dass Kinderarmut ein Problem ist; da sind wir uns alle einig - und nehme an, 20 % - das ist relativ hoch gegriffen - sind Schülerinnen und Schüler und Kita-Kinder, die dieser Hilfe bedürfen?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Nein.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie es einmal! Das wäre zielgerichtete Politik!)

- Das war eine Frage und meine Antwort darauf! - Ich bitte Sie, berechnen Sie auch die Kosten der jetzigen Situation ein, die **Gesundheitskosten**, aber auch die **sozialen Kosten**. Bitte berechnen Sie ein, was es bedeutet, wenn Kinder aus ärmeren Familien eben nicht das erste und zweite Kindergartenjahr

(Ulrich Schippels)

frei haben, nicht in den Kindergarten gehen können und nicht entsprechend gefördert werden!

Ehrlich gesagt, ich hätte bei den Grünen tatsächlich erwartet, dass es einen ganzheitlichen Ansatz gibt, der auch die Folgen der gesamtgesellschaftlichen Situation beinhaltet.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Noch einmal zu den 250 Millionen €. Es gibt auch Einsparungen. Es gibt Einsparungen in den Kommunen. Es gibt Entlastungen der Eltern. Wir haben schon darüber geredet. Vielleicht kommt es nur zu 33 % zu wachstumsfördernden Maßnahmen. Es gibt Einsparungen, die diese Kosten tatsächlich senken. Insofern wäre ich froh, wenn Sie sich mit uns auf den Weg begäben. Man muss nicht gleich alles eins zu eins umsetzen.

Liebe Vertreterin von der FDP, gucken Sie sich das nächste Mal die Gesetzentwürfe, die hier zur Debatte stehen, richtig an, damit Sie nicht von falschen Daten ausgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

(Gerrit Koch [FDP]: Auch noch?)

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ich bin ja bei Ihnen, liebe Grüne und lieber SSW. Wir haben viele Baustellen. Wir müssen eine Qualitätsoffensive machen. Wir brauchen kleine Gruppen in den Kindergärten. Wir müssen die Zahl der Plätze in **Kindergärten** und **Krippen** ausweiten. Das müssen wir alles bis zum Jahr 2013 machen, bis wir dann 35 % Krippenplätze vorhalten. Das müssen wir schaffen. Das schaffen wir aber nur dann, wenn die Landesmittel dafür erhöht werden. Wir haben 60 Millionen € Landesmittel. Sie werden nicht aufgestockt. Die Kommunen selber sind finanziell belastet. Sie können sich eine Ausweitung mit großem finanziellen Aufwand nicht leisten.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Erdmann
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Erdmann, es gibt natürlich mehrere Baustellen. Uns geht es ganz einfach um Folgendes: Es gibt auch in Schleswig-Holstein viele Eltern, die ihre Kinder nicht in den Kindergarten schicken, weil sie es nicht bezahlen können. Es gibt eine Beitrags-

freiheit für Hartz-IV-Empfänger. Sie müssen trotzdem noch 8 € dazuzahlen. Für uns ist der erste Schritt zu sagen: Wir gehen da ran. Über die **Beitragsfreiheit** von Kindergartenbesuch ist hier ja schon länger diskutiert worden, schon zu Zeiten, als wir noch nicht im Parlament waren.

Der erste Schritt für uns ist die Beitragsfreiheit, weil es die Eltern entlastet. Und die Eltern müssen entlastet werden. Wir wollen, dass alle Kinder, vielleicht auch einjährige Kinder und zweijährige Kinder, beitragsfrei in den **Kindergarten** gehen können, ohne dass nach Kosten gefragt wird. Das ist unser erster Schritt.

Qualitätsoffensive. Da kann ich Sie unterstützen. Wir werden Ihren Anträgen zustimmen. Wir werden selber Anträge einbringen. Wir meinen auch, die Qualität der Bildung muss verbessert werden.

Zur Essensfrage. Die CDU-Kollegin hat gesagt, wir seien nicht in der Realität angekommen. Gehen Sie doch einmal an die Schulen! Gucken Sie sich einmal an, wo es Essensangebote gibt! Es gibt kein **kostenfreies Essen** in Schleswig-Holstein. Alle Eltern, auch finanzschwache Familien, müssen immer noch 1 € pro Mahlzeit hinzuzahlen. Es gibt viele Eltern, gerade Hartz-IV-Empfänger, die sich diesen Euro pro Mahlzeit nicht leisten können. Es gibt Schulen, in denen es zwei Essensräume gibt. In einem Essensraum sitzen diejenigen Kinder, deren Eltern das Geld bezahlen können. Die essen.

Dann gibt es einen zweiten Essensraum, in dem die Kinder - so sage ich es immer - „abgefrühstückt“ werden. Sie bekommen von Ehrenamtlichen Obst oder ein bisschen Brot zur Verfügung gestellt. Noch einmal: Das sind die Kinder der Eltern, die sich die Bezahlung des Essens nicht leisten können.

Deshalb sagen wir: Das Essen muss kostenfrei sein, und zwar für alle. Auch Kinder gutsituierter Eltern könnten dann kostenfrei essen.

Es gibt auch eine Neiddebatte. Nachher wird einer Hartz-IV-Familie gesagt: Ihr habt ein Auto, aber das Essen könnt ihr nicht bezahlen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Ja. - Solche Debatten möchten wir hier nicht führen. Deshalb fordern wir kostenfreies Essen für alle.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Von Bismarck stammt bekanntlich der Satz: „Politik ist die Kunst des Machbaren.“ Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE scheint den Versuch darzustellen, diese Erkenntnis des früheren Reichskanzlers zu widerlegen. Das betrifft vor allem die gigantischen Kosten, die damit verbunden wären, aber auch die praktische Umsetzbarkeit.

Sie von der Fraktion DIE LINKE fordern nichts weniger als eine komplett **beitragsfreie Kinderbetreuung** für jedes Alter für acht Stunden täglich mit einer kostenfreien und vollwertigen **Mittagsverpflegung**. Letzteres auch an allen Schulen. Damit stampfen Sie eine staatliche Vollversorgung für alle Familien aus dem Boden, also auch für die große Mehrheit, die nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist.

Die **Kosten** dürften sich nach unserer Einschätzung auf deutlich über 400 Millionen € belaufen. Die Position „Mittagsversorgung an den Schulen“ hat Frau Kollegin Spoorendonk vorhin auf 24 Millionen € beziffert. Die Finanzierung der Kindergartenmittagsversorgung käme ebenso dazu wie die Beitragsfreiheit, die allein bei einer fünfständigen Betreuung auf 118 Millionen € hinausläufe. Sie aber sehen sogar die Beitragsfreiheit für eine **achtstündige Betreuung** vor.

Sie planen mit Mitteln, die es nicht gibt, es sei denn, das Land würde sich weiter hoch verschulden nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“. Das können Sie doch eigentlich nicht wollen. Damit würden auch die Chancen jener Menschen beschnitten, denen Sie eigentlich helfen wollen.

Auf die verschiedenen technischen Mängel des Gesetzentwurfs haben die Kolleginnen, die dazu gesprochen haben, schon im Einzelnen hingewiesen. Das kann ich mir jetzt schenken.

Meine Damen und Herren, möglichst geringe Belastungen für die Eltern wünschen wir uns sicherlich alle. Aber ich halte es nicht für erstrebenswert, dass der **Staat** die Rolle des **Vollversorgers** übernimmt, bis hin zur Vorgabe der Vollwertnahrung.

Schließlich weise ich darauf hin, dass es hilfreich wäre, sich mit den potenziellen Abnehmern eines kostenfreien Mittagessens zu beschäftigen. Unsere

bisherigen Erfahrungen lassen jedenfalls nicht erwarten, dass die Mehrheit der Kita- und der Schulkinder ein kostenfreies Mittagessen überhaupt in Anspruch nehmen würde. An den **offenen Ganztagschulen** ist ein Mittagsangebot jetzt schon Pflicht. Nach einem Prüfbericht des Landesrechnungshofs vom vergangenen Jahr nehmen im Durchschnitt 37 % der Schülerinnen und Schüler an den offenen Ganztagschulen daran teil. Warum fast zwei Drittel der Kinder das Angebot nicht wahrnehmen, ist nicht bekannt. Es liegt jedenfalls nicht zwangsläufig am Preis.

(Lachen bei der LINKEN)

Einen direkten Zusammenhang zwischen der Nachfrage und dem Preis konnte der **Landesrechnungshof** in seiner Untersuchung schlicht nicht erkennen. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: An der Schule mit dem höchsten Preis, der Grundschule Bickbargen - Preis pro Mittagessen: 3,15 € -, nahm über die Hälfte der Ganztagschüler das Mittagsangebot wahr. Diese **Teilnehmerquote** ist fast doppelt so hoch wie an der Schule mit dem günstigsten Preis, dem Schulzentrum Schönberg - Preis pro Mittagessen: 1,50 €.

Meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, aus Ihrem Gesetzentwurf ist nicht ersichtlich, dass Sie sich mit solchen Fakten auseinandergesetzt haben. Stattdessen scheint es Ihnen hier nur um den populistischen Effekt zu gehen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 17/179 (neu) dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Ausschussüberweisung ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Umsetzung der EU-Ostseestrategie in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/159

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Anette Langner von der SPD-Fraktion.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Oktober 2009 hat der Europäische Rat die EU-Strategie für den Ostseeraum angenommen und die Schlussfolgerungen des Rates gebilligt. Zu den **Zielen der Ostseestrategie** zählen die Sicherstellung einer nachhaltigen Umwelt, die Steigerung des Wohlstandes, die Verbesserung der verkehrstechnischen Zugänglichkeit und Attraktivität sowie die Gewährleistung der Sicherheit der Region.

Um die damit verbundenen enormen Herausforderungen deutlich zu machen, muss man sich ein paar Fakten vor Augen halten: Acht der neun Ostseerainer sind EU-Mitglieder. Mit Russland gilt es kontinuierlich einen weiteren Partner mit ins Boot zu holen. Deshalb müssen Strategien zur Ostseepolitik so entwickelt werden, dass **Kooperationen** mit anderen möglich sind.

Im **Einzugsbereich** der Ostsee leben circa 90 Millionen Menschen. Ökonomisch gliedert sich die Region in einen wohlhabenden und technisch hochinnovativen Norden und Westen mit modernen Verkehrswegen und einer gut ausgebauten Infrastruktur und einen weniger gut erschlossenen Osten und Süden. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung hat auch die **Gefährlichkeit** der auf der Ostsee transportierten **Güter** zugenommen. Allein zwischen 2000 und 2007 hat sich der Öltransport mehr als verdoppelt. Für die nähere Zukunft wird eine Zunahme der Flüssigtransporte erwartet. Mögliche Umweltgefahren bei der Verwirklichung der Nord-Stream-Pipeline sind noch zu prüfen. Die **Europäische Union** unterstützt die Ostseerainer in der aktuellen Finanzperiode bis 2013 im Rahmen der Kohäsionspolitik mit circa 50 Milliarden €.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der EU-Ostseestrategie geht die Europäische Union neue Wege in der **Regionalpolitik**. Und das macht die Bedeutung der Ostseestrategie besonders deutlich: Zum ersten Mal macht die EU Politik nicht für ganz Europa, sondern für eine Großregion. Dieser makroregionale Ansatz macht den Ostseeraum zum Modell für andere Regionen in Europa, wie die Donau-Region und aktuell die Nordsee. Der **Umsetzungszeitraum** ist auf das Jahr **2020** ausgerichtet.

Es wird nicht um den Aufbau neuer Organisationen gehen - auch das ist eine Besonderheit der Strategie -, sondern auf die Nutzung vorhandener Struk-

turen ankommen. Für die existierenden Netzwerke, Organisationen und Institutionen bietet sich jetzt die Chance, das Profil zu schärfen, Ziele und Aufgaben genauer zu definieren und eventuell bestimmte Aktivitäten einzustellen. Nicht alle können alles machen. Vernünftige und abgestimmte Kooperationen sind für die Ostseeregion der Weg in die Zukunft.

Die Kommission hat einen **Aktionsplan** mit 15 Prioritäten und mehr als 80 konkreten Projekten definiert, um die Strategie umzusetzen. Deutschland koordiniert das Teilziel „Erhaltung der Natur und der biologischen Vielfalt“.

Auch **Schleswig-Holstein** hat sich in den vergangenen Jahren in den Konsultationsprozess sehr aktiv mit eigenen Vorschlägen und Projekten eingebracht. Dieser Hinweis sei mir gestattet: Es ist ein großer Erfolg der Europapolitik des früheren Europaministers Uwe Döring, dass unser Projektvorschlag „Clean Baltic Shipping“ als Flaggschiff-Projekt in den Aktionsplan aufgenommen wurde.

(Beifall bei der SPD)

Neben dem „Fünf-Punkte-Aktionsplan für eine saubere Ostseeschifffahrt“ hat mit dem Ostseegegeschichtsbuch ein weiterer Vorschlag Schleswig-Holsteins seinen Niederschlag in der EU-Ostseestrategie gefunden. Wir brauchen gerade diese Projekte, um zu einer gemeinsamen Identität in der Ostseeregion beizutragen. Ich finde es sehr gut, dass es Überlegungen gibt, dieses Projekt mit dem Jugendprojekt für das Parlamentsforum „Südliche Ostsee“ zu verknüpfen, weil es auch zu einer gemeinsamen Identität in der Ostseeregion gehört, Jugendliche zusammenzubringen und an dieser gemeinsamen Vision mitarbeiten zu lassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ostsee ist in den vergangenen 20 Jahren von einem trennenden Meer zu einer verbundenen Region geworden. Grenzüberschreitende Arbeitsmärkte entstehen. Es gilt, enorme **wirtschaftliche Potenziale** auszubauen. Wir erleben das in den Regionen um Kopenhagen und Malmö, zwischen Helsinki und Tallinn. Wir haben die große Hoffnung, dass dies auch in der Fehmarnbelt-Region entstehen wird. Das wird aus meiner Sicht die Nagelprobe für die Akzeptanz der festen Belt-Querung in der Region werden.

Wir müssen aber immer ein besonderes Augenmerk darauf haben, dass bei **grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten** die Interessen von Arbeitnehmerin-

(Anette Langner)

nen und Arbeitnehmern nicht unter die Räder kommen. Deshalb gilt unser besonderes Augenmerk auch den Informationszentren für Grenzpendler. Einen weiteren Beitrag zur **sozialen Dimension** stellt das von der EU geförderte und von Gewerkschaften und Arbeitgebern getragene Baltic Sea Labour Network dar. Das sollten wir weiter unterstützen und voranbringen.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten
Anke Spoorendonk [SSW])

Der Europäische Rat hat in seinen Schlussfolgerungen alle Akteure aufgefordert, rasch zu handeln. Das richtet sich natürlich in erster Linie an die nationalen Regierungen. Ich sage aber auch, dass wir für Schleswig-Holstein die Verpflichtung haben, die Dinge, die wir gut auf den Weg gebracht haben, weiter erfolgreich voranzubringen.

Ich hätte hier noch diverse Punkte erwähnen können; leider fehlt mir die Zeit dazu. Ich fordere aber die Landesregierung auf, den guten Weg, den Schleswig-Holstein in der Kooperation und beim Voranbringen der Ostseekooperation gegangen ist, auch weiter zu gehen und dafür zu sorgen, dass wir auf diesem Kurs und diesem Weg bleiben.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Niclas Herbst das Wort.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ja bei der gestrigen Debatte um die Umbenennung des Europaausschusses gelernt, dass es bei einem Antrag nicht so sehr darauf ankommt, was dabei rumkommt, welche Folgen er hat, sondern vor allen Dingen, wie er gemeint ist. Deswegen will ich zunächst einmal sagen, bevor wir in falsches Fahrwasser geraten: Dieser Antrag ist gut gemeint, dafür auch mein Lob.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag ist sogar so gut gemeint, dass ihm jeder zustimmen kann. Genau das ist auch das Problem des Antrags, er bleibt nämlich - vorsichtig formuliert - etwas an der Oberfläche und zählt im Grunde die Überschriften des Aktionsprogramms zur Ostseestrategie auf. Ich denke, man könnte an dieser Stelle - wir müssen nicht gleich eine Enquetekommission dazu gründen - noch viele andere

Punkte in die Debatte einbringen, die von diesem Antrag gar nicht erfasst werden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Insofern möchte ich schon die Frage stellen, ob es wirklich sinnvoll ist

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Umbenennen!)

- ob in der Enquetekommission oder in einem dann umbenannten Ausschuss -, dass hier einige Dinge in den Mittelpunkt gestellt werden und andere nicht, denn Sie haben ja selbst gesagt: Es sind rund **80 Projekte** in dem **Aktionsprogramm** enthalten. Ist es wirklich sinnvoll, dass wir uns sozusagen selbst verpflichten und uns auf einige wenige Projekte beschränken? Warum ist beispielsweise das Thema Schienenverkehr im Ostseeraum - ein ganz vernachlässigtes Thema - nicht darin enthalten?

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir heute immer wieder betont haben, wie ernst wir uns als Parlament nehmen sollten. Wir haben in der - ich glaube - vorletzten Debatte gemeinsam, interfraktionell - ursprünglich auf Antrag der SPD - beschlossen, dass die Landesregierung zeitnah zur Ostseestrategie berichten soll. Aber vorher legen wir schon einmal die Schwerpunkte fest? Das halte ich nicht für sinnvoll.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Das dürfen Sie!)

- Das dürfen wir; wir dürfen so einiges, sinnvoll ist es indes nicht, lieber Herr Kollege.

Ich denke, wir sollten die Gelegenheit im Ausschuss nutzen, den Antrag noch etwas zu erweitern - ich würde natürlich sagen, zu verbessern; ich habe dazu auch einige Vorschläge zu machen und will auf einige Punkte hinweisen.

Dass wir erhebliche Probleme haben, ist angesprochen worden. Wir könnten auch noch etwas ins Detail gehen. Was beispielsweise **Umweltprobleme** angeht, sollten wir schon sagen, dass das größte Problem die Bedrohung der Biodiversität durch den Eintrag von Phosphaten und Nitraten ist und dass wir da eine Vorreiterrolle spielen sollten. Wir sollten darauf hinweisen, dass es eine Menge zu tun gibt. Ich will nur einige Punkte nennen:

Das Kernproblem wird sein, das haben Sie auch angedeutet, dass wir uns überlegen, die vorhandenen **Ressourcen** institutionell und finanziell dabei besser zu bündeln. Dabei müssen wir uns auch überlegen, wie das evaluiert werden kann, denn eine kritische Betrachtung der bisherigen Arbeit einiger Institutionen muss auch dazu führen - auch was Be-

(Niclas Herbst)

richte und Aktionspläne der EU anbetrifft -, zu erkennen, dass diese wenig erfolgreich waren. Diese kritische Bemerkung sei erlaubt. Daran gliedert sich die nächste Kernfrage an, nämlich: Wie kann man politisch eine gemeinsame Agenda formulieren? Das wird zwar von der **Ostseestrategie** gefordert, ist aber natürlich unsere Aufgabe. Auch dazu wird in dem Antrag nichts gesagt.

Dann müssen wir uns darüber unterhalten - es ist ja in der Tat eine Initiative, die weit über die bisherige EU-Regionalpolitik hinausgeht -, wie wir neben der horizontalen Gewaltenteilung in den Ebenen auch eine **vertikale Ebene** einziehen können, unter Einbeziehung nicht nur der regionalen und nationalen Stellen, sondern auch der **Nichtregierungsorganisationen** oder - wie Sie vielleicht sagen würden - Teilen der **Zivilgesellschaft**; darauf können wir uns auch gern einigen.

Dann wäre der nächste Schritt, sich zu überlegen, wie der Ostseeraum **außenpolitisch Relevanz** erlangen kann, denn das muss er; das wird von der Ostseestrategie auch ausdrücklich gefordert. Es bedeutet in allererster Linie: Wie gehen wir mit **Russland** um? Das muss in einen Antrag zur Ostseestrategie unseres Landtages unbedingt hinein. Das ist ein zentraler Punkt. Sie haben ihn zwar genannt, er ist aber im Antrag nicht enthalten.

Dann fällt mit natürlich schon auf, dass die Punkte, die hier genannt werden - das mag Zufall sein - exakt die Punkte sind, die Schleswig-Holstein selbst in die Verhandlungen eingebracht hat, zum Beispiel das Ostseegeschichtsbuch, wie Clean Baltic Shipping, wie gerade das Anerkennen von Berufsabschlüssen diesseits und jenseits der Grenzen. Das sind ja die Dinge, die die Landesregierung - auch die gemeinsam geführte Landesregierung der vergangenen Legislaturperiode - eingebracht hat. Insofern, finde ich, reicht es nicht, wenn der Landtag die Landesregierung sozusagen auffordert, das zu tun, was sie ohnehin macht. Wir sollten eigene Impulse zusätzlich einbringen.

Ich will abschließend noch darauf hinweisen, dass wir natürlich auch auf **nationaler Ebene** eine ganze Menge zu tun haben, nicht nur in Deutschland, sondern beispielsweise auch in Polen. Wenn Sie sich mit polnischen Vertretern unterhalten, fällt doch auf, dass außerhalb der unmittelbaren Ostseeregionen ein relativ geringes Interesse vorherrscht. Wenn wir das erledigt haben, können wir uns auch noch als Liebhaber der Europäischen Union darüber unterhalten, wie der Modellcharakter noch in besonderer Weise gefördert werden kann. Das Stichwort Donauregion haben Sie genannt. Als Europapoli-

tiker sollten wir - auch wenn Sie vielleicht Vegetarier sind - der Suppe auch etwas Fleisch hinzufügen, um nicht nur Deklarationen und Allgemeinplätze zu verkünden, sondern tatsächlich Konkretes zu tun. Dann wird die Akzeptanz der Europapolitik in diesem Hause insgesamt wohl etwas steigen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Kirstin Funke das Wort.

Kirstin Funke [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Ostseestrategie ist es erstmals gelungen, eine Strategie auf makroregionaler Ebene zu verabschieden. Die **Strategie**, so wie sie in dem dazugehörigen Aktionsplan umgesetzt ist, ruht auf **vier Säulen** sowie einer Reihe übergreifender **horizontaler Maßnahmen**, welche die dringlichsten Probleme der Ostseeregion auf den Gebieten Umwelt, Wirtschaft, Infrastruktur und Sicherheit zu erkennen und zu bewältigen versuchen.

Wir müssen die Ostseestrategie auf zwei Ebenen betrachten. Zum einen ganz grundsätzlich: Mit der Ostseestrategie liegt ein neues und innovatives Instrument vor, da sie über den Rahmen der klassischen **EU-Regionalpolitik** hinausweist. Sie signalisiert die Entstehung einer neuen Politikebene innerhalb der Europäischen Union, die **zwischen Nationalstaat und supranationaler Gemeinschaft** angesiedelt ist. Diese Strategie kann Vorbildcharakter für weitere Regionen haben - eine Regionalstrategie für die Donauregion ist ja bereits im Gespräch. Wir können die Strategie dazu nutzen, die Ostseeregion letztlich zu einer Art **Kerneuropa** in der nördlichen Peripherie weiterzuentwickeln, müssen hierfür aber Geduld mitbringen, da sich der Erfolg der Strategie frühestens in mittelfristiger Perspektive zeigen wird.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kooperation hat in der Ostseeregion eine lange Tradition. Es gibt bereits eine Fülle transnationaler Netzwerke, Organisationen und Institutionen, die auch außerhalb der Strukturen der Union bestehen. Die Ostseeregion hat ja bereits die Reputation als Laboratorium und Vorbild transnationaler Kooperation. **Kooperation** muss aber zielführend sein. Die Unübersichtlichkeit der verschiedenen Verflechtungen wird zunehmend

(Kirstin Funke)

als Schwäche erkannt. Es gibt sogar Stimmen, die von Stagnation im Bereich der regionalen Zusammenarbeit sprechen. Die Ostseestrategie bietet hier einen neuen Impuls, um das Profil verschiedener Institutionen zu schärfen und durch ihre Schwerpunktsetzung Ziele und Aufgaben deutlicher zu formulieren. Folge der Strategie darf es aber nicht sein, dass **Doppelstrukturen** geschaffen werden und bei der Umsetzung zum Beispiel durch umständliche Berichtspflichten die Bürokratisierung weiter vorangetrieben wird.

Betrachten wir die andere Ebene, welche selbstverständlich den spannenderen Teil ausmacht! Hier stellt sich die Frage, wie die Strategie ganz konkret für **Schleswig-Holstein** genutzt werden kann.

Die verschiedenen Säulen des **Aktionsplans** wurden mit ihrer nachvollziehbaren Schwerpunktsetzung bereits angesprochen. Gleichwohl muss an dieser Stelle auch Kritik erlaubt sein. Die FDP-Landtagsfraktion hätte sich gewünscht, dass die Themen Bildung, Forschung und Kultur als eigenständige Säule Einzug in die Strategie gefunden hätten. Einige Maßnahmen sind zwar im Wirtschaftsteil des Aktionsplanes verankert, aber aus unserer Sicht wäre es gerechtfertigt gewesen, diesen Bereich zu einem eigenständigen fünften Schwerpunkt zu erheben.

Grundsätzlich ist es auch schwer zu verstehen, warum sich frühere Landesregierungen nicht stärker in den **Konsultationsprozess** zur Ostseestrategie mit eingeschaltet und die Interessen Schleswig-Holsteins durch eigene Stellungnahmen dokumentiert haben.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern hatten damit keine Schwierigkeiten. Dies zeigt, welche Bedeutung Europapolitik bisher hatte.

Meine Herren und Damen, die Richtung muss klar sein: Die Ostseeregion, die quasi ein EU-Binnenmeer darstellt, muss zu einem modernen **Wissens- und Informationsraum** ausgebaut werden. Weiterhin müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, bestehende Schranken und Hindernisse zu überwinden, damit der Ostseeraum zu einer aktiven und pulsierenden **Wirtschaftsregion** wird. Dies kann nur auf Basis einer integrierten Meerespolitik geschehen, wie sie durch die Helsinki-Kommission beschlossen wurde und erneut in der Ostseestrategie aufgegriffen wird.

Die Interessen Schleswig-Holsteins - verschiedene Projekte, die hier interessant erscheinen, wurden ja schon genannt - müssen genau definiert werden, um dann ausgewählte Projektstränge aus dem Aktionsplan in Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Ostseeraum umzusetzen.

Das Feld ist bereitet. Wir müssen die sich uns bietenden Möglichkeiten nutzen. Wir sehen die Ostseestrategie als Chance, die neue Impulse im Bereich der Ostseekooperation setzt. Aber noch einmal: Bestehende Strukturen müssen hierfür genutzt und weiterentwickelt werden, und die Strategie darf kein Ansatzpunkt für weitere Bürokratisierung sein.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Bernd Voß das Wort.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Vorlage der Mitteilung der EU-Kommission zur Ostseestrategie im Juni letzten Jahres und der Annahme durch den Rat Ende Oktober - das war schnell für die europäische Ebene - ist ein 20 Jahre altes schleswig-holsteinisches Bestreben der Landespolitik in die Umsetzungsphase übergegangen. Mit der Definition einer **Politik für Makroregionen** geht die Europäische Union einen neuen Weg, ihre Politik gezielt an den Erfordernissen der jeweiligen Regionen länderübergreifend anzupassen. Die Donau-Strategie ist genannt worden. Für unseren Raum wird eine Strategie für die Nordseeregion von entscheidender Bedeutung sein, die hoffentlich nicht zu viele Jahre auf sich warten lassen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zur **Dimension!** Im Ostseebereich haben wir im Bereich dieser Strategie allein acht Mitgliedsländer der EU. Wir haben über 90 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die hiervon betroffen sind. Mit den internen Instrumenten, aber auch mit vorhandenen Institutionen wie der Nordischen Dimension muss es gelingen, Drittländer wie zum Beispiel **Russland** an den entscheidenden Umsetzungsphasen zu beteiligen, um auch erfolgreich zu sein.

Ich will die Herausforderungen nicht nennen, Frau Langner hat sie bereits genannt. Eines aber noch:

(Bernd Voß)

Es ist nicht ganz unwichtig, dass alles, was umgesetzt wird, auch mit einer Good Governance umgesetzt wird und dass wir deswegen keine neuen Institutionen etablieren, kein neues Geld in die Hand nehmen, aber dass es uns zugleich auch gelingt - das ist für den Landtag wichtig -, demokratische Entscheidungsstrukturen zu halten und auch **demokratische Kontrollen** aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir können die Ziele der Ostsee-Strategie unterstreichen. Ein positives Bild der **Entwicklungspotenziale** dieser Region wird im Dokument gezeichnet. Soweit ein bisschen zur schönen Sprache, die in europäischen Dokumenten steht und auch zu dem schönen Bild, das dort gezeichnet wird. Wir müssen aber auch die Frage nach der Kohärenz dieser Politik für Makroregionen mit den großen europäischen Finanzströmen, die auch in diese Regionen fließen, stellen.

Allein aus der **Kohäsionspolitik** sind es in den Jahren 2007 bis 2013 50 Milliarden €. Hinzu kommen der Regionalfonds und der Sozialfonds mit denen die Wirtschaft gestaltet wird. Nur ein Bruchteil, 1,5 %, fließen in die Bereiche regenerative Energien und Energieeffizienz. Die Mehrzahl der Gelder geht nach wie vor in die alten Techniken. Das muss man sich vor Augen halten. Hier gilt es umzusteuern.

Ein anderes Beispiel: Die Eisenbahn wird von allen ja immer gern abgefeiert als das fortschrittliche **Verkehrsmittel** der Zukunft, auch in diesem Dokument. Wenn wir dann von Hamburg aus mit der Bahn nach Tallin fahren wollen, brauchen wir an die 70 Stunden. Das ist schneller als vor zehn Jahren. Es ist ein Fortschritt da, aber es dauert noch erheblich länger als zur Kaiserzeit.

(Heiterkeit und Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Wir können von Erfolg reden, wenn wir nach diesen fünf Jahren Legislaturperiode - solange sie denn hält - schneller als zur Kaiserzeit mit der Bahn in Tallin sein können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sollten einmal ganz genau nachgucken, wer bei der **Forschungsplattform** mit entscheidet und nach welchen Interessen entschieden wird. Auch wenn uns immer wieder schöne Leuchttürme vorgemacht werden, geht die Masse der Gelder doch in Dinosauriertechnik.

Die **Fischereipolitik**: In sie fließen 1,25 Milliarden € in den kommenden sechs Jahren. Es lässt sich kaum noch erklären, dass sich durch diese Fischereipolitik auf der einen Seite die Umweltsituation dramatisch verschlechtert und auf der anderen Seite auch gerade die Situation kleiner mittelständischer Fischereibetriebe rund um die Ostsee herum dramatisch ist. Wir müssen heraus aus einer mit öffentlichen Mitteln und öffentlichen Instrumenten organisierten Loser-Situation für Umwelt und Fischerei hinein in eine Win-Win-Situation. Das gilt auch ein Stück weit für die Landwirtschaftspolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Marktinstrumente und Marktinstrumentenfehlentwicklung mit öffentlichen Mitteln gerade auch gegen die Ziele dieser Ostsee-Strategie organisiert werden - ich nenne die Umweltsituation und die nachhaltige ländliche Entwicklung, in der Wertschöpfung und Arbeit erbracht werden sollen -, dann muss das anders organisiert werden. Das kann nicht sein, das kann man den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt nicht erklären. Wenn dann der hier auch beschriebene Fonds für ländliche Entwicklung nur als kleiner Fonds besteht, mit dem Fehlentwicklungen kompensiert werden sollen, dann ist das höchstens ein Reparaturfonds, mit dem für den Tourismus Landschaften wieder „möbliert“ werden sollen. Ich will hier keine schlechte Laune verbreiten, aber gerade vor dem Hintergrund der gestrigen Diskussion zur Schuldenbremse, zur Situation der öffentlichen Haushalte, muss ich sagen: Geld kann man nur einmal ausgeben. Das gilt umso mehr, wenn man es zweimal in die Hand nehmen müsste, um gegensätzliche Ziele entsprechend zu bedienen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die **Wirtschaftskrise** hat auch die Ostseeregion nicht verschont, und auch hier kann wirtschaftlicher Fortschritt nur mit sozialem Fortschritt und positiver Umweltentwicklung einhergehen. Europa mit EU 2020, nach der Lissabon-Strategie bis 2010, zur fortschrittlichsten Region weltweit zu machen, hat nicht geklappt, weil man soziale und Umweltaspekte völlig ignoriert hat. Nach der neuen Lissaboner Strategie das bis 2020 zu erreichen, kann nur klapfen, wenn der Green New Deal Grundlage wird. Wir wollen die Ostsee-Strategie als Chance sehen, die großen europäischen Finanzströme effizienter zu nutzen, für eine kohärente Politik, auch für diese Region.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Einen Satz noch! - In der **Umsetzung der Strategie** werden Kommission und Rat eine gewisse Head-Funktion übernehmen, wie es in Europa heißt. Es wird aber an den Ländern und den Regionen liegen, wie schnell sie umgesetzt wird. Von daher ist es gut, dass wir heute den Antrag beraten. Es ist klar: Der Antrag wird in den Ausschuss überwiesen werden, entsprechend nachgebessert werden, und er wird auch von uns mit Kontrollvermerken versehen werden, damit wir eine parlamentarische Kontrolle darüber behalten, was hier ablaufen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich stelle fest, dass die letzten Sätze immer länger werden.

Ich erteile für die Fraktion DIE LINKE Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal hat man Erlebnisse, bei denen man dem anderen zuhört und denkt: O Gott, was sollst du denn jetzt noch sagen? Herr Kollege Herbst, ich danke Ihnen sehr. Sie haben vieles von meiner Kritik in diesem Antrag so ausgedrückt, wie auch ich es ausgedrückt hätte. Das war ja eine durchaus konstruktive und sehr sachliche Kritik, der ich mich in vielen Punkten anschließen kann. Der Kollege Dr. Klug hat uns gerade gesagt, wie sein Politikbild ist, und wie wohl auch das Politikbild dieser Regierung ist: Das Machbare möglich machen.

Wir stellen uns einmal vor, es wäre das Jahr 1948. Die Bundesrepublik liegt zu großen Teilen noch in Trümmern, auch das Land Schleswig-Holstein ist noch nicht - wie der Kollege Fürter es ausdrücken würde - so aufgestellt, wie es aufgestellt sein könnte. Dann sitzen hier Parlamentarier - oder wir denken vielleicht auch, dass wir in Bonn sitzen -, und einer steht auf und sagt: Wir werden versuchen, aus Europa einen Ort des Friedens zu machen - nachdem man gerade diese schrecklichen Ereignisse hinter sich hat. Das ist eine Vision. Diese Vision kann man nicht nach dem Motto verwirklichen: Wir müssen das Machbare möglich machen. Ich glaube einfach, dass es dazu mehr bedarf. Wenn wir dieses

Mehr nicht aus dem politischen Raum entwickeln wollen, wird es von der Regierungsbank nicht kommen. Ich glaube, wir müssen es aus dem **parlamentarischen Raum** heraus entwickeln. Da sind Anträge wie der heutige zur Umsetzung der EU-Ostseestrategie - obwohl ich mich natürlich auch frage, ob wir den nicht letzten Monat schon einmal beschlossen haben - notwendig.

Ich glaube, dass wir über die Diskussion und die breite Übereinstimmung, die wir bei solchen Anträgen haben, zu Schritten kommen, die uns einer Vision näherbringen. Einzelne Schritte sind angesprochen worden, von der FDP, von der CDU und von den Grünen sind Schritte angesprochen worden.

Ich möchte einen weiteren Punkt einbringen. Wenn wir uns die Ostsee angucken, ist das nicht nur ein riesiges Gebiet mit unglaublich vielen Einwohnern, sondern die **Ostsee** ist auch eine **Region**, in der unglaublich viele Waffen produziert werden. Das wäre ein Punkt, der uns am Herzen liegt. Es gab früher einmal das Schlagwort: Ostsee - das Meer des Friedens. Das ist vielleicht unsere Vision. Uns ist schon klar, dass wir nicht innerhalb der nächsten fünf Jahre die **Waffenindustrie** in Europa oder auch nur in der Ostseeregion abbauen können.

(Unruhe)

- Herr Ministerpräsident, Sie dürfen gern eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie möchten,

(Zuruf: Darf er nicht!)

aber Privatgespräche mit anderen finde ich ganz unangenehm, wenn ich hier reden soll.

Wir werden die Waffenindustrie in den Ländern des Ostseeraumes nicht abbauen können, wir werden sie wahrscheinlich nicht einmal in Schleswig-Holstein abbauen können, weil die Mehrheitsverhältnisse einfach so sind, wie sie sind. Aber es könnte doch eine Vision sein, im Rahmen der EU-Ostseestrategie nicht nur Reden über soziale Standards, über wirtschaftliche Zusammenarbeit, über Umweltstandards zu halten. Da haben wir genug zu reden. Wir haben auch genug darüber zu reden, was passiert, wenn die **Fehmarnbelt-Querung**, durch die ständig mit Öl beladene Tanker fahren, plötzlich durch **Brückenpfeiler** verschmälert wird. Wie können wir das überhaupt in den Griff kriegen? Wir können auch darüber reden, ob wir es schaffen, die Ostsee ein bisschen mehr auf den Weg des Friedens zu bringen. So werden wir uns in die Diskussion um diese Anträge einbringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für den SSW erteile ich der Kollegin Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als sich der Europaausschuss im Sommer letzten Jahres in Stockholm über die schwedische EU-Ratspräsidentschaft informierte, stand die **EU-Ostseestrategie** im Mittelpunkt der meisten Gespräche.

In der Präsentation dieser Strategie fiel zum einen auf, dass sich **Bundesregierung** und **Bundestag** sehr viel mehr in der Weiterentwicklung des Ostseeraums engagiert haben als noch vor einigen Jahren. Dieses verstärkte Engagement stand auch Pate bei einem Antrag der Großen Koalition in Berlin, der 2009 im Bundestag debattiert wurde. Vor diesem Hintergrund ist es erfreulich, dass **Deutschland** eine **Führungsrolle** bei der Koordination von Umweltschutzmaßnahmen und der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen übernommen hat. Ich stelle somit in den Raum, dass sich auch die neue Bundesregierung dieser Verantwortung stellt und nicht wieder zurückrudert.

Zum anderen wurde bei der Vorstellung der EU-Ostseestrategie deutlich, wie unterschiedlich sich Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in die Arbeit mit der Umsetzung der genannten Strategie eingebracht haben.

Mecklenburg-Vorpommern klinkte sich frühzeitig in die Konsultationsprozesse der EU-Kommission ein und veranstaltete zum Beispiel schon 2008 zwei Workshops mit Akteuren aus dem Land, die sich in der Ostseekooperation engagieren. Da die Ostseestrategie dezentral umgesetzt werden soll, übernehmen Mitgliedstaaten, Regionen oder Organisationen die Koordinierung der Aktionsbereiche und der verschiedenen Leuchtturmprojekte. Mecklenburg-Vorpommern hat daher die Rolle des Koordinators für den Aktionsbereich Tourismus übernommen.

Anders als Mecklenburg-Vorpommern entschied sich die **schleswig-holsteinische Landesregierung** dafür, sich durch die Bundesebene vertreten zu lassen. In einer der letzten Europaausschusssitzungen vor der Landtagswahl erläuterte Europaminister Döring, wichtiger sei, sich für die Etablierung einer interregionalen Gruppe der Ostseeanrainer im **AdR** stark zu machen - mit dem Ziel, dass diese Gruppe als Bindeglied zwischen Ostseeorganisationen und EU-Einrichtungen fungieren soll. Sie soll sicherstellen, dass die Positionen der Ostseeregionen so-

wohl im Ausschuss der Regionen als auch in der Europäischen Kommission und anderen europäischen Entscheidungsgremien wahrgenommen werden.

Aus Sicht des SSW kommt es vorerst nicht darauf an, die von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eingeschlagenen Wege zu bewerten. Beide haben klare Vor- und klare Nachteile. Ich bin aber der Auffassung, dass es Schleswig-Holstein gut zu Gesicht stünde, mit der EU-Ostsee Strategie offensiver umzugehen, zumal die **Zusammenarbeit** im Ostseeraum - historisch betrachtet - ganz wesentlich auch von Schleswig-Holstein mitgeprägt worden ist.

Das gilt für den Bereich der **Umweltprobleme** genauso wie für die **Schiffssicherheit**, zum Beispiel in der Kadetrinne. Gleichwohl ist es ärgerlich, dass Schleswig-Holstein seine besonderen Kompetenzen - und ich meine, die haben wir in Schleswig-Holstein - bei der Weiterentwicklung eines grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes im Ostseeraum nicht konkreter in den Umsetzungsprozess der EU-Ostsee Strategie eingebracht hat.

Das soll heißen: Der SPD-Antrag zur Umsetzung der EU-Ostsee Strategie in Schleswig-Holstein ist lange überfällig, weil er zu heilen versucht, was meiner Meinung nach bisher versäumt wurde, nämlich die parlamentarische Auseinandersetzung mit der Ostsee Strategie. Wir hinken der Entwicklung also ein wenig hinterher, denn hätten wir die Debatte früher geführt - jetzt kann man sagen, die Landtagswahl kam dazwischen, aber wir hätten sie schon im Frühjahr letzten Jahres führen können - hätten wir uns auch mit der Frage befassen können, ob wir nicht doch den Weg von Mecklenburg-Vorpommern hätten gehen sollen, ob wir nicht beides hätten erreichen können, sowohl in Brüssel aktiv zu sein als auch schneller und früher in den **Konsultationsprozess** eingreifen zu können.

(Vereinzelter Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall der Abgeordneten Kirstin Funke [FDP])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich der Kollegin Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich sehr darüber, dass unser Antrag zu so einer engagierten Debatte beiträgt. Ich glaube, wir

(Anette Langner)

haben selten so engagiert über ein europapolitisches Thema gesprochen. Ich glaube, schon das ist ein Erfolg des Antrags.

Herr Herbst, natürlich reizt mich Ihre Kritik an dem Antrag zu der einen oder anderen Gegenrede, auch wenn das jetzt vielleicht zu fortgeschrittener Stunde am Freitagmittag nicht ganz so gern gesehen wird. Aber das eine oder andere muss man doch noch einmal geraderücken.

Zu Herrn Jezewski möchte ich sagen - der ist jetzt gar nicht mehr hier -: Natürlich haben wir eine **Vision** von Europa. Ich glaube, wir haben die schon sehr viel länger, eindeutiger und klarer formuliert als die Partei DIE LINKE das bislang zum Thema Europa gemacht hat. Die ganzen Aktivitäten gerade aus Schleswig-Holstein heraus, was parlamentarische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit der Gremien im Ostseeraum angeht, haben dazu beigetragen, die Ostsee zu einem wirklichen Meer des Friedens und der Zusammenarbeit zu machen. Ich habe viel Erfahrung in der parlamentarischen Auseinandersetzung im Ostseeraum, und es trägt wirklich zu einem länderübergreifenden Verständnis bei, wie wir das in anderen Regionen selten haben.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Ich freue mich natürlich auch sehr über die Unterstützung der Kollegin Spoorendonk zur parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Thema, weil mein Eindruck auch der ist, dass es natürlich nicht sein kann - so wie der Kollege Herbst das gesagt hat -, dass wir warten, bis die Regierung uns hier etwas vorlegt. Es ist im Gegenteil **Aufgabe des Parlaments**, unsere Schwerpunkte zu benennen und zu sagen, an welchen Stellen aus unserer Sicht die Ostseestrategie weiter verfolgt werden soll. Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, sich mit einem Sammelsurium von Projekten zu beschäftigen, sondern ich halte es für absolut wichtig - gerade für ein Land wie Schleswig-Holstein - **Leitprojekte** zu definieren, an denen wir die Umsetzung der Ostseestrategie auch ganz deutlich machen.

Natürlich ist diese Ostseestrategie genau der richtige Weg, um **Doppelstrukturen** abzubauen. Es geht gerade bei dieser Ostseestrategie darum, keine Doppelstrukturen entstehen zu lassen.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um etwas mehr Aufmerksamkeit für die Rednerin. - Danke schön.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Antje Jansen [DIE LINKE])

Anette Langner [SPD]:

Vielen Dank, das ist sehr nett. Es geht gerade nicht darum, Doppelstrukturen aufzubauen, es geht auch nicht darum, bei der Knappheit der öffentlichen Kassen, die wir haben, Geld an vielen verschiedenen Stellen für die gleichen Ziele auszugeben. Meine Erwartungshaltung an die Landesregierung ist ganz klar, dass sie sich auch auf den Weg der Umsetzung macht, um finanzielle Ströme zu bündeln, die Dinge, die wir in Landesprogrammen festhalten, auf die Ziele der Ostseestrategie zu bündeln, so dass wir dort **Synergieeffekte** haben und die Dinge entsprechend zielgerichtet umsetzen können.

Ich glaube, dass es wichtig ist, dass wir alle diese Punkte im Europaausschuss weiter diskutieren, weil es für Schleswig-Holstein von enormer Wichtigkeit ist, in der Konkurrenz der Großregionen - in der **Nordsee** entsteht auch so eine Region, und auch die Donauregion -, noch einmal klar und deutlich zu machen, wo unsere Zielsetzungen, unsere Schwerpunkte sind und wie wir als Schleswig-Holstein, als Land zwischen den Meeren, dort ein eigenes Profil gewinnen können und daraus eine Dynamik für unsere weitere Entwicklung ziehen können.

Ich glaube, wir haben genug Stoff, den wir weiter im Europaausschuss diskutieren können. Ich freue mich auf die Debatte dort.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst einmal, Frau Langner, muss ich den Kollegen Herbst etwas in Schutz nehmen. Er hat nämlich nicht gesagt, dass man warten soll, bis die Regierung etwas vorlegt, sondern Kollege Herbst hat ganz deutlich gesagt, dass die Debatte darüber im Ausschuss geführt wird und unsere Fraktion dazu sicher noch einiges einbringt. Das bereichert, und ich glaube, das ist doch Sinn einer solchen Debatte. Im Grunde genommen sind wir uns doch darüber einig, was wir dort zu tun haben.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Ich gestatte mir eine Anmerkung zu Herrn Jezewski. Ich sehe ihn jedoch nicht.

(Zuruf von der LINKEN)

- Das sagen Sie. Entschuldigen Sie einmal. Er hat geredet und im Grunde genommen gehört es sich, dass man auch bei anderen, die zum selben Thema reden, zuhört. Aber das kann man ja noch lernen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Er hat von den **Visionen** gesprochen, die 1948 dort gewesen sind, und von der Unfähigkeit von Regierung, so etwas umzusetzen.

Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle sehr deutlich: Ich bin sehr stolz darauf, dass es Bundeskanzler wie Konrad Adenauer, Willy Brandt und Helmut Kohl gegeben hat, die bei uns Visionen umgesetzt haben und ich 63 Jahre alt werden kann - wenn ich meinen Geburtstag in vier Wochen erlebe -, ohne dass ich einen Krieg erlebt habe. Ich glaube, das ist eine tolle Leistung dieser Bundeskanzler und dieser Regierungen gewesen. Das nur vorweg. Ich glaube, dies sollten wir ruhig einmal sagen.

Zur Diskussion stehen die Ostseestrategie und die Aufforderung an die Landesregierung, hier tätig zu werden. Wir brauchen dazu keine Aufforderung. Die Ostsee ist für Schleswig-Holstein ein ausgesprochen natürliches Handlungsfeld. Die **Landesregierung** hat sich konstruktiv und erfolgreich in den **Konsultationsprozess** zur EU-Ostseestrategie eingebracht. Zwei Anliegen standen dabei im Vordergrund - Frau Langner ist darauf eingegangen -, zum einen die **Meerespolitik** mit der Initiative Clean Baltic Shipping, zum anderen die **Ostsee-Identität** mit der Initiative für ein Ostseegeschichtsbuch. Beide Initiativen haben Eingang in den Aktionsplan gefunden.

Die Ostseestrategie dient 15 **Prioritäten**. Uns war es immer besonders wichtig, den Ostseeraum zu einer **Modellregion** für saubere Schifffahrt zu entwickeln. Gerade wir Schleswig-Holsteiner haben uns dafür stark gemacht, dass dieses Ziel fest verankert wird, und das haben wir auch erreicht. Damit den gesetzten Prioritäten der Ostseestrategie auch Taten folgen, sind jeweils bestimmte Mitgliedsstaaten für die Umsetzung zuständig. Für die Priorität „Saubere Schifffahrt“ hat Dänemark die Verantwortung übernommen. Die Staatskanzlei wird sich an der Umsetzung der Projekte und Aktionen in diesem Prioritätenfeld aktiv beteiligen.

Wir haben den Vorsitz in der BSSSC-Arbeitsgruppe Meerespolitik. **BSSSC** - das sei noch einmal al-

len gesagt - steht für Baltic Sea States Subregional Co-operation, ein politisches Netzwerk in der Ostseeregion.

Daneben unterstützen wir die Entwicklung des **INTERREG-Projekts „Green Ferries“**. Mit ihm setzen wir auf transnationale Zusammenarbeit, mit ihm greifen wir die Clean-Baltic-Shipping-Initiative auf. Hier winken 75 % europäische Fördermittel. Ich meine, das ist ein förderwürdiges unterstützenswertes Projekt.

Meine Damen und Herren, die Initiative für ein **Ostseegeschichtsbuch** wurde ebenfalls in den Aktionsplan zur Ostseestrategie aufgenommen. Ich halte das für gut und wichtig. Denn Herkunft und Zukunft sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir mit einer gemeinsamen Politik für den Ostseeraum Erfolg haben wollen, dann müssen wir die Menschen an der Ostsee dafür gewinnen. Je mehr Bedeutung große Regionen in der europäischen Politik bekommen, um so wichtiger ist, die gemeinsame Identität zu stärken. Was legt bei uns mehr Zeugnis ab, wenn nicht unsere gemeinsame Kultur und Geschichte? Das zu dokumentieren und klarzustellen kann nur von Vorteil sein.

Der Ostseeraum ist ein Raum, der viel miteinander verbindet. Deshalb unterstützen wir die Entwicklung eines Konzeptes für das Ostseegeschichtsbuch und helfen bei der Akquirierung von Finanzierungsquellen. Gleichzeitig unterstützen wir die Entwicklung eines INTERREG-Projekts.

Die gemeinsame Auseinandersetzung mit der **politischen Vergangenheit** im Ostseeraum fördert das gegenseitige Verständnis. Sie trägt auf diesem Weg dazu bei, auch Handelshemmnisse zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten des Ostseeraums weiter zu fördern. Das EU-Ostseeprogramm, besser bekannt unter der Bezeichnung INTERREG, ist in diesem Zusammenhang ein wertvolles Instrument. Es ist ein Instrument, das die Landesregierung weiterhin nutzen wird, zumal die Kofinanzierungsmittel für Projekte nicht die Landeskasse belasten, sondern von den Projektbeteiligten zu tragen sind.

Natürlich beschränken wir uns im Rahmen der Ostseezusammenarbeit nicht nur auf diese Vorzeigebispiele. Die EU-Ostseestrategie beabsichtigt, die **spezifischen Chancen der Region** gezielt und gemeinsam zu nutzen und für die besonderen Herausforderungen der Region auch gemeinsame Lösun-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

gen zu finden. So kann sich die Region einen zusätzlichen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Davon wollen auch wir profitieren.

Ich habe mich beim Bund und in Kopenhagen dafür eingesetzt, dass wir gerade in dem Bereich, den Anke Spoorendonk angesprochen hat, nämlich die **Kooperation** auf dem Arbeitsmarkt, Fortschritte erzielen bei der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen. Auch hier sind Ergebnisse absehbar. Wir hoffen, dass im kommenden Sommer eine gemeinsame Erklärung über die generelle Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse unserer beiden Länder vom Bund und von Dänemark unterzeichnet wird.

(Beifall beim SSW)

Meine Damen und Herren, was die SPD-Fraktion ansonsten an Initiativen fordert, findet sich bereits in den bereits beschlossenen Prioritäten des Aktionsplans zur Ostseestrategie wieder. Die Koordination der Umsetzung obliegt, wie gesagt, einzelnen Mitgliedstaaten, die bereits benannt sind. Diese Landesregierung wird die Mitwirkung daran im Interesse Schleswig-Holsteins und mit Blick auf die personellen und finanziellen Ressourcen prüfen und nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Aufgrund der Redezeit des Ministerpräsidenten haben alle Fraktionen das Recht auf einen weiteren Beitrag von eineinhalb Minuten. Falls dies nicht gewünscht wird, kommen wir zur Abstimmung.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Wer dem zustimmen will, dass die Drucksache 17/159 an den Europaausschuss überwiesen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Tagesordnungspunkt 28 erledigt und der Antrag an den Europaausschuss überwiesen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW
[Drucksache 17/178 \(neu\)](#)

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
[Drucksache 17/212](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Das Wort hat der Herr Abgeord-

nete Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorgestern haben wir der Opfer des Faschismus gedacht, den vielen Menschen auch aus Schleswig-Holstein, die den Verbrechen und dem Völkermord der Nazis zum Opfer gefallen sind. Viele Verfolgte hatten damals vergeblich versucht, Asyl in anderen Ländern zu erhalten. Ihnen wurde oftmals die Einreise verwehrt. Schutzlos blieben sie der nationalsozialistischen Willkür ausgesetzt.

Nicht zuletzt diese schreckliche Tatsache führte dazu, dass im Grundgesetz das Grundrecht auf Asyl verankert worden ist. In der Praxis ist dieses Asylrecht immer weiter eingeschränkt worden, zuletzt auch durch die europäische Integration, Stichwort Schengener Abkommen.

Ich persönlich messe den Zustand einer Gesellschaft daran, wie sie mit den Schwächsten ihrer Mitglieder umgeht. In der Debatte zu diesem Thema am 27. Februar 2008 hat der damalige Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Folgendes ausgeführt. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis:

„Durch den Umgang mit Fremden, so hat uns mancher Philosoph gesagt, entscheidet sich erst, wie human, wie zivilisiert eine Gesellschaft ist.“

Ich möchte hier für mich persönlich hinzufügen: Ich kann es nicht ertragen, ich kann es nicht aushalten, dass ein Mensch, der bei uns Schutz sucht, egal, ob er aus einem sogenannten sicheren Drittland oder woher auch immer einreist, einfach abgeschoben wird.

Menschen, die vor Hunger, Krieg, Leid, **Verfolgung** fliehen oder die aus **ökonomischen** oder **sozialen Gründen** fliehen, brauchen Hilfe und Solidarität. Dies gilt insbesondere für **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge**. Welches Leid haben diese Jugendlichen zu ertragen: Verlust von Familienangehörigen, von Bezugspersonen, physische und psychische Gewalt in den Herkunftsländern. Und dann nach einer längeren ungewissen Odyssee erwartet sie hier ein **bürokratisches System**, auch bei uns in Schleswig-Holstein, welches sie oftmals als Störenfriede ansieht. Allein 2008 sind 96 minderjährige Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in Obhut genommen worden, eine Zahl, die in meinen

(Ulrich Schippels)

Augen die Notwendigkeit einer **Clearingstelle** mehr als belegt.

Schleswig-Holstein ist **Transitland** für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Viele sind eigentlich auf dem Weg **nach Skandinavien**, wo sich manchmal auch schon Familienangehörige befinden. Zunehmend werden solche Jugendlichen von der Bundespolizei wegen der fehlenden Grenzübertrittspapiere in den Zügen, auf Fähren oder auf den Autobahnen aufgegriffen und den örtlich zuständigen **Jugendämtern zur Inobhutnahme** gemeldet. Den Jugendämtern aber stehen zur Unterbringung dieser Jugendlichen nur die jeweiligen Kinder- und Jugendnotaufnahmeeinrichtungen der Kreise zur Verfügung. Die jedoch sind personell - Stichwort fehlende Dolmetscher - nicht auf diese besondere Gruppe und deren sehr spezifische Bedürfnisstruktur und auch Motivation vorbereitet.

Der bisherige Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zeigt deutlich: Wir brauchen eine Clearingstelle, die eine altersgerechte und spezifische Betreuung bieten kann. Es muss dabei auch darum gehen, Menschen Zukunftschancen zu eröffnen. Gemeinsam mit den Jugendlichen könnten in einer Clearingstelle Zielsetzung und Strategien erarbeitet werden, die es den Jugendlichen ermöglichen, Entscheidungen mit größtmöglicher Selbstständigkeit zu treffen. Wir wünschen uns, dass ein freier Träger, zum Beispiel Lifeline, mit der Arbeit hier in Schleswig-Holstein beauftragt wird.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete Flüchtlinge ist keine Frage der Ideologie, es ist eine Frage der Menschlichkeit. In vielen Bundesländern, unter anderem auch in Bayern, gibt es solche Clearingstellen. Deshalb appelliere ich auch an die Abgeordneten von CDU und FDP, dem jetzt gemeinsamen Antrag der Oppositionsfractionen doch noch zuzustimmen. Wenn es denn in den Ausschuss geht, dann bitten wir dort mindestens um eine wohlwollende Prüfung.

Der **Konflikt** zwischen **jugendrechtlichen** und **ausländerrechtlichen Bestimmungen** muss endlich gelöst werden, und zwar eindeutig im Sinne der jugendrechtlichen Gesetzesbestimmungen.

Der letzte Satz: Eine nicht jugendgerechte Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, zum Beispiel in der Scholz-Kaserne in Neumünster - das ist immer wieder vorgekommen -, darf es nicht mehr geben. Geben Sie sich einen Ruck!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Hans-Jörn Arp das Wort. - Herr Kollege Arp, Sie haben das Wort!

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Nicht zu diesem Thema, zu einem anderen Thema!)

- Dann möchte ich gern hören, wer für die CDU-Fraktion sprechen soll. - Entschuldigung, Frau Damerow!

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich übernehme das jetzt für meinen Kollegen Hans-Jörn Arp.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge** war von Herbst 2007 bis Januar 2009 mehrfach Thema im Innen- und Rechtsausschuss und im Landtag. Herr Schippels, wir haben hier frühzeitig die Bedeutung dieses Themas und auch den Handlungsbedarf erkannt. Auf Grundlage eines Berichts des damaligen Innenministers nach einer schriftlichen Anhörung und auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses beschloss der Landtag, keine zentrale Clearingstelle einzurichten. Jedoch sollte den **Kreisen und kreisfreien Städten** empfohlen werden, mit Unterstützung des **Landesjugendamtes** eine einheitliche Verfahrensweise in diesem Bereich zu entwickeln. Es wird interessant sein zu hören, wie weit hier das Sozialministerium gekommen ist.

Die Einzelheiten der damaligen Debatte sind in den entsprechenden Plenar- und Ausschussprotokollen nachzulesen. Ich denke, die Betroffenen, die sich vorbereitet haben, haben das auch gelesen. Dass CDU und FDP darüber hinausgehenden Handlungsbedarf sehen, können Sie dem Koalitionsantrag der regierungstragenden Fraktionen entnehmen. Da der letzte Bericht der Landesregierung mittlerweile über zwei Jahre alt ist, halten wir es für geboten, zunächst einmal einen aktuellen Bericht der Landesregierung zu erhalten. Vor allen Dingen müssen die **örtlichen Träger der Jugendhilfe**, die hier zuständig sind, unbedingt mit einbezogen werden.

Da wir, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion, diesen **Bericht** in unserem heutigen Antrag fordern, halte ich es an der Stelle nicht für sehr sinnvoll, schon zu diskutieren, bevor wir die Ergebnisse dieses Berichtes kennen. Ich hätte mir also gewünscht, dass wir dieses Thema in der nächsten Plenarsitzung ausführlich diskutieren. Heute sind bestenfalls

(Astrid Damerow)

allgemeine Absichtserklärungen möglich, philosophische Betrachtungen, aber wahre Handlungsempfehlungen werden wir heute nicht diskutieren können.

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns auf den Bericht warten. Dann werden wir hier erneut debattieren, dann auf belastbarer Grundlage, und dann werden wir hoffentlich zu einem guten Ergebnis kommen. Das halte ich für seriös, und das haben vor allen Dingen die betroffenen Kinder und Jugendlichen so verdient.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Kollegin Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In diesem gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen geht es um eine **zentrale Anlaufstelle** für minderjährige Flüchtlinge. Zurzeit ist es so, dass es in Schleswig-Holstein kein einheitliches Konzept gibt. Seit Oktober 2005 ist das **Jugendamt** durch die Regelung des **§ 42 SGB VIII** berechtigt und auch verpflichtet, einen unbegleiteten Flüchtling in seine **Obhut** zu nehmen. Hierbei ist nicht relevant, ob der unbegleitete minderjährige Jugendliche Deutschland beziehungsweise Schleswig-Holstein „nur“ als Transitland durchläuft oder nicht. Die Rechtslage ist hier eindeutig. Die 16- und 17-jährigen minderjährigen Flüchtlinge haben einen Anspruch auf eine **vorläufige Schutzgewährung**.

Die zuständigen Jugendämter haben neben der Inobhutnahme des Jugendlichen einem umfangreichen Katalog von Handlungsanweisungen Folge zu leisten, wie zum Beispiel: Primärzuständigkeit für die Erstunterbringung, Erstversorgung, eine jugendgerechte Betreuung nach den Jugendhilfestandards, Information der Ausländerbehörde, geltende ausländerrechtliche Bestimmungen mit den jugendrechtlichen Bestimmungen in Einklang bringen - ich möchte gerne wissen, was daran so lustig ist, Herr Integrationsbeauftragter -, die Entscheidung für oder gegen einen Asylantrag aus humanitären Gründen gemäß Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes oder Rückkehr zur Familie ins Herkunftsland und ob entsprechend der Dublin-II-Verordnung eine Familienzusammenführung im Drittland möglich ist, ob Schiebung oder Abschiebung erforderlich ist, und, und, und.

Nun ist zu prüfen, ob es nicht vielleicht sinnvoll wäre, eine **zentrale Anlaufstelle für minderjährige Flüchtlinge** einzurichten, um den Bedürfnissen gerecht zu werden, wo durch besonders ausgebildete Fachkräfte die nötige Infrastruktur vorgehalten wird und die Jugendlichen eine bedarfsgerechte Versorgung erhalten könnten.

Da es sich hier um ein sehr komplexes Verfahren handelt und es noch weiteren **Informationsbedarf** gibt, möchte ich den Antrag an den Ausschuss überweisen lassen, um dort im weiteren Verfahren die Ausführungen der Betroffenen und des Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in die Entscheidungsfindung mit einbeziehen zu können.

Meine Damen und Herren, Punkt 4.3.6 des Erlasses des Innenministers vom 25. Februar 2008 über die Durchführung der **Abschiebehaf** sieht vor, dass bei Jugendlichen, die das 16., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, ein Haftantrag nur dann gestellt werden soll, wenn die Haft für die Sicherung der Abschiebung **unabdingbar** erscheint. Die Ausländerbehörden müssen daher vorab in Abstimmung mit dem zuständigen Jugendamt klären, ob eine anderweitige Unterbringung im Sinne des § 42 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII möglich und geeignet ist. Trotzdem ist es in den vergangenen Jahren in Einzelfällen immer wieder vorgekommen, dass Jugendliche in Abschiebehaf gekommen sind.

Ich muss auch darauf hinweisen, dass die Anordnung von Abschiebehaf nach Punkt 4.3.4 dieses Erlasses auch gegen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren zulässig ist, wenn diese als „unumgänglich“ angesehen wird. Wir sind uns hoffentlich alle darüber einig, dass wir alles tun wollen, um jugendlichen Flüchtlingen die Unterbringung in Abschiebehaf zu ersparen. Es dient auch nicht gerade dem Ansehen unseres Landes, wenn wir den hier lebenden Kindern und Jugendlichen den größtmöglichen Schutz des Staates vor Vernachlässigung, Misshandlung und Traumatisierung bieten wollen, bei den jugendlichen Flüchtlingen aber einen anderen Maßstab anlegen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorschlag zur Einrichtung einer **Clearingstelle** ist nach Auffassung meiner Fraktion der effektivste Weg, dies zu verhindern und den Betroffenen wirksam zu helfen. Wir sind auch dazu verpflichtet, die Verantwortlichen vor Ort mit diesem Problem nicht alleinzulassen. Hier ist auch zu begrüßen, dass sich die Koalitionsfraktionen mit ihrem Berichtsantrag dem Thema nähern wollen. Die von der Landesre-

(Serpil Midyatli)

gierung angeforderten Informationen dürfte diese aber bereits im Wesentlichen in dem Bericht „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ vom 25. September 2007 vorgelegt haben, der wiederum Gegenstand umfänglicher Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss der letzten Wahlperiode war. Wir haben daher kein Informations-, sondern ein Handlungsdefizit und sollten uns nicht mit unnötigen Berichtsansforderungen aufhalten, sondern handeln.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Gerrit Koch das Wort.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE beantragte in ihrem ursprünglichen Antrag, Clearingstellen für junge Flüchtlingsopfer quasi sofort einzurichten. CDU und FDP haben hingegen vereinbart, die Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zunächst zu prüfen. Das macht auch Sinn. Wir machen keine Schnellschüsse, sondern wir schauen uns zunächst den Status quo an, bevor eine fundierte Entscheidung getroffen werden kann.

(Zurufe)

- Nun murmeln Sie nicht schon wieder. Ich glaube, dieses Mal treffe ich auf mehr Zustimmung als vorher. Ich erkenne an, dass der jetzt vorliegende gemeinsame Antrag der Oppositionsparteien nicht mehr von ungenauen Rechtsbegriffen strotzt, wie es der vorherige alleinige Antrag der LINKEN noch getan hat. Ich freue mich, dass nun offensichtlich ein Kenner der Materie den Antrag formuliert hat. Dennoch kann dieser Antrag die Zustimmung von CDU und FDP zu diesem Zeitpunkt und in dieser Fassung noch nicht finden. Gleichwohl - und das kann ich für die FDP-Fraktion sicher und mit Nachdruck sagen - teilen wir das Anliegen des Antrags und sind auch grundsätzlich der Auffassung, dass ein **Clearingverfahren** für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geregelt sein muss.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre in unserem Sinne, wenn am Ende der Prüfung durch die Landesregierung die Einrichtung einer Clearingstelle stünde, in welcher Organisationsstruktur auch immer.

Der letzte umfassende Bericht der Landesregierung zu diesem Thema entstammt dem Jahr 2007. Darin legte der Innenminister umfassend dar, wie der damalige Stand war. Es zeigte sich, dass nur ein Teil aller Kreise und kreisfreien Städte in der Lage war, statistisch verwertbare Angaben zu Anzahl und Status unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zu machen. Insbesondere bei den Inobhutnahmen gab es nur Zahlen bis 2005. Der **Beauftragte für Flüchtlingsfragen** bezeichnete den Bericht damals als unzureichend und die Datenlage als dürftig. Der Bericht gab auszugswise den seinerzeitigen Diskussionsstand zum Thema Clearingstelle an und auch eine bestimmte Tendenz in der Entwicklung von Fallzahlen und den verschiedenen Verfahrensweisen auf **Kreisebene**. Er ist aber aufgrund seines Alters nicht wirklich geeignet, aktuell eine ausreichende Entscheidungsgrundlage zu bieten.

Um heute dazu eine zielführende und für die Betroffenen sinnvolle Diskussion führen zu können, hätte ich es befürwortet, wenn wir diesen Tagesordnungspunkt vertagt hätten, bis ein neuer Bericht der Landesregierung vorliegt, den CDU und FDP im Rahmen eines Änderungsantrags heute beantragen. Unser Änderungsantrag zielt darauf ab, kurzfristig aktuelle Zahlen und einen Überblick über den Sachstand in Kreisen und kreisfreien Städten zu erhalten, mit denen wir in die Lage versetzt werden, eine fundierte Diskussion zu führen.

(Beifall bei der FDP)

Um nicht missverstanden zu werden: FDP und CDU ist durchaus bewusst, dass dieses Thema auch unabhängig von Fallzahlen einer eingehenden Befassung und Beratung, aber auch einer zeitnahen Entscheidung bedarf. Das Schicksal gerade minderjähriger Flüchtlinge, die ohne Familie oder andere Kontaktpersonen in Schleswig-Holstein aufgegriffen werden, kann und darf uns nicht egal sein. Wir wissen alle, dass es diese Flüchtlinge gibt. Doch wie viele sind es aktuell? Wie verteilen sie sich auf das Land Schleswig-Holstein? Wie werden sich die Fallzahlen zukünftig entwickeln? Wie wird bisher durch die örtlichen Träger der Jugendhilfe mit diesen Flüchtlingen umgegangen? Ohne Antworten auf diese und weitere Fragen können wir uns doch nicht ernsthaft in der Lage sehen, schon heute nur eine Richtung vorzugeben, wie sie der Antrag der Oppositionsparteien enthält.

Ihre Fraktionen haben sich bereits darauf festgelegt, dass es eine - dann ja wohl zentrale - Clearingstelle geben soll. Die Linken hatten ursprünglich noch die Einrichtung mehrerer Clearingstellen gefordert. Wer von uns kennt heute den Bedarf wirklich? Wer

(Gerrit Koch)

von uns kann sagen, was mehr Sinn macht: Eine zentrale oder eine dezentrale Clearingstelle? Zentrale oder dezentrale Unterbringung der betroffenen Flüchtlinge? Eine ganz entscheidende Frage ist: Wer trägt die Kosten dieser Einrichtung? Die Kreise, das Land oder alle gemeinsam? Der Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat „Lifeline“ trägt zum Beispiel vor, dass das **Clearingverfahren** ein sehr komplexes Verfahren sei, das ein Netzwerk benötige, in dem verschiedene Behörden und Fachkräfte kooperativ zusammenarbeiten. Auch mit solchen Vorschlägen müssen wir uns beschäftigen, bevor wir uns endgültig festlegen.

Meine Damen und Herren, ohne belastbare Zahlen und aktuelle Fakten können wir keine seriöse Antwort darauf finden. Ich empfehle, zunächst die mit unserem Berichtsantrag angeforderten Zahlen, Sachstände und weiteren Informationen abzuwarten und dann zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

(Beifall bei FDP und CDU - Unruhe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich möchte darum bitten, den Plenarsaal weniger für bilaterale Debatten zu nutzen. Es ist sehr unruhig. Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Luise Amtsberg für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit langer Zeit fordern Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbände die Errichtung einer Clearingstelle hier in Schleswig-Holstein. Sie, die sich im täglichen Umgang mit den einzelnen Schicksalen von Menschen, die aus Kriegs- und aus Krisengebieten zu uns kommen, um Schutz zu suchen, befinden, haben sich bereits in der letzten Legislaturperiode für die Errichtung dieser Clearingstelle ausgesprochen. Mit § 42 SGB VIII wird das **Jugendamt** verpflichtet, minderjährige Flüchtlinge in Obhut zu nehmen, sollten diese sich ohne Vormund in Schleswig-Holstein aufhalten. Der Gesetzgeber sichert somit ganz ausdrücklich den rechtlichen Anspruch minderjähriger Flüchtlinge auf Schutz zu, zu Recht, denn wir haben es hier mit einer ganz besonderen Schutzbedürftigkeit zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder, die Unerträgliches erduldet haben, für die Bürgerkrieg und Krieg zum Alltag wurden, die aus dieser Hoffnungslosigkeit heraus den langen Weg

der Flucht auf sich genommen haben, um hier Schutz zu finden, haben ihre Eltern und Geschwister verloren. Sie haben Gewalt erfahren und sind in den meisten Fällen schwer traumatisiert. Es sind Kinder, die lange keine Kinder oder Jugendliche mehr sein durften. Es ist nur menschlich, wenn wir uns diesen jungen Menschen mit ganz besonderer Hingabe widmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kam hier bei uns vor, dass Minderjährige in **Abschiebehaft** sitzen oder in **Gemeinschaftsunterkünften** untergebracht werden. Das ist meiner Ansicht nach einer der größten Indikatoren dafür, dass wir hier unserer menschlichen, aber auch unserer politischen Verantwortung keineswegs gerecht werden. Kinder haben in Abschiebehaft und in Gemeinschaftsunterkünften absolut nichts verloren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Meine Fraktion, die Grünen, spricht sich mit Nachdruck für die Errichtung einer Clearingstelle durch einen **unabhängigen Träger** aus. Lassen Sie mich erklären, warum wir das fordern: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Clearingstelle müssen das entsprechende Wissen über asylrechtliche Angelegenheiten haben. Sie müssen die Möglichkeit einer Familienzusammenführung prüfen können, sie müssen geeignete Vormünder finden, eine sozialpädagogische Betreuung besonders im Umgang mit den Krisensituationen leisten können, in denen sich diese Menschen befinden, und sie müssen Schul- und Sprachförderungen gewährleisten; das alles vor dem Hintergrund, dass wir es hier mit jungen Menschen zu tun haben, die bei ihrer Ankunft einfach noch kein Deutsch sprechen können. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie bitte sollen die Jugendämter das alles noch bewerkstelligen können?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Ich glaube, dass es wahrlich keiner großen Anstrengungen bedarf, um zu erkennen, dass der Bedarf einer Clearingstelle absolut gegeben ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion und auch von der FDP-Fraktion, ich erkenne mit Wohlwollen, dass Sie sich dieser Idee nicht gänzlich verschließen. Ein bisschen enttäuscht bin ich allerdings über den Weg, den diese Debatte hier geht. Ihr Argument für einen Berichtsantrag, den Sie unserem Antrag beistellen - oder wie auch immer - lautet, dass Ihnen Informationen über den Sachstand fehlen oder dass die Informationen veral-

(Luise Amtsberg)

tet sind. Das irritiert mich ein bisschen. Frau Dame-row, bei Ihnen lasse ich etwas Milde walten. Von Ihrer Fraktion habe ich nicht erwartet, dass Sie up to date ist. Zum Hintergrund: Im November hat dazu in Kiel eine Fachtagung stattgefunden. Man hätte dort hingehen können. Dort gab es Zahlen, Ergebnisse und Handlungsvorschläge. Wir haben also alles vorliegen. Ich finde es trotzdem in Ordnung, dass wir einen Berichts Antrag stellen, das sei nur nebenbei gesagt. Ich denke aber, dass es Sinn macht, das an den Ausschuss zu überweisen, um endlich mit dem Handeln anzufangen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Lieber Kollege Koch, nach Ihrem Beitrag von heute Morgen zur Enquetekommission fällt mir nicht viel Mildes mehr ein. Ihnen ist aber sicher bewusst, dass Ihre Fraktion diesen Antrag mit uns Grünen und dem SSW schon einmal eingebracht hat?

(Gerrit Koch [FDP]: Nein!)

Er wurde von Experten bewertet und in diesem Haus diskutiert. Sie haben sich dahintergestellt. Ich frage Sie: Was an der Situation hat sich denn jetzt für diese Kinder geändert, um die es hier geht?

(Gerrit Koch [FDP]: Der Wortlaut hat sich geändert!)

- Der Wortlaut, interessant! Das ist wirklich interessant. Man lässt jetzt wieder zwei Monate ins Land gehen, bevor man anfängt, hier zu handeln. Das halte ich für ungünstig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD und der LINKEN)

Sie schreiben in Ihrem Koalitionsvertrag - darüber waren wir überrascht; wir haben schon in der letzten Plenartagung darüber gesprochen -, dass der Bedarf einer Clearingstelle geprüft werden soll. Drei Monate hatten Sie dafür Zeit. Der zuständige Minister, Herr Schmalfuß, kommt auch aus Ihren Reihen. Wann, liebe Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Parteien, können wir denn endlich mit Ergebnissen in dieser Sache rechnen?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich sage Ihnen: Bis zum nächsten Jahr wird die grüne Fraktion nicht mehr warten.

Zum Schluss noch ein Gedanke. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, welchen Beitrag ein menschenwürdiger, vor allen Dingen ein sensibler Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen für unsere Integrati-

onspolitik leistet. Insofern wundere ich mich doch stark, Herr Lehnert. Wir haben heftig darüber diskutiert, wie viel Sinn es macht, jemanden, der überhaupt nichts mit Integrationspolitik zu tun hat, als Integrationsbeauftragten mit zusätzlich Geld und Infrastruktur auszustatten. Aber gut, Herr Lehnert, vielleicht tue ich Ihnen unrecht. Dann tut es mir leid.

Sie haben sich in Ihrer Tätigkeit sicherlich damit auseinandergesetzt und können drei Minuten nach vorn kommen und uns erklären, wie Sie die Situation einschätzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU- und FDP-Fraktion, verstehen Sie mich nicht falsch: Ich möchte Sie nicht angreifen, auch wenn ich es getan habe.

(Lachen - Christopher Vogt [FDP]: Kein Problem!)

Ich bitte Sie einfach mit Nachdruck: Handeln Sie endlich! Lassen Sie sich keine Zeit mehr! Bei minderjährigen Flüchtlingen geht es um jeden Tag. An dieser Stelle ist Reden Silber, Handeln und Umsetzen aber Gold.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Schleswig-Holstein braucht ein anständiges Clearingverfahren. Um mit der Arbeit sofort beginnen zu können, würde ich den Antrag gern an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SSW-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die aktuelle Lage für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, die in Schleswig-Holstein aufgegriffen werden, ist alles andere als gut. Dies haben meine Vorrednerinnen und Vorredner auch schon gesagt. Es gibt keine zentrale Anlaufstelle, es gibt aber auch kein einheitliches Konzept, wie mit ihnen umzugehen ist.

Die Kolleginnen und Kollegen haben schon gesagt, dass nach § 42 SGB VIII die **Jugendämter** ver-

(Silke Hinrichsen)

pflichtet sind, Minderjährige in Obhut zu nehmen, wenn diese unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder Personensorge- noch Erziehungsrechte im Inland aufhalten. Immerhin ist damit geregelt, dass diese Flüchtlinge einen Rechtsanspruch auf eine vorläufige Inobhutnahme haben und dass die Jugendämter die Handlungspflicht für die Erstversorgung und die unverzügliche Regelung der gesetzlichen Vertretung haben. Leider ist jedoch bei **Minderjährigen ab 16 Jahren** auch eine Aufnahme nach dem Ausländerrecht in **Asylunterkünften** möglich. Das halten wir für keine gute Lösung. Minderjährige sind Minderjährige, und diese sind nach unserer Ansicht gleich zu behandeln.

In Schleswig-Holstein gibt es beziehungsweise gab es deshalb unterschiedliche Vorgehensweisen der Ämter. 2008 wurden circa 100 minderjährige Flüchtlinge unbegleitet aufgegriffen. Im vergangenen Jahr waren es schon über 300. Die Jugendämter können in Teilen damit überfordert sein, diesen Jugendlichen eine angemessene Behandlung zukommen zu lassen. Es ist vorgekommen, dass in einem Gespräch im Jugendamt festgestellt wurde, dass für die **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** kein Jugendhilfebedarf besteht und damit eine Erst- und Anschlussversorgung aus der Jugendhilfe nicht gewährt wird. Damit wird eine anschließende Unterbringung in einer **Erstaufnahmeeinrichtung** für Asylbegehrende eingeleitet, anstatt vorrangig die Inobhutnahme vorzunehmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass es sich dabei um Kinder und Jugendliche handelt, die häufig durch die Flucht traumatisiert sind. Zum Teil glauben sie, in Schweden angekommen zu sein, weil Deutschland, Schleswig-Holstein häufig als Transitland nach Skandinavien genutzt wird. Die Kinder werden hier ausgesetzt, haben häufig eine lange und schwere Flucht hinter sich.

Aus Sicht des SSW entspricht dieses Vorgehen in keiner Weise einem Umgang mit Minderjährigen, die vor allem auf der Flucht sind. Eine **Inobhutnahme** ist nach unserer Auffassung auch nicht nur eine rein ordnungspolitische Maßnahme, sondern ein Vorgang, der auch eine **sozialpädagogische Funktion** hat. Es muss in erster Linie darum gehen, diesen jungen Menschen zu helfen.

Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge **dezentral** - trotz allem - in Jugendhilfeeinrichtungen oder Pflegefamilien untergebracht werden. Im Regelfall sollten ihnen ausgebildete Vormünder zur Seite gestellt werden, die für diese Fälle geschult sind und wissen, was sie tun müssen und können. Neben der de-

zentralen Unterbringung ist es nach unserer Ansicht unerlässlich, eine **Clearingstelle** einzurichten, die die Vormünder und die jeweiligen jungen Menschen dann professionell begleitet.

In dieser Fachstelle käme es in erster Linie darauf an, die Situation dieser Menschen zu klären und ihnen professionelle Hilfe zu geben. Ihr Lebenslauf, ihre Identität, ihre Nationalität, ihre Erziehung und ihre Sozialisation, ihre kulturellen und sprachlichen Hintergründe, ihre gesundheitliche Aufklärung, dies alles sind notwendige Fragen, die mit ihnen geklärt werden müssen, um ihre Notlage besser bewerten zu können, aber insbesondere auch, um ihnen angemessene Hilfe zu geben. Anschließend muss es in einem aufgebauten Netzwerk, in dem alle relevanten Jugendämter, Ausländerbehörden, Gerichte, Verbände und weitere Institutionen lose miteinander verkoppelt sind, zu Kommunikation und vor allem Kooperation kommen. Zum Wohl dieser jungen Menschen muss es zu einer geeigneten **Begleitung** kommen. Jugendhilfe, Hilfebedarfsfeststellung, gesundheitliche und familiäre Situationsklärung und die Chance auf ein Asylverfahren sind dann die Zielsetzungen.

Aus Sicht des SSW kann es mit einer Clearingstelle möglich sein, in Schleswig-Holstein ein einheitliches und professionelles Vorgehen im Umgang mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu sichern. Die **Betreuungs- und Beratungsqualität** ist gewährt, sodass für individuelle Fälle die optimale Versorgung in Anspruch genommen werden kann. Auch die Unterbringung nach dem **Ausländerrecht für Jugendliche** sollte dadurch nach meiner Ansicht verhindert werden.

Es muss bei der steigenden Anzahl von jungen Flüchtlingen zu einer veränderten Vorgehensweise kommen. Eine Clearingstelle kann hier, wie es schon andere Bundesländer vormachen, eine professionelle Begleitung liefern, die alle Beteiligten unterstützt.

Wir bitten deshalb, unseren gemeinsamen Antrag an den Ausschuss zu überweisen. Hinsichtlich des Berichtsantrags freue ich mich, dann in der 6. Tagung den Bericht des Ministers zu dieser aktuellen Frage zu hören. Wir sollten im Ausschuss gemeinsam klären, welches das richtige Ziel ist und wie man den unbegleiteten minderjährigen Kindern helfen kann. Das steht an erster Stelle. Ich denke, im Ausschuss können wir das besser beraten als hier im Plenum. Ich bin beim Jugendamt der Stadt Flensburg gewesen und habe mich dort aufklären lassen, wie die dort handeln. Mir erschien es so, dass den Jugendlichen dort sehr gut geholfen wird.

(Silke Hinrichsen)

Da es aber immer wieder Ausnahmen gegeben hat, wäre es schön, das zu klären und vielleicht mithilfe einer dezentralen Clearingstelle allen Jugendlichen im Land zu helfen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herrn Schmalfuß, das Wort.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reden wir über Kinder und Jugendliche, die auf der Flucht aus ihrer Heimat ohne Begleitung durch Personen oder Erziehungsberechtigte in unser Land kommen. Ich denke, es steht für uns alle außer Frage: Diesen jungen Menschen muss geholfen werden. Sie brauchen Schutz und Hilfe.

(Beifall bei CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum sieht § 42 SGB VIII vor, dass diese jungen Menschen in **Obhut** zu nehmen sind. Das ist heute schon mehrfach gesagt worden. Ich weise noch einmal darauf hin.

Konkret heißt das: Das **Jugendamt** hat unverzüglich deren Situation abzuklären und die Bestellung eines Vormundes oder Pflegers zu veranlassen. Es handelt sich hierbei um eine urgeigene Aufgabe der örtlichen Jugendhilfeträger, also der **Kreise und der Städte** im Land, die diese Aufgabe nach den gesetzlichen Vorschriften des Bundes und des Landes in eigener Verantwortung erfüllen. Das bedeutet, das Land ist dabei nicht involviert. Es hat weder Aufsichts- noch Weisungsbefugnisse. Nur soweit bei unbegleiteten 16- und 17-jährigen Asylsuchenden nach Prüfungen durch das Jugendamt ein Bedarf für die Gewährung von Jugendhilfemaßnahmen verneint wird, werden sie der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Neumünster zugewiesen.

Auch für diese gilt Folgendes: Sofern der Jugendliche volljährige Verwandte oder Freunde hat und diese mit seinem Einverständnis erklären, für ihn sorgen zu wollen, wird vom Landesamt deren Bestellung durch das Vormundschaftsgericht angeregt.

Wünsche engagierter Bürgerinnen und Bürger, die als ehrenamtliche private Vormünder helfen wollen, oder von Wohlfahrtsverbänden oder privaten Organisationen, die diese unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unterstützen wollen, befürwortet das Landesamt. Anderenfalls wird ein Amtsvormund bestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie so oft im Leben gibt es Einzelfälle, die nicht so glücklich für die Betroffenen verlaufen, wie man es sich wünschen würde. Dies rechtfertigt nach meiner Auffassung jedoch keine pauschale Kritik an der Landesregierung. Das Jugendministerium bzw. Landesjugendamt steht in ständigem Kontakt mit den örtlichen Trägern und geht von einer Aufgabenerfüllung nach bestem Wissen und Gewissen aus. Wo Probleme auftauchen, führt auch das **Landesamt für Ausländerangelegenheiten** Gespräche mit den jeweils Beteiligten.

Das heißt nicht, dass alles so bleiben muss, wie wir es schon immer gemacht haben. Die Landesregierung hat sich entsprechend der Vereinbarung im Koalitionsvertrag die Prüfung der Einrichtung einer solchen Clearingstelle vorgenommen. Dieser Koalitionsvereinbarung können Sie entnehmen, dass eine eindeutige Tendenz für diese Entscheidung besteht. Nichtsdestotrotz wollen wir zunächst prüfen, um dann gegebenenfalls die konkreten Organisationsentscheidungen folgen zu lassen.

Meine Damen und Herren, der im Koalitionsvertrag vereinbarte Prüfauftrag bedeutet kein Spiel auf Zeit. Aber die ins Auge genommene Möglichkeit einer **Clearingstelle** bedarf auch einer eingehenden Abstimmung mit den kommunalen Landesverbänden und den örtlichen Trägern. Deren Zuständigkeit und Verantwortung sind nämlich berührt, sodass es hier eine Verständigung über Aufgabe, personelle und sächliche Ausstattung, Trägerschaft und natürlich auch die Finanzierung geben muss. Allein der Blick auf die in Ihrem Antrag geforderten besonders ausgebildeten Fachkräfte lässt die finanzielle Dimension erkennen.

Im Übrigen möchte ich erwähnen, dass die Hälfte der von den Jugendämtern im Land in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen jugendlichen Flüchtlinge schon nach wenigen Tagen weiterfährt - nicht etwa wegen der schlechten Verhältnisse hier -, weil sie auf der Durchreise mit dem Ziel Norwegen oder Schweden entgegen ihrem Wunsch hier aufgegriffen worden sind. In solchen Fällen hilft eine Clearingstelle sicherlich nicht weiter.

(Minister Emil Schmalfuß)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Anmerkung zu den bereits seit 2005 bestehenden Diskrepanzen zwischen den aufenthalts- und asylverfahrensrechtlichen Vorschriften einerseits und den kinder- und jugendhilferechtlichen, die Obhut regelnden Vorschriften des § 42 SGB VIII andererseits. Versuche der beiden beteiligten Bundesministerien, zu einer einvernehmlichen Lösung zu gelangen, sind gescheitert. Es bleibt wohl nur eine Gesetzesänderung, um wieder zu einer **bundesweit einheitlichen Handhabung und Verwaltungspraxis** im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu gelangen.

Das Bundesinnenministerium hat vor rund einem halben Jahr angekündigt, das Thema nach der Bundestagswahl endlich wieder aufzugreifen. Es wird höchste Zeit.

(Beifall bei CDU, FDP, SSW und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe daher die Beratung. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer die Anträge Drucksachen 17/178 (neu) und 17/212 an den Innen- und Rechtsausschuss - - Bitte, Frau Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, wenn ich es richtig sehe, ist der Antrag ein Berichtsantrag. Ich bitte darum, dass er jetzt beschlossen wird. Unser eigener Antrag sollte hingegen an den Ausschuss überwiesen werden.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay. - Wer den Antrag in der Drucksache 17/178 (neu) an den Innen- und Rechtsausschuss überweisen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen worden.

Ich lasse nun über den Berichtsantrag Drucksache 17/212 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Der Tagesordnungspunkt 24, Bundeszuschuss für Kosten der Unterkunft und Heizung, ist nach Einigung der Parlamentarischen Geschäftsführer einvernehmlich auf die Februar-Tagung vertagt worden.

Ich rufe daher den Tagesordnungspunkt 37 auf:

Keine Landesmittel für den Ausbau des Flugplatzes Lübeck-Blankensee

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/27](#)

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/56](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses
[Drucksache 17/185](#)

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/217](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp, das Wort.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Frau Präsidentin! Ich bin nicht mehr Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses! Das ist jetzt Kollege Bernd Schröder! Lassen Sie ihn bitte zu Wort kommen!)

- Gern.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da kann man mal sehen, wie nachdrücklich Herr Kollege Arp als Vorsitzender gewirkt hat.

(Beifall bei der CDU)

Da er stets seiner Berichtspflicht vor dem Parlament nachgekommen ist, werde auch ich als neuer Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses das nicht versäumen.

Der Landtag hat dem Wirtschaftsausschuss durch Plenarbeschluss am 19. November 2009 den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/27, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/56, zur Beratung überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss hat sich mit den genannten Vorlagen in seinen Sitzungen am 2. Dezember 2009 und am 13. Januar 2010 befasst. An der Sitzung am 2. Dezember 2009 nahmen der Bürgermeister und der Wirtschaftssenator der Hansestadt Lübeck, der Geschäftsführer und die stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der Flughafen Lübeck GmbH teil und informierten die Ausschussmitglieder.

(Bernd Schröder)

der über die aktuelle Situation und die Entwicklungen beim Flughafen Lübeck-Blankensee.

Dabei standen der Beschluss der Lübecker Bürgerschaft vom 26. November 2009, ein angekündigtes Bürgerbegehren sowie ein erster Meinungsaustausch über die von den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der SPD gestellten und vom Landtag überwiesenen Anträge im Mittelpunkt der Beratungen, die schon in den Überschriften - „Keine Landesmittel für den Ausbau des Flugplatzes Lübeck-Blankensee“ bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und „Arbeitsplätze gehen vor: Landesmittel für den Flughafen Lübeck-Blankensee“ bei der SPD - die unterschiedliche Positionen kennzeichnen.

Nach der Erklärung durch den Bürgermeister, dass die Hansestadt Lübeck bis Mitte Dezember 2009 zur wirtschaftlich nachhaltigen Weiterentwicklung des Flughafens ein „Take-off-Konzept“ vorlegen werde, und nach der Erklärung des Ministers für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, die Prüfung dieses Konzepts bis Mitte Januar 2010 durchführen zu wollen, verschoben die Ausschussmitglieder die Abstimmungen über die Vorlagen bis zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 13. Januar 2010.

Am 21. Dezember 2009 informierte der Lübecker Bürgermeister zusammen mit Vertretern der IHK Lübeck die verkehrs- und wirtschaftspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen über das vorgelegte „Take-off-Konzept“, das er am gleichen Tage auch dem Minister vorgestellt hat. Darüber hinaus wurde das Konzept umgehend allen Mitgliedern des Hohen Hauses als Umdruck zur Kenntnis gegeben.

In der Sitzung am 13. Januar 2010 wurde dieses Konzept im Ausschuss - wiederum unter Beteiligung der Vertreter der Hansestadt Lübeck und der Flughafengesellschaft - diskutiert. Der Minister gab nach der Prüfung seine Stellungnahme im Ausschuss ab.

In der Sitzung am 13. Januar 2010 legten die Fraktionen von CDU und FDP ebenfalls einen Änderungsantrag unter der Überschrift „Dem Flughafen Lübeck-Blankensee eine Entwicklungsperspektive geben“ vor. Das ist der Umdruck 17/197.

Nach ausführlicher Diskussion über die Eckpunkte des Konzepts unter Einschluss der Haltung der Landesregierung zum Flughafen Lübeck-Blankensee und der Anträge der Fraktionen schlägt der Wirtschaftsausschuss nunmehr dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und SSW bei Stimmenthaltung von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN vor, den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/56, abzulehnen und den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/27 - dies wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN beschlossen -, in der dem Hohen Haus mit Beschlussempfehlung Drucksache 17/185 vorliegenden geänderten Fassung anzunehmen.

Um der Berichtspflicht vollständig nachzukommen, weise ich an dieser Stelle noch darauf hin, dass der Innenminister auf ein Bedenken des Mitglieds von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ausschuss bezüglich der Nummer 1 des Antrags die Formulierung betreffend „Der Landtag begrüßt den enormen Erfolg des Bürgerbegehrens...“, worin er einen unzulässigen Eingriff in ein kommunales Bürgerbeteiligungsverfahren sah, mit Schreiben vom 25. Januar geantwortet hat. Dieses Schreiben liegt Ihnen allen inzwischen vor. Der Innenminister sieht hierin keinen unzulässigen Eingriff.

Im Namen des Wirtschaftsausschusses bitte ich das Hohe Haus um Annahme der Beschlussempfehlung Drucksache 17/185.

(Beifall bei SPD, CDU, SSW und vereinzelt bei der FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich danke dem Berichterstatter des Wirtschaftsausschusses, Herrn Abgeordneten Bernd Schröder. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Aussprache. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp für die CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Herzlichen Dank, dass ich zu Wort komme. Herzlichen Dank auch dem Vorsitzenden für seinen umfangreichen Bericht.

Die CDU begrüßt es, dass die Initiatoren des Bürgerbegehrens 56.000 Unterschriften erhalten haben. Das ist die Stimme der Wirtschaft, die Stimme der Lübecker,

(Beifall bei CDU und FDP)

das ist die Stimme derjenigen, die dort sagen: Das ist Basisdemokratie, wie das dort durchgeführt wurde. - Das ist sicherlich auch an uns ein Signal, aber insbesondere zunächst an die Lübecker Bürgerschaft, die gestern auch reagiert und einstimmig

(Hans-Jörn Arp)

Mittel bereitgestellt und sich bereit erklärt hat, bis Mitte Oktober dieses Jahres weitere Verhandlungen zu führen - nicht wir, sondern der Betreiber, der Bürgermeister der Stadt; das ist deren Aufgabe, die haben ihre Schulaufgaben zu machen.

Wir als CDU-Fraktion haben gemeinsam mit der FDP-Fraktion - das wird sie aber selbst erklären - drei klare Positionen. Erstens begrüßen wir das Bürgerbegehren und den Erfolg daraus, der jetzt in der Bürgerschaft auch umgesetzt wurde. Zweitens erwarten wir in der nächsten Tagung - in der Februar-Tagung - einen Bericht des Wirtschaftsministers, wie denn die Position der Landesregierung ist. Darüber freuen wir uns. Drittens sagen wir, wir sehen es als zwingend erforderlich an, auch mit Hamburg Gespräche zu führen.

Die Position, die ich hier in der letzten und der vorletzten Tagung bezogen habe, lautete: Keine Landesmittel in die Unterhaltung! Keine Beteiligung an dem Unternehmen! Aber wenn es um **Infrastrukturmaßnahmen** geht, dann muss das Land, muss die Regierung mit sich reden lassen, denn ein erfolgversprechendes Konzept ist die Voraussetzung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Da wundere ich mich dann schon über die Position der SPD, die jetzt sicherlich in der Oppositionsrolle angekommen ist; das Recht haben Sie auch. Liebe Frau Poersch, ich darf Ihre Worte aus der letzten Tagung zitieren. Sie haben in diesem Hohen Hause Folgendes gesagt:

„Den Betrieb - auch das sage ich deutlich - wollen wir nicht subventionieren.“

Das ist noch im November hier von Ihnen gesagt worden. Der Antrag, der uns jetzt vorliegt, sagt aber etwas anderes aus.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Er sagt aus:

„Im Bericht der Landesregierung soll dargelegt werden, unter welchen weiteren Voraussetzungen das Land Schleswig-Holstein befristet bis zum 31. März 2011 die notwendigen finanziellen Mittel für die Erlangung der Rechtssicherheit des Planfeststellungsbeschlusses zur Verfügung stellen kann.“

Das heißt nichts anderes, als dass jetzt die Landesregierung aufgefordert wird, für den Bereich Unterhaltungsmaßnahmen Mittel zur Verfügung zu stellen, für einen Ausgleich zu sorgen. Keine Beteiligung - das habe ich wohl verstanden -, aber man geht in die Position, dass man sich an dem Zu-

schuss beteiligt. Da sage ich Ihnen, das ist eine schlechte Position, die die Position der Landesregierung verschlechtert, weil zunächst einmal dieses Hohe Haus hier von den Lübeckern erwartet, dass sie ein in sich schlüssiges Konzept vorlegen. Das Take-off-Konzept ist ohne Frage gut. Dieses Konzept reicht aber nicht aus, sondern wir brauchen ohne Frage die Perspektive, wie das weitergeht, wer der Betreiber ist.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Sie sind doch nachher dran, Frau Jansen, und darauf freue ich mich wirklich nicht.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Das ist die Frage: Wo ist der Betreiber? Das muss doch die Perspektive sein.

Wir wissen nichts von dem Gespräch mit Ryanair, nicht einmal, dass es stattgefunden hat. Es war sicherlich erfolgreich.

Wenn das alles stimmt, in sich schlüssig und überzeugend ist, dann wird auch die Landesregierung am Ende sagen: Okay, in einer Form haben wir ein großes Interesse an dem **Erhalt des Flugplatzes**, aber die Schularbeiten können wir nicht machen, und wir können in dieser Phase denen auch nicht einen Teil ihrer Verantwortung nehmen, wenn nicht klar ist, wohin dieser Weg führt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Und wer da glaubt, dass wir uns verpflichten, bis 2011 dann herauszukommen, dem sage ich: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Dann kommen wir nicht so schnell davon weg. Erst das Konzept, die Langfristigkeit - dann sind wir dabei!

Wir warten jetzt einmal ab, was uns die Regierung im Februar vorstellen wird. Dann haben aber nicht wir die Aufgaben, die in Lübeck anstehen, zu erledigen. Der Bürgerschaft ist es Gott sei Dank gelungen, durch das Begehren der Bürger die Verantwortlichen wachzurütteln. Aber die Verantwortung liegt bei der **Flughafen GmbH**.

Nochmals, ganz zum Schluss, und das ist für uns wichtig: Eine Beteiligung von Hamburg sehen wir als sehr positiv, um es mal vorsichtig auszudrücken; wir wollen uns da nicht einmischen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SPD-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Regina Poersch das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Landtagsfraktion will einen funktionierenden **Flughafen in Lübeck**, damit Menschen von dort abfliegen, aber vor allem, damit auch Menschen ankommen können. Wir wollen die **Arbeitsplätze**, die ein funktionierender Flughafen mit sich bringt sowohl am Flughafen selbst als auch in der Region, vom technischen Support bis zu touristischen Erlebnissen. Das ist unser Ziel, nur: Wie kommen wir dorthin?

Wenn wir sehen, wie der Flughafen zurzeit aufgestellt ist, wird deutlich, dass für die anstehende Zeit flexible Ansätze und kreative Ideen notwendig sind. Ich stelle fest: Die **Hansestadt Lübeck** besitzt wider Willen zu 100 % einen Flughafen, den sie nicht finanzieren kann.

Ich stelle zum anderen fest: Es gibt einen Planfeststellungsbeschluss, der umgesetzt werden muss, damit der Flughafen mittelfristig profitabel arbeiten und es gelingen kann, einen **Investor** zu finden.

Ich stelle außerdem fest: Selbst wenn das nicht gelänge, müsste der Flughafen noch auf Jahre betriebsbereit bleiben und würde entsprechende Kosten verursachen, und zwar ohne dass die Chance zur Refinanzierung besteht.

Meine Schlussfolgerung heute daraus: Profitabel kann der Flughafen werden, wenn jetzt ein Weg gefunden wird, die notwendigen **Investitionen** vorzunehmen. Die regionalökonomische Studie von 2007 sieht in den nächsten zehn Jahren einen Beschäftigungseffekt von mehreren Tausend Arbeitsplätzen in der Region - in Zulieferung, Technik, Gastronomie, Einzelhandel, Verkehr, Kultur und so weiter und so fort - vor. Diese Aussagen wurden bislang von niemandem hier im Haus in Zweifel gezogen.

Nun ist niemandem damit gedient, wenn der Schwarze Peter so lange hin- und hergeschoben wird, bis die bereits getätigten Investitionen veraltet und verfallen sind. Erlauben Sie mir, dass ich darauf hinweise, dass es die SPD-Landtagsfraktion war, die Unterstützung für den Flughafen eingefordert hat, und es ist die SPD-Landtagsfraktion, die sich deutlich zum Flughafen bekennt, allerdings nicht um jeden Preis. Auch das habe ich in der November-Tagung gesagt. So halten wir es nach wie vor nicht für richtig, dass sich das **Land** Schleswig-Holstein als **Anteilseigner** am Flughafen beteiligt. Es muss aber ernsthaft geprüft werden, wie wir gemeinsam diese schwierige Phase überstehen und Signale in Richtung potenzieller Investoren senden.

Der Flughafen hat eine Chance, und er ist eine Chance für die Region.

Wir formulieren mit unserem Änderungsantrag heute nichts anderes als Erwartungen an den Bericht der Regierung, und ich finde, das darf von Parlamentariern erwartet werden.

(Beifall der Abgeordneten Birgit Herdejürgen [SPD])

Peinlich ist allerdings - das sage ich an die Adresse der FDP -, als sogenannte Regierungsfraktion erstmal überhaupt keine Meinung zum Flughafen Lübeck zu haben. Die betroffenen Beschäftigten hätten sich sicherlich gefreut, wenn sie in der Januarsitzung des Wirtschaftsausschusses - lesen Sie es nach! - ein Bekenntnis von Ihnen zum Flughafen erfahren hätten und Sie sich hätten durchringen können, unserem ursprünglichen Antrag zuzustimmen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hätten wir mal machen sollen! Dann würdet ihr jetzt blöd dastehen!)

Natürlich jonglieren wir. Was würden Sie in dieser Situation tun? Wir haben uns dafür entschieden, an Lübeck zu appellieren, damit auch von dort ein eindeutiges positives Bekenntnis zum Flughafen kommt. Ein erstes Bekenntnis hat die **Lübecker Bürgerschaft** gestern abgegeben. Und wir wollen von der Landesregierung wissen, unter welchen Voraussetzungen überhaupt eine Unterstützung des Landes möglich wäre - mit finanziellen Mitteln ebenso wie durch Hilfe bei der Investorensuche. Sobald wir diese Informationen haben, kann sich der Landtag damit erneut beschäftigen und das Für und Wider eines Engagements in dem Rahmen, in dem es überhaupt rechtlich und vernünftig möglich ist, abwägen.

Solange wir noch am Jonglieren sind, sollten wir die Bälle in der Luft halten. Wenn Sie eine bessere Idee haben, wie wir eine Lösung für den Flughafen Lübeck-Blankensee finden können, lassen Sie es uns wissen, wir stimmen dann gern zu.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Kollege Christopher Vogt von der FDP-Fraktion.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalition aus CDU und FDP hat in der letzten Sit-

(Christopher Vogt)

zung des Wirtschaftsausschusses mit ihrem Antrag, der nun als Beschlussempfehlung vorliegt, erneut deutlich gemacht - Frau Kollegin, auch die FDP! -, dass sie eine Zukunft für den Flughafen Lübeck-Blankensee sieht und ihn im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch unterstützen will. Dem haben sich auch SPD und SSW angeschlossen und diesem Antrag zugestimmt.

Neben den nach wie vor vorhandenen **Entwicklungschancen** und der großen - das haben Sie auch betont - **regionalökonomischen Bedeutung** des Flughafens sowie den **Arbeitsplätzen**, die direkt und indirekt mit dem Flughafen zusammenhängen, gibt es weitere gute Gründe, den Linienflugbetrieb weiterhin aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wir alle kennen die Argumente. Im November 2009 haben wir hierüber ausführlich gesprochen

Die FDP-Fraktion erkennt genauso wie CDU, SPD und SSW in diesem Haus den **Erfolg des Bürgerbegehrens** an. Wir begrüßen es, dass die rot-rot-grüne Mehrheit in Lübeck sich gestern immerhin dazu entschließen konnte, auch erst einmal den Bürgerentscheid abzuwarten und darüber hinaus weiter zu gewährleisten, dass der Betrieb aufrechterhalten wird.

(Zurufe von der LINKEN)

- Ja, Frau Jansen, es gibt dazu unterschiedliche Auffassungen. Das haben wir auch schon hier im Landtag gesehen. Bei den Realschulen sind nicht alle der Meinung, man solle das Volksbegehren abwarten. Hier ist es zum Glück der Fall, dass auch die SPD sagt, wir müssen das erst einmal abwarten. Das ist fair in einer Demokratie.

Die SPD-Landtagsfraktion stand im Gegensatz zur SPD-Bürgerschaftsfraktion auch in der Vergangenheit hinter dem Flughafen Lübeck-Blankensee. Das ist dokumentiert, Frau Poersch, auch durch Ihre Rede. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 13. Januar 2010 lag ein Antrag der SPD-Fraktion vor, in dem es heißt:

„Landesmittel dürfen nur fließen, wenn die verbindliche Zusage eines Betreibers für die Weiterführung des Flughafens Blankensee vorliegt.“

So weit, so gut. In dem Antrag heißt es weiter:

„Eine Beteiligung des Landes an der Flughafen Lübeck GmbH wird ausgeschlossen.“

Das finden wir auch gut, das steht so auch im Koalitionsvertrag. Es wird deshalb auch niemanden wundern, dass wir das unterstützen.

Am 19. Januar dieses Jahres konnte man dann in den „Lübecker Nachrichten“ lesen, dass der sozialdemokratische Landesvorsitzende, der Oppositionsführer im Landtag, Herr Dr. Stegner, auf einer Parteiveranstaltung in Lübeck seine Lübecker Genossen - vor allem die Herren Thieß, Saxe und Reinhardt - in der Flughafen-Frage zur Geschlossenheit aufgerufen hat. Dies ist an sich auch ganz vernünftig. Da gab es in der Vergangenheit genug Unstimmigkeiten.

Stutzig gemacht hat mich dann aber ehrlich gesagt der Wunsch von Herrn Dr. Stegner, dass sich diese drei genannten Genossen doch bitte nicht auseinanderdividieren lassen sollten. Das klingt so, als ob da irgendetwas von außen käme, dass diese Herren von außen in irgendeiner Form negativ beeinflusst worden seien. Schließlich müsse man den Ball doch dorthin legen, wo er hingehöre, nämlich ins Wirtschaftsministerium.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das ist richtig so, das haben Sie so gesagt, oder?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Vielen Dank, Herr Dr. Stegner, Ihr Applaus ist mir immer wichtig.

(Heiterkeit)

Diese Auffassung von Herrn Dr. Stegner teilen wir ausdrücklich nicht.

(Zurufe)

- Ja, das unterscheidet uns beide. Ich bin noch neu dabei, ich finde es sehr schade, dass Herr Dr. Stegner hier immer so hart angegangen wird. Ich habe wirklich manchmal Mitleid.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP)

Herr Dr. Stegner, diese Auffassung, die Sie da geäußert haben, teilen wir ausdrücklich nicht. Der Ball liegt vor allem bei der **Hansestadt Lübeck** und bei der Bürgerschaftsfraktion Ihrer Genossen in der Hansestadt, die dort ein rot-rot-grünes Bündnis anführt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Wirklich schön war: Am vergangenen Mittwoch veröffentlichten die besagten drei Lübecker Genossen, die Sie zur Geschlossenheit aufgerufen haben, den sogenannten „Lübecker Appell“, der einen vor allem mit Blick auf Bürgermeister Saxe - wir hatten

(Christopher Vogt)

ihn hier schon oft genug im Landeshaus; man hat schon fast vergessen, dass er nicht mehr im Landtag sitzt; er war schon oft hier - und die in der Pressemitteilung Beifall klatschende SPD-Landtagsfraktion nur noch staunen lässt. Es lässt einen nur noch staunen, was dort veröffentlicht wurde: Das Land solle bis zum 31. März 2011 den Infratil-Anteil mit allen Rechten und Pflichten übernehmen oder einfach alle Kosten bis zu diesem Zeitpunkt der Stadt Lübeck abnehmen. Wenn bis dahin kein Investor gefunden sei, solle der Flughafenbetrieb so gestaltet werden, dass das Land die Stadt Lübeck unverzüglich von allen finanziellen Belastungen befreit.

Den flankierenden Änderungsantrag der SPD zur Beschlussempfehlung des Ausschusses haben wir alle vorliegen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, wenn Sie diesen Änderungsantrag wirklich ernst meinen würden, dann hätten Sie dafür bei uns geworben, nicht nur in der Rede, sondern schon vorher. Da Sie es aber nicht ernst meinen, haben Sie diese Aktion nur gemacht, um - ich entschuldige mich für den Ausdruck - auf recht billige Art und Weise zu versuchen, den Schwarzen Peter von der SPD-Bürgerschaftsfraktion an das Land weiterzureichen, Frau Poersch.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Sie sind mitten drin und gerade dabei, den Schwarzen Peter woanders hinzutragen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Wir werden Ihren Änderungsantrag selbstverständlich nicht unterstützen und sagen gerade in Richtung der Hansestadt Lübeck, dass wir trotz dieser peinlichen Nummer der SPD die Landesregierung bitten, uns in der 5. Tagung schriftlich zu berichten, welche Möglichkeiten sie unter welchen Bedingungen sieht, auf Basis des vorgelegten Take-off-Konzepts zur Weiterentwicklung des Flughafens Blankensee beizutragen.

Ich empfehle, der vorliegenden Beschlussempfehlung zuzustimmen und dem SPD-Änderungsantrag nicht zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Thorsten Fürter das Wort.

Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Lübecker Flughafen hat zu Recht Gegner. Der ge-

genwärtige Betrieb ist für das Klima verhängnisvoll. Er ist auch wirtschaftspolitischer Unfug. Der Lübecker Flughafen hat aber nicht nur Gegner, er hat auch falsche Freunde, nämlich diese Landesregierung und die Regierungskoalition. Darauf komme ich noch zurück.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Flughafen ist und bleibt ein Fass ohne Boden. Er ist überhaupt keine Erfolgsstory. Er vernichtet jedes Jahr öffentliche Mittel in Millionenhöhe, die an anderen Stellen dringend gebraucht werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solange der Low-cost-Anbieter **Ryanair** der maßgebliche Nutzer ist, wird die Flughafengesellschaft rote Zahlen schreiben.

In einem Artikel der „Welt“ vom 29. Oktober 2009 erklärte Ryanair-Chef Michael O’Leary zur Frage, ob in Lübeck die Base kommt:

„Dafür muss der Flughafen aber mit dem Preis heruntergehen. Denn gegenwärtig zahlen wir in Lübeck viel zu viel.“

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. In dem Augenblick, in dem Ryanair auch nur annähernd **kostendeckende Flughafengebühren** zahlen muss, wird Ryanair den Standort sofort verlassen.

Das führt natürlich zur Frage: Wer soll sonst die billigen Flugpreise subventionieren? Der Flughafenbetreiber Infratil war dazu nicht mehr bereit. Er konnte seinen Anteil an die Stadt zurückgeben, natürlich unter Ausgleich der Verluste - man hat ja gute Anwälte. Der Lübecker Bürgermeister kam auf die Idee, einmal bei der Landesregierung anzuklopfen - aus seiner Sicht verständlich, ist der Lübecker Haushalt doch nicht gerade in einer komfortablen Lage. Von Herrn Minister de Jager bekam Herr Saxe für sein Take-off-Konzept aber eine Abfuhr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich muss gestehen: Das war eine seltene Regung von wirtschaftspolitischem Sachverstand in dieser Debatte.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommen aber die falschen Freunde ins Spiel. Wissen Sie, was ein guter Freund gemacht hätte? - Er wäre zu seinen Parteifreunden in der Lübecker CDU und FDP gegangen und hätte gesagt: Hört einmal, wir haben das geprüft. Die Flughafenkritiker haben leider recht behalten. Die Rechnung geht vorn und hinten nicht auf. Ihr wollt doch für

(Thorsten Fürter)

wirtschaftlichen Sachverstand stehen. Sollen euch die Lübecker noch in 30 Jahren mit einem maroden Subventionsgrab in Verbindung bringen? - Lasst lieber den Unfug mit dem Bürgerbegehren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber CDU und FDP wollen keine guten Freunde sein. Deswegen gibt es stattdessen ein Schulterklopfen: Ist schon toll, euer Flughafen. Zeigt es der linken Mehrheit in Lübeck einmal so richtig, aber Geld gibt es dafür nicht.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Basisdemokratie ist anstrengend!)

Das **Take-off-Konzept** kann überhaupt nicht überzeugen. Alle setzen noch immer auf die **Base**, die Ryanair in Lübeck errichten soll. Sie sollte schon 2009 kommen, wird sie aber nicht. Ich zitiere aus der „Times“ vom Dezember 2009 - entschuldigen Sie bitte diesen Exkurs -:

„The era of cheap air travel is set to come to an end as Ryanair and easyJet, the budget airlines famous for their low-cost tickets, change strategy to maximize returns for shareholders.“

(Heiterkeit und Beifall)

- Einen Satz gibt es noch.

„Both budget carriers have announced plans to rein back their rapid growth rates and the money saved in not buying new aircraft and opening new bases will go back to investors.“

Herr de Jager, Sie haben das sicherlich gelesen. Aber warum schreibt Herr Saxe davon nichts in seinem Konzept? Das verstehe ich nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sogar Frau Jansen kann es lesen. Ich verstehe nicht, dass Sie das nicht lesen können.

(Heiterkeit und Beifall)

Zu den im Konzept angenommenen **Fluggastzahlen**: 1,2 Millionen Passagiere in 2010 sind eine völlig unrealistische Annahme. Trotz der Steigerung auf jetzt zehn Linien wurde das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahr 2005 nie wieder erreicht.

Wie soll es nun weitergehen? - Ein **neuer Investor** wird nur dann antreten, wenn die öffentliche Hand massiv mitfinanziert. - So viel zum Thema Wirtschaftsstärke. Das kann weder Lübeck noch das Land.

Wir freuen uns auf die Auseinandersetzung über die Zukunft des Flughafens und die Prioritätensetzung bei knappen öffentlichen Mitteln. Unser Antrag „Keine Landesmittel für den Ausbau des Lübecker Flughafens“ hat im Ausschuss eine komplett andere Fassung erhalten. Er ist - man kann es so sagen - verhunzt worden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

In dieser Form können und werden wir ihm natürlich nicht mehr zustimmen. Auch den SPD-Berichts Antrag müssen wir in dieser Form ablehnen - ich habe gehört, es gibt Diskussionen, ihn vielleicht noch einmal anders zu fassen -, weil auch er sein Heil immer noch im Weiterbetrieb dieses Flughafens sieht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Antje Jansen von der Fraktion DIE LINKE.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Herr Fürter hat schon viel vorweggenommen.

(Zuruf von der FDP: Sie brauchen nicht alles zu wiederholen!)

- Nein, das mache ich auch nicht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für uns als Linke gibt es eigentlich nichts anderes zu sagen als das, was wir schon in der letzten Landtagstagung gesagt haben. Der Flughafen Lübeck-Blankensee, Herr Arp, wird keine Zukunft haben, er ist ein Millionengrab. **Investoren** stehen nicht zur Verfügung. Investoren stehen nicht Schlange. Die Investoren wollen, dass die Lübecker Kommune den Flughafen ausbaut und aufhübscht, dass letztlich Millionen hineingesteckt werden und Ryanair oder der nächste Investor kommt und sagen kann: Klasse, Lübecker, das habt ihr gut gemacht, jetzt steigen wir ein, ohne einen Pfennig zu investieren!

Das sind die Gespräche, die momentan mit den Investoren in Lübeck laufen. Das sind die Gespräche, die auch unser Bürgermeister mit den Investoren führt.

Wenn **Ryanair** selbst - was Herr Fürter gerade sagte - am 19. Dezember 2009 sagt - übersetzt hat der Chef von Ryanair das selbst gesagt -, dass die Ära der Billigfliegerei - ich sage das jetzt ganz kurz zu-

(Antje Jansen)

sammengefasst - vorbei ist, dann frage ich mich, was die ganzen **Prognosen** sollen, wenn selbst die zwei größten Fluggesellschaften, die hier Billigflüge anbieten, sagen, es gibt kein Wachstum mehr. Was sagen Sie denn hier? Aufschwung für den Lübecker Flughafen Blankensee?

Zur **Base** - dazu gab es auch Gespräche mit Ryanair, und das ist auch gesagt worden -: Was hat der Bürgermeister in dem Gespräch mit Ryanair erreicht? - Nichts. Ryanair hat gesagt, Lübeck soll die Base finanzieren. Das Take-off-Konzept des Lübecker Bürgermeisters basiert doch nur darauf. Man kann sagen, das hat er gut gemacht. Ich bin der Meinung, er hat uns das nicht richtig erklärt. Das Take-off-Konzept basiert nur auf der Grundlage, dass eine Base in Lübeck überhaupt gebaut wird. Nur mit einer Base können da Flugzeuge auch parken. Dann gibt es mehr Flüge, und dann gibt es mehr Passagiere. Diese Base ist aber nicht da, und die Lübecker werden diese Base auch nicht finanzieren.

(Beifall der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Rot-Rot-Grün - Lübeck macht es vor, im Lande sind wir noch nicht so weit, da kommen wir sicherlich nochmal hin -

(Zurufe)

hat immer, auch mit dem Beschluss im Dezember, gesagt, **Arbeitsplätze** bleiben erhalten. Wir übernehmen natürlich die Lohn- und Betriebskosten. Wir haben mit dem gestrigen Beschluss natürlich auch das **Bürgerbegehren** akzeptiert. Wir akzeptieren, dass die Wirtschaft mit der vollen Unterstützung aller 56.000 Unterschriften gesammelt hat. Gut, Hochachtung! Aber wir, Rot-Rot-Grün in Lübeck, werden letztlich während des Bürgerbegehrens die Lübecker auch darüber aufklären, was der Lübecker Flughafen überhaupt bedeutet: ein Millionengrab, in das wir zig Millionen hineinschaufeln, nicht nur das Planfeststellungsverfahren von 4 Millionen. Es geht weiter: 20 Millionen, 60 Millionen müssten da hineingesteckt werden. Und im April werden die Lübecker entscheiden, ob sie einen maroden Flughafen haben wollen oder ob sie das Theater und die Kindergärten schließen und Schulen nicht sanieren wollen. Das wird dann in Lübeck die Frage sein.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Rother [SPD])

Ich bin der Meinung: Keine kommunalen Gelder und auch keine Landesgelder! Ich glaube, die Lübecker SPD sieht das ein bisschen anders. Wir haben in unserem Antrag etwas aus taktischen Gründen drin, um Ihre Landesregierung ein bisschen zu treiben, die immer sagt: Wunder-, wunderbar, der Flughafen muss erhalten bleiben, wir wollen ihn fördern, fördern, fördern! Aber Sie tun nichts, sage ich einmal so, weil Sie wahrscheinlich auch erkannt haben, dass dieses Geld, wenn es da hineinfließt, verloren ist. Dieses Geld, das Sie dort hereingeben, brauchen wir zum Beispiel, um kostenfreies Essen in den Schulen, Beitragsfreiheit bei den Kitas oder überhaupt soziale Gerechtigkeit in Schleswig-Holstein voranzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

- Informieren Sie sich einmal, und kommen Sie mal zu uns zum Hauptausschuss, wenn der erste Investor dort sitzt und mit uns verhandelt! Ich lade Sie ein.

(Beifall bei der LINKEN - Christopher Vogt [FDP]: Ich komme zur Fraktionssitzung!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die SSW-Fraktion erteile ich dem Kollegen Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute die Zukunft des Flughafens Lübeck diskutieren, dann haben wir es mit vielem Wenn und Aber zu tun. Das konnte man bei den Vorrednern eben schon hören.

Bei der Einschätzung, wie es mit dem Flughafen in Lübeck weitergeht, gibt es viele Unbekannte, und deshalb ist natürlich eine Vorhersage spekulativ. Trotzdem sei mir ein Vergleich mit der damaligen Diskussion um den **Flughafen Kiel-Holtenau** erlaubt. Als wir die Zukunft des Kieler Flughafens diskutierten, hatten wir es mit einem Flughafen zu tun, der über längere Zeit mit zurückgehenden Passagierzahlen zu kämpfen hatte. In Lübeck stiegen die Zahlen in einer Wellenbewegung von nicht ganz 200.000 Passagieren im Jahr 2000 auf rund 700.000 im vergangenen Jahr an. In Kiel kehrten immer wieder Fluglinien dem Standort den Rücken und konnten nur durch Bleibepremien für kurze Zeiträume gehalten werden. In Lübeck sieht dies ebenfalls völlig anders aus.

(Lars Harms)

Wir hatten uns in der Diskussion in Kiel selbst beschränkt, indem wir festlegten, dass nur Linienflüge ab Kiel stattfinden sollten. In Lübeck ist quasi eine unbegrenzte Entwicklung möglich. In Kiel ist baulich kaum eine Entwicklung möglich gewesen, und in Lübeck sind die entsprechenden Flächen vorhanden. Bei allen Diskussionen, die um die Weiterentwicklung des **Flughafens in Lübeck** geführt werden, kann man daher sagen, dass hier die Ausgangssituation eine weitaus bessere ist. Deshalb haben wir als SSW immer wieder gesagt, dass nur Lübeck überhaupt die Chance hat, sich in schwarze Zahlen zu bewegen.

Wir haben die **Weiterentwicklung** in Lübeck an mehrere **Bedingungen** geknüpft, die für uns immer noch gelten. Wir lehnen dauerhafte Subventionen für den Flughafen ab. Das heißt, dass Betriebskostenzuschüsse oder die Übernahme von Kosten für Feuerwehr, Sicherheitspersonal oder Ähnliches nicht vom Land übernommen werden dürfen. Dies haben wir auch in den Ausschussberatungen um die Jahreswende noch einmal deutlich gemacht, und ich glaube, inzwischen wird dies auch nicht mehr ernsthaft diskutiert.

Selbstverständlich hat aber der Flughafen in Lübeck einen Anspruch darauf, nach den gleichen Kriterien wie andere Flughäfen auch seine **Infrastrukturmaßnahmen** bezuschusst zu bekommen. Dies hat auch die Landesregierung immer wieder bestätigt. Allerdings kann eine solche **Förderung** nur dann gewährt werden, wenn eine Sicherheit dafür besteht, dass es weitergeht. Und hier gibt es eben einige Unbekannte.

Nach unserer Auffassung muss man ganz eng mit **Hamburg** zusammenarbeiten. Dies wird ja auch im vorliegenden Antrag ausgeführt. Aber vor allem ist die Frage, ob Ryanair hier eine **Base** einrichtet, entscheidend. Nach übereinstimmenden Aussagen der Lübecker Vertreter in den Ausschussberatungen ist der Lübecker Flughafen nur mit schwarzen Zahlen zu betreiben, wenn eben diese Base eingerichtet wird. Kurz gesprochen: Ohne Base kein zukunftsfähiger Flughafen.

Aber um die Gesellschaft - sprich Ryanair - dazu zu bewegen, benötigt man auch in diesem Haus ein eindeutiges Bekenntnis zum Flughafen, das wir bereit sind zu geben. Dies haben die Landesregierung und die meisten politischen Parteien im Landtag auch abgegeben, aber die Lübecker Lokalpolitik war in der jüngsten Vergangenheit eher zurückhaltend. Das will ich nicht verurteilen, weil die kommunalpolitische Entscheidung vor Ort erstens eine souveräne Entscheidung ist und weil zweitens diese

Entscheidung mit vielen Unbekannten behaftet ist. So eine Entscheidung ist schwer zu treffen, und insofern war es ja auch klug, dass man die Tür nicht ganz zugeschlagen hat, sondern eine Frist für die Entscheidung gesetzt und jetzt das Ganze sogar verlängert hat.

Die Entwicklung ist aber weitergegangen. Das initiierte **Bürgerbegehren** war erst einmal ein Erfolg für die bürgernahe Demokratie. Ob es auch ein klares Votum in die eine oder die andere Richtung mit sich bringt, werden wir später vielleicht sehen können.

Auf jeden Fall zeigt dieses Votum, dass das Thema Flughafen Lübeck-Blankensee ein wichtiges Thema ist, nicht nur dort vor Ort, sondern auch für uns als Land.

Ich habe bisher bewusst darauf verzichtet, die Vor- und Nachteile des Flughafenausbaus aufzuzählen. Die Argumente sind schon lange auf dem Tisch und auch ausgetauscht. Unsere Aufgabe als Landtag ist es nicht, die Investitionsentscheidung der Stadt Lübeck zu hinterfragen. Das ist Aufgabe der Lokalpolitik und nun auch der Bürgerinnen und Bürger in Lübeck. Unsere Aufgabe ist es, in verantwortlicher Weise darüber zu befinden, ob und wie die **Flughafenentwicklung** finanziell unterstützt werden kann. Die **Bedingungen** hierfür habe ich deutlich gemacht. Werden diese Kriterien erfüllt, haben wir als Zuschussgeber die Sicherheit, dass es wie geplant weitergeht, steht einer Förderung analog zur Förderung anderer gleichartiger Projekte nach unserer Auffassung nichts im Wege.

Deswegen bitten wir ebenfalls, der Ausschussempfehlung zuzustimmen, damit wir ein entsprechendes Signal nach Lübeck aussenden können.

(Beifall bei SSW, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch von der SPD-Fraktion das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn immer alles so einfach wäre und man immer die Schubladen so füllen könnte, wie es gerade passt, dann wäre es auch einfach, Politik zu machen. Aber das ist nicht so.

Ich will nur, und zwar nicht zur Unterhaltung und zur Erheiterung, ein Zitat aus Lübeck bringen, dass

(Wolfgang Baasch)

der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft bringen. Klaus Puschadel ist nicht nur jemand, der da erst seit Kurzem arbeitet, sondern viele Jahre für die CDU an herausragender Stelle Verantwortung getragen hat. Wenn der sagt:

„Wir sind zuversichtlich, dass die Beeinflussung des schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministers durch grüne und linke Abgeordnete nicht dauerhaft erfolgreich sein wird.“,

dann sagt er das im Zusammenhang mit der Flughafendiskussion, weil er genau sieht, dass die **Hansestadt Lübeck** allein diesen Flughafen, dieses Infrastrukturprojekt nicht wuppen kann; sie braucht die Hilfe des Landes, sie braucht die Hilfe des Wirtschaftsministers, und zwar nicht irgendwann, wenn das Konzept fertig ist, Kollege Arp, sondern aktuell. Denn was hilft es uns, wenn wir hier vollmundig bekennen, wir wollen einen Flughafen in Lübeck-Blankensee haben, wir erklären allen Menschen, dass er regional-ökonomische Bedeutung hat, und dann lassen wir ihn in die Insolvenz gehen, weil die Hansestadt Lübeck ihn schlicht und ergreifend nicht finanzieren kann? Es sind weit mehr als die 4 Millionen €, die Frau Jansen angeführt hat, die notwendig sind, um den Flughafen auf Dauer wirtschaftlich rentabel betreiben zu können.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vogt?

Christopher Vogt [FDP]: Herr Kollege Baasch, woher kommt denn dieser Erkenntnisgewinn seit der letzten Wirtschaftsausschusssitzung, in der Sie noch etwas anderes beantragt haben? Es würde mich interessieren, woher in so kurzer Zeit diese Kehrtwende in der Argumentation kommt. Ich bin wirklich gespannt. Ich nehme es gern auf, was Sie sagen, doch ich frage mich nur, es gibt bisher noch keine Erklärung dafür, wie diese Kehrtwendung zustande gekommen ist.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ich will versuchen, Sie darauf hinzuweisen, dass das Take-off-Konzept beraten werden muss. In dem Take-off-Konzept wird deutlich gemacht, dass es erstens nicht mit den 4 Millionen € getan ist, die zur Erreichung des **Planfeststellungsbeschlusses** notwendig sind, ich will nur daran erinnern, dass allein mit den Umweltverbänden verabredet ist: Wenn der

Planfeststellungsbeschluss umgesetzt wird, dass 8 Millionen € in etwa notwendig sind, um die Entwässerung des Flughafens auf einen neuen Stand zu bringen. All das sind natürlich Finanzgrößen, die die Hansestadt nicht leisten kann, die man aus dem Take-off-Konzept ableiten kann.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dementsprechend kommt die Hansestadt Lübeck natürlich auf die Idee, die Landesregierung um Hilfe und Unterstützung im finanziellen Bereich zu bitten.

Die Grundsatzfrage ist - darüber kann man ja streiten -: Will man diesen Flughafen? Ich als Lübecker sage ganz ehrlich: Ja, ich will diesen Flughafen.

(Vereinzelter Beifall beim SSW)

Ich will diesen Flughafen auch deswegen, weil ich es für richtig halte, ein Infrastrukturprojekt dieser Größenordnung nicht sterben zu lassen, weil ich auch finde, dass es richtig ist, dass Menschen, die dort Arbeit gefunden haben, auch eine berufliche Perspektive haben sollen. Ich finde, dass dem Land Schleswig-Holstein ein Flughafen gut zu Gesicht steht. All das sind gute und richtige Argumente dafür. Ich weiß, dass es gute Argumente dagegen gibt. Das will ich gar nicht in Abrede stellen.

Nur, wenn wir uns entscheiden, sollten wir bitte nicht mit dem berühmten Schwarzer-Peter-Spiel anfangen, sondern gemeinsam die Verantwortung tragen und erkennen - das werden Ihnen Ihre Kollegen von der FDP-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft auch sagen -, dass die **Finanzsituation** der **Hansestadt Lübeck** allein die Finanzierung für diesen Flughafen nicht leisten kann.

Deswegen die Bitte, unseren Ergänzungsantrag aufzunehmen, um deutlich zu machen: Wir spitzen nicht nur den Mund, sondern wir pfeifen auch. Wir sind in der Lage, der Landesstadt Lübeck wirksam und real zu helfen und bis zum 31. März 2011 den Betrieb aufrechtzuerhalten, damit ein **Investor** für die zukünftigen Aufgaben gefunden werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Herrn Minister Jost de Jager das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch auf die Gefahr hin, dass ich die Liste um Herrn Puschadel, was meine Stichwortgeber anbelangt, noch einmal vergrößern sollte, möchte ich zu Beginn der Rede ausdrücklich Frau Poersch und Herrn Baasch für das danken, was sie gesagt haben, da es ein Stück Anerkennung in der schwierigen Situation war. Frau Poersch, ich habe auch herausgehört - natürlich jonglieren wir -, dass Sie am Ende bestrebt sind, eine Lösung herbeizuführen, die dazu führt, dass wir den **Flughafen Blankensee** fortführen können.

Ich erkenne das an. Das vermindert heute ein wenig meine Beißhemmung. Aber am Ende wollen wir zu einer Lösung kommen, die Blankensee stützt.

Genauso begrüße ich die **Beschlussfassung der Bürgerschaft** von gestern, weil ich glaube, dass das ein Zeichen ist, dass die Mehrheit der Lübecker Bürgerschaft die Suche nach Lösungen - inzwischen muss ich sagen - nicht weiter verbaut. Dieses Zeichen war aber auch notwendig, weil man zwischendurch den Eindruck bekommen konnte, dass die **Mehrheit** der Lübecker Bürgerschaft nicht mehr nach Lösungen sucht, sondern nur noch nach Schwarzen Petern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich will Ihnen das auch noch einmal sagen. Sie haben es freundlicherweise dem Ministerpräsidenten voller Stolz zugeschickt. Der Beschluss, den die SPD in Lübeck gefasst hat, lautet:

„Das Land Schleswig-Holstein übernimmt befristet bis zum 31. März 2011 mit allen Rechten und Pflichten den Gesellschafteranteil und bringt dafür als Kaufvertrag die notwendigen Mittel für die Erlangung der Rechtssicherheit des Planfeststellungsbeschlusses vollständig ein, oder das Land Schleswig-Holstein übernimmt den Verlustausgleich des Flughafens aus dem Geschäftsjahr bis 31. März 2011 sowie die notwendigen Mittel zur Erlangung der Rechtssicherheit des Planfeststellungsbeschlusses vollständig.“

Ich sage Ihnen: Wenn Ihre SPD in Lübeck einen Beschluss fasst, von dem sie ganz genau weiß, dass diese Regierung aufgrund ihres **Koalitionsvertrags** ihn nicht erfüllen kann, dann glaube ich manchmal nicht mehr, dass Ihre SPD in Lübeck tatsächlich

nach einer Lösung sucht. Haargenau das ist das Problem.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden diese Lösung weiterhin suchen. Die Landesregierung will eine solche Lösung. Wir wollen, dass Blankensee eine Perspektive und eine Zukunft hat. Das wird aber nur gehen, wenn jeder **Beteiligte** seinen Teil der Verantwortung tatsächlich trägt.

Das **Land** ist bereit, seinen Teil der Verantwortung zu tragen, und wir haben es in den vergangenen Jahren auch gemacht. Es gab 5,5 Millionen € **Investitionszuschuss** für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur. Das Land hat 38 Millionen € zur Verfügung gestellt, um die **Straßen- und Schienenanbindung** dieses Flughafens auf den Weg zu bringen. Das Land ist übrigens auch seinem Versprechen nachgekommen und hat innerhalb eines Jahres den **Planfeststellungsbeschluss** hinbekommen, den die Stadt Lübeck in der Tat braucht, um diese Investitionen tatsächlich tätigen zu können. Das ist auch mehrfach gesagt worden. - Übrigens ist im September der Stadt Lübeck auch schriftlich übermittelt worden, dass das Land grundsätzlich bereit ist, sich auch weiterhin an den Investitionen zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Insofern hat das Land den Teil der Verantwortung, den wir dabei übernehmen können, übernommen und hat gesagt: Wir sind bereit, diese Investitionen tatsächlich zu machen.

Nun muss die **Stadt Lübeck** ihre Hausaufgaben machen. Das bedeutet, es muss Beschlüsse geben, die diesen Planfeststellungsbeschluss tatsächlich umsetzen und weiter voranbringen, und es muss Beschlüsse geben, dass die Stadt Lübeck investieren will. Die Frage ist nicht, ob das Land investieren will, sondern ob die Stadt investieren will. Wir können gar nicht selber investieren, sondern wir können nur einen Zuschuss leisten zu einer Investitionsentscheidung, die in der Stadt Lübeck getroffen werden muss. Dem steht nichts entgegen, außer der politischen Mehrheit in Lübeck selbst.

Insofern, meine Damen und Herren, kann es gar nicht anders sein, als dass zunächst einmal Lübeck selber diese Beschlüsse fassen muss, damit es eine Beteiligung des Landes an den Investitionen, zumindest 60 %, durch das Land überhaupt geben kann. Dort in Lübeck muss der entscheidende Beschluss gefasst werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

(Minister Jost de Jager)

Das ist übrigens auch das, was die Bürger in Lübeck wollen. Der **Bürgerentscheid**, der jetzt beantragt worden ist, und das Bürgerbegehren, das stattgefunden hat, hatte nicht die Fragestellung: „Soll das Land den Flughafen übernehmen?“, sondern die Fragestellung des Bürgerbegehrens - das ist jetzt auch der Antrag für den Bürgerentscheid - lautet: „Soll die Hansestadt Lübeck den Lübecker Flughafen abweichend vom Bürgerschaftsbeschluss vom 26. November 2009 ... bis einschließlich 2012 in Eigenregie ausbauen und weiterführen, auch wenn vorher kein privater Investor gefunden wird?“ Das, meine Damen und Herren, ist die politische Fragestellung vor Ort in Lübeck. Diese Entscheidung muss getroffen werden.

Ich bin ganz hoffnungsfroh, dass die Lübecker Bürger eine Entscheidung treffen können, die die Lübecker Bürgerschaft nicht zustande gebracht hat. Aber meine Damen und Herren, das ist die Fragestellung. Der Flughafen in Lübeck-Blankensee wird nur eine Perspektive haben, wenn sich der **alleinige Besitzer** dieses Flughafens, die **Stadt Lübeck**, dazu bekennt und die notwendigen Entscheidungen tatsächlich trifft.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben gesagt, dass wir unsere Zustimmung zu den Investitionsentscheidungen von zwei Punkten abhängig machen. Das eine ist die tatsächliche Bereitschaft von Ryanair, diese **Base** tatsächlich einzurichten. Ich sage auch einmal an dieser Stelle: Ich finde es bedauerlich, dass wir von dem Bürgermeister zehn Stunden vor der Abreise gebeten worden sind, noch einen Begleitbrief zu schreiben, aber ich bisher noch keine Information über den Verlauf des Gesprächs habe. Ich bin aber immer noch hoffnungsfroh, dass sich **Ryanair** so entscheiden wird.

Die zweite Voraussetzung ist ein **tragfähiges Konzept**. Da ist die Situation anders, als Sie es dargestellt haben, Herr Fürter. Das darf ich vielleicht auch in Ihre Richtung sagen. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie gezeigt haben, dass Sie besser Englisch können als Günther Oettinger.

(Heiterkeit)

Das ist ein bisschen eine Ehrenrettung für die politische Kaste gewesen. Gleichwohl haben Sie mich aber hinsichtlich meiner Äußerungen im Wirtschaftsausschuss nicht richtig wiedergegeben. Es ist nicht so, dass ich das Take-off-Konzept abgelehnt hätte. Ich hatte nur darum gebeten, dass es in zwei wichtigen Punkten fortgeschrieben wird. Wir brauchen wegen der optimistischen Grundlagen, die es enthält, auch noch ein Konzept mit Annahmen

„middle case“ und „worst case“, um zu wissen, welche Sicherheiten tatsächlich vorliegen, und um zu wissen, welche wirtschaftlichen Entwicklungen eintreten, wenn sich einige der Voraussetzungen ändern.

Ich glaube, dass wir dieses **überarbeitete Konzept** bald bekommen werden. Wir werden auf der Basis dieses überarbeiteten Konzeptes selbstverständlich den **schriftlichen Bericht** einbringen, der gefordert worden ist. Dann können wir den in einem Monat noch einmal debattieren. Dann wird es eine Festlegung der Haltung der Landesregierung geben. Das schafft aber Zeit, dass die Landes-SPD und die SPD in Lübeck ihren Kurs zweifelsfrei festlegen können. Vielleicht, meine Damen und Herren, sind wir dann in einem Monat weiter.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, aufgrund der Redezeit des Ministers stehen allen Fraktionen weitere zweieinhalb Minuten zur Verfügung. Möchten Sie davon Gebrauch machen? - Nein. Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und schließe damit die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/217, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dieser Antrag ist gegen die SPD bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/56, abzulehnen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe - Zuruf)

- Das ist das, was ich gerade gesagt habe. - Bitte.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, ich bitte darum, dass über die Drucksache 17/185 abgestimmt wird. Das ist die Beschlussempfehlung.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann lasse ich über die Drucksache 17/185 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist die Drucksache 17/185 mit den Stimmen von CDU, FDP und SSW angenommen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Zuruf: Und SPD!)

- Und SPD.

(Günther Hildebrand [FDP]: Frau Präsidentin, könnten Sie das Abstimmungsergebnis bitte wiederholen? Ich weiß nicht, ob das vollständig wiedergegeben worden ist!)

- Ich habe das wiederholt: Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FPD und SSW angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Zustimmung zum Staatsvertrag vom 25. Juni 2009 über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus zur Umsetzung des Fakultativprotokolls zum VN-Abkommen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/147](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/147 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist an den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/171](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/215](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 17/171 sowie den Änderungsantrag Drucksache 17/215 dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Werner Kalinka [CDU]: Mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss!)

- Mitberatend an den Innen- und Rechtsausschuss! - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Drucksachen an die Ausschüsse überwiesen worden. Der Tagesordnungspunkt ist erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein (Dienstleistungsrichtliniengesetz Schleswig-Holstein)

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/175](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf federführend dem Finanzausschuss und mitberatend dem Europaausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Gesetzentwurf überwiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Errichtung einer Übertragungsstelle für Milchquoten

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 17/190](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf an den Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Damit ist der Gesetzentwurf überwiesen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 und 19 auf:

Berufung des Verwaltungsrates der Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU
[Drucksache 17/180](#)

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD
[Drucksache 17/189](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über die Wahlvorschläge abstimmen und schlage Ihnen hierfür eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, wir werden so verfahren. Wer dem Wahlvorschlag der CDU, Drucksache 17/180, zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das ist einstimmig so geschehen.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD, Drucksache 17/189, seine Zustimmung geben will, den bitte ich

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

um sein Handzeichen. - Auch hier sehe ich einstimmige Annahme.

Ich stelle fest, dass die erforderliche Mehrheit für die Annahme der Wahlvorschläge erreicht worden ist. Damit sind die vorgeschlagenen Abgeordneten gewählt, und ich beglückwünsche die Gewählten zu ihrer Wahl.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

Bestellung der Mitglieder der G-10-Kommission gemäß § 26 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein (Landesverfassungsschutzgesetz - LVerfSchG)

Wahlvorschlag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP

[Drucksache 17/188](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse über den Wahlvorschlag abstimmen und schlage Ihnen hierfür ebenfalls eine offene Abstimmung vor. - Widerspruch höre ich nicht, wir werden so verfahren.

Wer dem Wahlvorschlag Drucksache 17/188 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Sie müssen etwas länger aufzeigen, weil wir zählen müssen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist das einstimmig so beschlossen. Ich stelle fest, dass die erforderliche Mehrheit für die Annahme des Wahlvorschlags erreicht worden ist. Damit sind die vorgeschlagenen Abgeordneten gewählt. - Herzlichen Glückwunsch!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Bericht über die Schleswig-Holstein-Büros und Hanse-Offices im Ostseeraum

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/71](#)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage vor, den Bericht der Landesregierung dem Europa-

ausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen nunmehr zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache, für die eine Gesamtabstimmung vorgesehen ist.

Ich rufe auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Abs. 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

[Drucksache 17/202](#)

Wir werden über die Punkte der Tagesordnung, für die eine Aussprache nicht vorgesehen ist, eine Gesamtabstimmung durchführen. Voraussetzung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist auch nicht der Fall.

Die Tagesordnungspunkte mit den entsprechenden Voten der Ausschüsse und der Fraktionen entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Sammeldrucksache.

Kommen wir zur Abstimmung! Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 17/202 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Wir sind am Schluss der Tagung angelangt. Ich weise darauf hin, dass die 5. Tagung des Landtags am 24. Februar 2010 um 10 Uhr beginnen wird.

Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 14:55 Uhr